Heft 7 Juli 1997 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Irmgard Möller: Der Herbst des SS-Mannes
- Generalplan Nato-Ost
- Deutsche Flieger: Gestern wie morgen
- Vorschau auf Voscherau
- Völkische Energie Cottbus
- Kanthers Filmpreis: Die Kannix-Rolle

in konkret Juli 1997

hier Konkret

Im Frühstücksfernsehen der ARD befragte Wolfgang Korruhn den Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans Olaf Henkel. KONKRET dokumentiert den seltenen Fall, daß ein liberaler Journalist sich einem prominenten Wirtschaftsführer von vorne nähert:

von Konkret

an Konkret

Europa wird rot oder Manchester with a smile von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Phoenix strahlt nicht mehr von Bernhard Schmid

Die neue französische Linksregierung hat eine schwächere Basis als 1981. Die Kommunisten trösten sich damit, daß ihre Anhänger auch keine großen Hoffnungen mehr haben

Europa den Europäern von Bernhard Schmid, Oliver Tolmein

Die britischen und französischen Sozialdemokraten machen den Flüchtlingen höchstens ein kleines bißchen Hoffnung

Ein Herzog aus kleinen Verhältnissen von Michael Schilling

Auf 270 Druckzeilen hat Gerhard Schröder im »Spiegel« die Rede abgeschrieben, die Roman Herzog zwei Wochen zuvor an die Nation gehalten hat

Der Kandidat des deutschen Mannes von Heiner Möller

Hamburgs Erster Bürgermeister Voscherau beweist, daß Sozialdemokraten auch in der BRD erfolgreich sein können. Sie brauchen nur gesundes Volksempfinden

Zu Protokoll

Der Versuch von Bundesfinanzminister Theo Waigel, die Höhe des Haushaltsdefizits durch die Neubewertung der Goldreserven zu kaschieren, hat SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag Gelegenheit gegeben, die deutsche Misere zu beklagen. Als Oppositionsführer profilierte sich in der Debatte am 4. Juni 1997 Joschka Fischer

Der Herbst des SS-Manns von Irmgard Möller, Oliver Tolmein

Warum die RAF Schleyers Entführung hatte »politischer« begründen müssen, wieso die Amnestiekampagne von den Gefangenen als feindlicher Akt empfunden wurde und die Hausbesetzerbewegung ihnen Hoffnungen machte

Armes Deutschland von Jürgen Elsässer

Das 4. Reich läßt noch auf sich warten, und die Nato-Osterweiterung ist ein kleineres Übel. Überlegungen zur Mittellage der Nation in der Welt

Generalplan Ost revisited von Otto Köhler

Wie die Spitzen der deutschen »Raumforschung« den Zweiten Weltkrieg überstanden haben und später glänzende Jubiläen feiern konnte

»Vorwärts, Legionäre!« von Karl-Heinz Hansen

Deutsche Flieger sind keine Mörder, sondern Soldaten. Und die Auflösung der Luftwaffe vor 77 Jahren konnte die spanische Zivilbevölkerung auch nicht vor dem nazistischen Bombenterror schützen. Eine Flugrevue durch die jüngere und jüngste

Vergangenheit deutscher Kriegsverbrechen

Gedenken nicht vergessen von Mark Holzberger

Die oder ihr! von Peter Decker
»Globalisierung« - die Sachzwang-Ideologie zur nationalen Konkurrenz um den Weltmarkt. Eine Antwort auf Robert Kurz und Thomas Ebermann/Rainer Trampert

Mehrerlei Enstalinisierung von Georg Fülberth
Werner Hofmann und Georg Lukács: Zwei Stalinismus-Interpretationen noch Maßgabe aktueller politischer Zwecke

Eine statistische Bilanz von Christoph Ruhkamp

Ein Prolet von Carsten Otte
Im HörVerlag wurde Joachim Walthers Feature »Erich Mielke - Ein deutscher Jäger« veröffentlicht. Ein kurzer Beitrag zur Stalinismus-Debette in KONKRET

In diesem Sinne - Neues Deutschland von Holm Friebe

In diesem Sinne - Barbarisches Metall von Robert Kurz

In diesem Sinne - Algerische Reaktion von Justus Wertmüller

Junge Welt. Das Wetter von Joachim Rohloff

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth

Triumph des kleinen Hinterteils von Kay Sokolowsky
Der deutsche Film gilt wieder was im eigenen Land. Freilich nur dort. Das nationale Kulturgut zu feiern, ließ Innenminister Kanther die Branche in Berlin antreten und gönnte ihr eine Show, wie man sie in Hollywood bestimmt nicht zu sehen bekommt

Supermarkt der Ethnologen von Erwin Riess
Der Rassist, der sich dem »Krüppel« zuwendet, spricht, auch wenn er vorgibt, kulturgeschichtliche Studien zu betreiben, immer in eigener Sache

Buch & Deckel von Heike Runge

Eugenik ohne Eugeniker von Alexander Bogner
Biologischer Rassismus war nicht nur in Deutschland modern. International richtig erfolgreich ist die Eugenik aber erst, seit sie statt der »Rasse« das Individuum perfektionieren will

Der Dispens von Michael Scharang
Eine Expedition ins Zeitungsland

Melodie & Rhythmus von Carsten Otte

Stolz der Region von Martin Krauß, Elke Wittich
Beim Relegationsspiel des FC Energie Cottbus gegen Hannover 96 geriet der rassistische Mob in Hochstimmung

Film & Theater von Jan Pehrke

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Kampf um Nischen von Gabriele Werner, Rainer Hörmann
Anmerkungen zur Ausstellung »Goodbye to Berlin? 100 Jahre Schwulenbewegung« in Berlin

Black-Outing von Eike Stedefeldt
Ein Insider der Schwulenszene entdeckt Deutschland als Elysium der Homophilen

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/97, S. 3

hier Konkret

Im Frühstücksfernsehen der ARD befragte Wolfgang Korruhn den Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans Olaf Henkel. KONKRET dokumentiert den seltenen Fall, daß ein liberaler Journalist sich einem prominenten Wirtschaftsführer von vorne nähert:

Korruhn: Sind Sie verheiratet?

Henkel: Ja.

Korruhn: Haben Sie Kinder?

Henkel: Ja, drei.

Korruhn: Kucken Sie mal hier. (Zeigt ihm eine Spielzeugpistole)

Henkel: Das nehm ich nicht in die Hand. Mein Sohn hat auch keine Militärspielzeuge.

Korruhn (schießt mit dem Spielzeug, das Schießgeräusche macht, Henkel zuckt zurück): Sie fürchten sich vor so was, aber Sie wollen Flugzeuge (den Eurofighter; Red.) bauen, die Menschen töten. Da stimmt doch was nicht.

Henkel: Ja, aber ich halte es nicht für richtig, Kinder schon mit Kriegsspielzeug aufwachsen zu lassen.

Korruhn: Aber Sie sind ein Erwachsener. Sie wollen Waffen bauen lassen.

Henkel: Ich mach das nicht, das ist eine Handfeuerwaffe.

Korruhn (schmeißt die Pistole weg): Sie wollen das in die Hände der Bundeswehr geben, da passiert nichts.

Henkel: Da gehört's hin. Und in die Hände der Polizei. Und das war's.

Korruhn: Wenn Sie morgens aufstehen und sind noch so ganz bei sich**...**

Henkel: Das erste, was ich mir dann ankucke, sind Sie.

Korruhn: Wunderbar - und dann kucken Sie in den Spiegel, und dann denken Sie, ich will dieses Flugzeug haben, was nur dafür gebaut wird, Menschen zu töten.

Henkel: Ich hab das so - ehrlich gesagt - noch nie gesehen.

Korruhn: Haben Sie noch nie so gesehen, aber Sie fördern es, Sie wollen es haben ... Das ist ein Tötungsinstrument, Herr Henkel.

Henkel: Herr Korruhn, es geht doch darum, daß wir die Bundeswehr richtig ordentlich ausrüsten müssen. Das steht doch außer Frage.

Korruhn: Sie drücken sich, weil Sie immer formalistisch reden. Es geht darum, daß die deutsche Industrie, die europäische Industrie ein Mordwerkzeug für viele Milliarden herstellen sollen, und ich als Steuerzahler und die da zu Hause sollen das finanzieren. Und da kann ich nur sagen: nein. Da finde ich alles vernünftig, was da sagt - auch in der Bundesregierung gibt's ja kritische Stimmen, die sagen: - das wollen wir nicht.

Henkel: Das gibt es nicht. Das heißt, es gibt sicherlich welche, aber die Mehrheit des deutschen Parlaments ist ganz eindeutig für die Beschaffung des Eurofighters. Die Frage ist, woher er kommt.

Korruhn: Ja, das Geld. Das Geld fehlt.

Henkel: Ja, das Geld wird sowieso ausgegeben.

Korruhn: Wo wollen Sie die 20 Milliarden jetzt herhaben?

Henkel: Herr Korruhn, das Ding wird teurer, wenn wir das Ding jetzt abwürgen, die Partner in Europa im Stich lassen und es dann später woanders kaufen. Herr Korruhn, ich beschütze hier nur im Augenblick gerade die deutsche Industrie, die eben auch den Eurofighter produzieren will.

Korruhn: Soll aber 20 Milliarden kosten.

Henkel: Ja, nein, der ist billig, denn die Alternative...

Korruhn: Wir haben kein Geld.

Henkel: Herr Korruhn, die Alternative dazu ist, daß wir dann irgendwann einmal ein amerikanisches Flugzeug kaufen wollen. Wollen wir das?

Korruhn: Oh, es geht um die amerikanische Konkurrenz?

Henkel: Zum Beispiel, denn...

Korruhn: Der deutschen Waffenindustrie geht es schlecht.

Henkel: Der deutsche Steuerzahler hat schon 6 Milliarden dafür ausgegeben.

Korruhn: Und nun kommt's auf 20 Milliarden nicht mehr an.

Henkel: Herr Korruhn, ich will Ihnen mal was sagen. Der Eurofighter ist billig, denn 60 Prozent bekommt der Bund wieder über die...

Korruhn: Aber 20 Milliarden, Herr Henkel, die haben wir nicht.

Henkel: Die Alternative ist, daß wir das in Amerika einkaufen müssen. Ich muß Ihnen das noch mal sagen. Und wir haben achtzehntausend Arbeitsplätze davon in Deutschland abhängig. Im übrigen haben wir auch Vorleistungen gemacht.

Korruhn: Also doch - kindisches Spielzeug auf der einen und Arbeitsplätze... Damit wird doch immer gelockt.

Henkel: Damit wird überhaupt nicht gelockt. Ich locke auch nicht mit Arbeitsplätzen.

Korruhn: Haben Sie doch eben gesagt.

Henkel: Auch, aber ich locke vor allen Dingen deshalb: Erstens brauchen wir das, sonst fallen die Flugzeuge irgendwann mal vom Himmel, die werden ja alt. Zweitens...

Korruhn: Davon lebt die Rüstungsindustrie. Toll, die Dinger werden veralten...

Henkel: Dann sitzen sie in alten, ja wollen Sie, daß unsere Piloten in einem Flugzeug sitzen, das nicht mehr sicher ist? Sie sitzen doch auch nicht gern in einem Passagierflugzeug, das demnächst vom Himmel fällt.

Korruhn: Aber Mercedes, die Dasa machen Landminen, die die Panzer von unten durchbohren und die Fahrer zerbohren.

Henkel: Die machen keine Landminen, also jetzt machen...

Korruhn: Natürlich, klar...

Henkel: Also jetzt bringen Sie den Industriepräsidenten in den Geruch desjenigen, der den Krieg braucht, um die Wirtschaft zu befördern. Eindeutig.

Korruhn: Das haben Sie jetzt gesagt.

Konkret 07/97, S. 4

von Konkret

Notizen aus dem Konzern: Es war ein Samstag im Mai, an dem Wolfgang Schneider zu seinem Jahresurlaub in den Süden abreiste. Seine Vertretung als verantwortlicher Redakteur übernahm für KONKRET im Juli: Hermann L. Gremliza. Für 24 Stunden. Am Sonntag nämlich mußte Gremliza seinen Wirkungskreis ins AK Altona verlegen. Die Vertretung des Vertreters wäre nun an das dritte und letzte Mitglied der Redaktion gefallen, hätte nicht eine gesellschaftliche Innovation, die von KONKRET im allgemeinen sehr begrüßt wird, werdenden Vätern die Möglichkeit eröffnet, Urlaub wg. Schwangerschaft zu nehmen, wovon Rayk Wieland in den nun folgenden Wochen frühzeitig angemeldeten Gebrauch machen sollte. Daß KONKRET, das auf 68 Seiten mehr Text enthält als beispielsweise der »Stern« auf 250 Seiten, dennoch auch diesmal erscheint, schuldet der Verlag Kay Sokolowsky, der als Interims-Redakteur einsprang, und Oliver Tolmein, KONKRET-Redakteur, von 1989 bis 1991, Autor und Kritiker der Zeitschrift schon zuvor und danach, der in Vertretung der ausgefallenen Vertreter die redaktionelle Verantwortung dieser Ausgabe übernommen hat. Der Konzern dankt. Seit heute, 16. Juni, sind alle Vertretenen wieder an ihrem Arbeitsplatz zurück.

Das Gerücht, demzufolge Druck und Vertrieb der vom überwiegenden Teil der ehemaligen »jungen Welt«-Redaktion inzwischen herausgegebenen Wochenzeitung »Jungle World« über KONKRET-Strukturen laufen soll, ist falsch. Der Verlag bittet die Interessenten, von Anrufen in Hamburg abzusehen und sich an die Redaktion der »Jungle World« in Berlin zu wenden.

Auflösung des Rätsels aus Gremlizas Express 6/96. Gefragt war der Name des Künstlers, über den die »Frankfurter Allgemeine« wahrlich kongenial daherorgelte:

Noch ist er zweifach behaust, unter vertrauten Feinden und fremden Freunden, und »unglaublich froh, daß Deutschland auf neue Weise zerrissen ist«. Die guten alten schlechten Zeiten...

Dem ersten Einsender der richtigen Antwort war eine Schallplatte des Künstlers mit persönlicher Widmung an den Verf. dieser Kolumne versprochen worden. Der Gewinner heißt Michael Brüwer aus Stuttgart. Seine richtige Antwort lautete: »Ich will sie haben, die Biermann-Platte.«

KONKRET 6197 berichtete über die Absicht des Leipziger Stadtrats, den Platz vor dem ehemaligen Reichsgericht von dem Namen des dort 1933 angeklagten Georgi Dimitroff zu säubern. Das ist inzwischen mit 32 gegen 25 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) geschehen. 1933 war Dimitroff vom Reichsgericht noch gegen den Willen seines Anklägers Hermann Göring freigesprochen worden. Jetzt hat der SPD-Oberbürgermeister Hinrich Lehmann-Grube das Urteil revidiert.

KONKRET ist mit der Entscheidung der Leipziger Stadtväter und -mütter sehr einverstanden und fordert dazu auf, überall, wo ein Lehmann seine Grube gräbt, ihn auch hineinfallen zu lassen, nämlich dafür zu sorgen, daß Städten, die von solchen Räten regiert werden, das Recht, Straßen und Plätze nach anständigen Leuten zu benennen, entzogen wird. Wie lehrreich wäre es gewesen, hätten ein paar Leipziger Kommunisten, anstatt zu plärren, dem Platz vor dem Reichsgericht über Nacht den Namen von Roland Freisler gegeben. Berlin hat noch einen Rosa-Luxemburg-Platz? Und keinen, der nach Elisabeth Noelle-Neumann heißt? Oder nach Gräfin Dönhoff? Beziehungsweise Alice Schwarzer?

Es gibt »Spiegel«-TV und »Stern«-TV und »Format NZZ«. Jetzt gibt es zwar immer noch kein KONKRET-TV, aber zum Trost eine Sendereihe des ZDF, die EURO KONKRET heißt. Möglich gemacht hat den Mißbrauch des KONKRET-Logos die PDS, der es gelungen ist, den Titel KONKRET in einem Prozeß um ihre Werbebroschüre »Sozialismus konkret« von deutschen Richtern per EV in Volkseigentum überführen zu lassen.

Wessen Schuld es gewesen ist, daß die Fotos zur KONKRET-Debatte »Wessen Schuld?« im letzten Heft (S. 13 - 15) ohne Nachweis erschienen sind, ist nicht mehr festzustellen. Die Redaktion bittet Wolfgang Müller, der die Fotos gemacht hat, um Entschuldigung.

Dichter & Prawda: Ab Anfang September sind Horst Tomayer und Hermann L. Gremliza wieder zu gemeinsamen Lesungen zu kriegen. Anfragen bitte an den Verlag per Post oder e-mail. (Vergeben ist das Duo in der ersten November-Hälfte an Linz, Graz und Wien. Termine werden rechtzeitig bekanntgegeben.)

Konkret 07/97, S. 6

an Konkret

Nahegelegenes Schloß

KONKRET 5/97: »Potsdam zum Dritten« von Otto Köhler

In Potsdam hat sich, wie Otto Köhler berichtet, folgendes abgespielt: »Die Bundeswehr marschierte, vorneweg der neue Potsdamer Befehlshaber im Wildpark-Ost, Generalleutnant von Scheven, der sich bald darauf daran machte, das nahegelegene Schloß Gripsholm vom Geiste Tucholskys zu reinigen.«

Also, da wär ich gerne dabeigewesen! Wie der Scheven das wohl gemacht hat? Mit Langstreckenraketen? Um das »nahegelegene« Schloß Gripsholm, wo ja Tucholsky bekanntlich 'nen flotten Dreier hingelegt hat, von solch obszönem Geist zu reinigen? Das »nahegelegene Schloß Gripsholm« im »nahegelegenen« Schweden?

Aber wie dem auch sei: »Postdam ist (war) wieder Potsdam«. Und Journaille - linke wie rechte - ist immer noch Journaille. Hermann L. Gremliza, aber, obwohl in der Nachfolge Christi - pardon, in der Nachfolge des Mannes stehend, der »wegen eines falschen Beistrichs eine ganze zur Auslieferung bereitliegende Ausgabe der >Fackel(einstampfen« ließ, H.L.G. läßt eine solche Scheuel und Greuel, ohne mit der Wimper zu zucken, in seinem Blatt geschehen. Ob das daran liegt, daß »der 1945 eingeleitete Prozeß der Zivilisierung der Deutschen« nun auch in Hamburg »abgebrochen« ist?

Heinz Schreiter

Berlin

Gealterter Eintänzer

KONKRET 6/97: »Wagner-Märlein« von Eckhard Henscheid

Selten so eine dämliche Rezension wie die von Henscheid über die neuen Veröffentlichungen zum Thema Wagner gelesen. Ich kenne beide Bücher und kann nur den Kopf über so viel Henscheidsche Ignoranz schütteln. Gottfried Wagner, erfährt der staunende Leser, taugt schon mal gar nichts, weil er »einfach zu sehr wie ein Skilehrer oder Bergwart« aussieht. Aha. Und Henscheid kann keinen geraden Satz schreiben, weil er sich spreizt wie ein gealterter Eintänzer oder wie?

Wer die Autobiographie Gottfried Wagners liest, kann unschwer erkennen, daß er um eine wirklich profunde und konsequente Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Leben und Werk seines Urgroßvaters bemüht ist. Aber lesen strengt natürlich an. Köhlers Buch wird mit dem grandiosen Argument »widerlegt«, in Richard Wagners Partituren und Libretti fände sich nichts Nazifaschistisches - als müßten Tristan und Isolde von Judenvernichtung singen, als hätte Wagners Werk keinen ideologisch ausdeutbaren Inhalt. So entlarvt sich Henscheid, wohl ohne es zu ahnen, als modernistisch drapierter Wagnerianer. Oder einfach als Dummbeutel.

Hadi Geiser

Hofheim/Ts

Kind seiner Zeit

KONKRET 6/97: Hier KONKRET mit Helmut Richter

Wenn gesagt wird, daß Dimitroff ein »Kind seiner Zeit« war, so gilt das für H. Richter sicher in noch größerem Maße. Er versucht wohl krampfhaft, die Person Dimitroff im Sinne des heutigen Zeitgeistes zu vereinnahmen, ihn für die Groß-BRD kompatibel zu machen. Ihn zu einem frühen und verhinderten Gobatschowisten zu machen, der er zum Glück nicht wahr.

Und wenn die Oktoberrevolution durch die »Schuld Stalins« hinter ihre Ideale zurückgegangen war, ja dann kann man froh sein, daß diese Fehlentwicklung durch die Gorbioten sozusagen beendet worden ist, oder?

Bernd Kevesligeti

Köln

Kritische Kompetenz

KONKRET 7/97: »Prof. rer. rass.« Von Jacob Michelsen und Robert Boltin

Jede Art wertender Rassendistinktion ist natürlich degoutant, wie jede Art wissenschaftliche Rassenlehre, sofern sie den Raum der Öffentlichen Meinung erobert, längst bekannte (oder schon vergessene) Gefahren birgt, denen entgegenzutreten ist. Doch kann man einem Biologen (Knußmann) ebensowenig Biologismus vorwerfen, wie einem Historiker Historizismus. Im Gegenteil: Knußmann muß man Historizismus vorwerfen; er erklärt jene »Überlegenheit der Juden« im Geistigen (und nicht jene im Hammerschwingen oder Weißwurstessen) aus historischem und nicht evolutionärem Blickwinkel mit Auslese durch Verfolgung. Geschichte, überhaupt Soziales, ist jedoch das, wovon Knußmann nichts versteht.

Wer nun aber etwas Unverständliches (was es im def. Sinne nicht gibt, die »Überlegenheit der Juden«) kaum durch eine fachspezifische Erklärung erkenntlich machen kann, sich deshalb auf den Bretterweg des Dilettantismus begeben muß und hierzu ein Fach heranzieht, dessen Vertreter man noch vor kurzem zu Recht des Biologismus rügte, dem muß man eigentlich dankbar sein: Denn beweist dies nicht die Unzulänglichkeit der Humanbiologie, deren neues Motto hernach lauten müßte: Biologisches mit Sozialem erklären? So weit geht kaum die Soziologie (Durkheim/Weber: Soziales mit Sozialem erklären).

Ich würde im übrigen darauf wetten, daß die Kritiker Knußmanns - Michelsen, Boltin - mit ihrem doch recht undifferenten Generalangriff (die altbekannte Ismus-Breitseite: Rassismus, Kolonialismus, Eurozentrismus, Biologismus ...) eher zu einem Schulterschluß mit Knußmann als zu einer Loslösung beigetragen haben. Auch Skandalisierung will eben gelernt sein.

Ole Burger

Schleswig

Rassist ist, wer einen Neger als solchen auch nur erkennt.

Kritischer könnte die Kompetenz kaum sein, mit der die Autoren Knußmanns *Vergleichende Biologie des Menschen* verreißen. Und schlagender nicht ihr Argument: Schließt doch das Hamburger Institut für Humanbiologie! Ersetzt es durch einen interdisziplinären (!) Arbeitskreis »Kritische (siehe oben; EX.) Biologie«! Bettet sie ein, die biologische Forschung, in einen Kontext, der die ideologischen Prämissen und gesellschaftlichen Implikationen (oder auch umgekehrt) cool reflektiert! Konterkariert die biologistischen, rassistischen, diskriminierenden und sonstigen Tautologien!

Warum auch die infamen Fakten einzeln falsifizieren? Und noch dazu mit dem verruchten Herrschaftsinstrument einer der Objektivität hörigen Wissenschaftlichkeit? Kapiert ja eh kein Schwein.

Der in einem Aufwasch gleich mit diffamierte Walter Scheidt hat es schon 1966 *(Der Mensch)* auf den Punkt gebracht: Ideologie ist Vorurteil, Biologie ist Nachurteil. »Rassismus und Antirassismus - die Natur >lächelt< über beide« (gleichermaßen törichte Ideologien).

Der »größte Rassist aller Zeiten« war freilich der liebe Gott, oder wer auch immer die Menschen erschaffen hat. Er hätte besser bei Bolten und Michelsen vorher anrufen sollen.

Dr. med. Egon Keller

Ainring

Geschmackloser Vergleich

KONKRET-Anzeige im »Neuen Deutschland«

Nicht immer täglich, komme ich dazu meine Tageszeitung »Neues Deutschland« zu lesen. Als ich heute Ihre Werbung zu KONKRET im »Neues Deutschland« las, insbesondere: Der (zynisch) »entschuldigte« Vergleich der Berliner Rede des Bundespräsidenten zu Dr. Joseph Goebbels; waren meine Gefühle traurig.

Traurig aus u.a. dem Grunde das Humanistische Bestrebungen die gerade wir Sozialisten in unseren Lebensbestrebungen vorn und hochhalten, durch den geschmacklosen »Vergleich« Dr. Goebbels mit unserem Bundespräsidenten diesem geradezu dummdreist wiedersprechen. Erkentnisse, und nicht destruktive agressive (subtile), Kraft, sollte von uns ausgehen. Mit gleichem Ansinnen werde ich bei der Chefredaktion des »ND's« gegen die weitere Veröffentlichung Ihres Werbetextes, anregen!

Stephan Fels

Köln

Orthographie so im Original. Red.

Konkret 07/97, S. 9

Hermann L. Gremliza

Europa wird rot oder Manchester with a smile

Einige sehen indem Wind des Wechsels, der durch Europa weht, schon ein neues sozialdemokratisches Zeitalter heraufdämmern.

»Der Spiegel«

Mächtig regen sich bei der Linken in Europa Frühlingsgefühle.

»Frankfurter AIlgemeine«

Wir haben Prodi in Italien, eine Mitte-Links-Mehrheit in Frankreich und eine Labour-Mehrheit in Großbritannien. Zusammen mit Rot-Grün in Deutschland könnte dies eine Schubkraft für Reformpolitik auf der europäischen Ebene geben, Ludger Volmer. MdB Bündnis 90/Die Grünen

Geht's jetzt los? Wachen, ein Jahrzehnt nach der Kapitulation des realen Sozialismus, die Verdammten dieser Erde eines Morgens auf und haben das letzte Gefecht doch noch gewonnen? Nach den Wahlen in Großbritannien und Frankreich regiert die wirkliche Sozialdemokratie von 15 Staaten der Europäischen Union bereits 13, und würde morgen in Deutschland gewählt, waren es, sagen die Demoskopen, sogar 14.

Europas Sozis sind in Mode wie nie, und ausgerechnet die Sozialdemokratie des mächtigsten EU-Staates ist ganz und gar unmodern, veraltet, vorgestrig. Wie 1001 deutsche Leitartikler nennt auch Wolfgang Schäuble, des Bundeskanzlers Hausmeier, die SPD »hoffnungslos verknöchert und versteinert,. Gemeint ist damit, daß ein Teil der SPD noch immer an den Antworten hängt, die Otto von Bismarck und John Meynard Keynes den Vorhersagen des Karl Marx gegeben haben - der eine der Verelendung des Proletariats, der andere den Krisen des Kapitals.

Bismarcks Sozialgesetze sollten das Proletariat von dummen Gedanken abbringen und die Reproduktion der Arbeitskraft sichern, Keynes' Konjunkturprogramme die Rezession und ihre sozialen Folgen mildern. Das gilt heute als gestrig (Schäuble: »Defizitfinanzierte Konjunkturprogramme sind überaltertes ökonomisches Denken ... »). Modern, von morgen ist, was vorgestern, vor Bismarck und Keynes, galt: Die Profite sind frei, der Markt ist das alleinige Regulativ der Gesellschaft, der Staat beschränkt sich auf seine Hoheitsfunktionen: Schutz des Eigentums und Förderung des Exports durch Sicherheits- und Außenpolitik, Polizei und Militär. Der Rest wird privatisiert.

(Es versteht sich, daß dies nur das Etikett ist, hinter dem der Staat die Akkumulationsbedingungen des Kapitals zu fördern hat: durch Subventionen, öffentliche Nachfrage, Waffenkäufe, Finanzierung der Forschung und Ausbildung, politische Eroberung neuer Märkte, Bürgschaften für Exportgeschäfte auf der einen, durch Entwaffnung politischer und Kriminalisierung militanter Gegenwehr auf der anderen Seite.)

Modern sind Manchester und sein grinsender Bote. »Die Blair Revolution« nennt die »FAZ« die Bereitschaft der neuen Labour Party, die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Torys en bloc zu übernehmen, und bedauert nur, daß »in Deutschland eben keine marktradikale Revolution stattgefunden« hat, deren asoziale Errungenschaften die SPD nach Blairs Vorbild verteidigen könnte. Da hat die CDU versagt. Fünfzehn Jahre nach Kohls Amtsantritt sind längst nicht alle Kosten der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft privatisiert, alle Sozialgesetze demontiert, alle Sozialleistungen gekündigt. Die großen Vorbilder blieben unerreicht. Anders als in den USA muß ein Arbeiter noch nicht in siebzig Wochenstunden den Mindestlohn von zwei bis drei Jobs zusammentragen, um seine Familie durchzubringen. Der Rückstand in Zahlen: Von hundert Einwohnern werden in den USA schon sechs in Gefängnissen gehalten, in Deutschland erst einer. Aber der Wille, auch diesen Reformstau zu überwinden, wächst. »Geschlossene Heime« für »schwererziehbare Jugendliche« pries der »Spiegel« jüngst als »ein Uralt-Modell mit Zukunft« an.

Im nächsten Wahlkampf wird die SPD, sagt ihr Geschäftsführer, auf die Rezepte von Clinton und Blair setzen. Alle rühmen Gerhard Schröder, der endlich »auch die erreichen will, die wir mal als Besserverdienende bezeichnet haben« (und nun als was bezeichnen?). Parteichef Lafontaine hingegen, der es nicht mag, wenn »Leute mit einem Jahreseinkommen von einer Million Mark in der Rentnerin mit 800 Mark monatlich die Besitzstandswahrerin sehen«, wird von der »FAZ« wegen seiner »Sansculotten-Rhetorik« und vom »Spiegel« wegen seines »störrischen Konfrontationskurses« als »unmodern« bekämpft.

Wer nicht auf den »Blair-Effekt« (»Spiegel«) setze, so die einhellige Botschaft, werde beim Wähler keine Chance haben. Kein Leitartikler, der des gaullistischen Generalsekretärs Meinung nicht geteilt hätte, daß »die britischen Wahlergebnisse

der Beweis dafür sind, daß sich die Sozialisten unseres Landes im Zeitalter irren«. Die Vorstellung, Jospin könnte einen Wahlerfolg haben wie Blair, fand die »FAZ« »zum Lachen«.

Eine Woche später war es ernst geworden, und daß es anders gekommen war, schoben sie auf die Dummheit der Herren Chirac und Juppe anstatt auf die eigene oder gar auf das Versprechen des Kandidaten Lionel Jospin, 700.000 Jobs für arbeitslose Jugendliche zu schaffen, den Mindestlohn um 500 Franc zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen und damit all die Forderungen aufzunehmen, für die französische Massen in den letzten beiden Jahren auf die Straße gegangen waren.

Was aus den Versprechen der französischen Sozialisten werden wird, erfuhren die Wähler freilich schneller und deutlicher, als den Gewählten lieb war: Europa, vertreten durch Theo Waigel, den Finanzminister seiner Führungsmacht, heftete das französische Verlangen nach einer Beschäftigungspolitik der EU seinem Stabilitätspakt als Wunschzettel bei, z.b.V., zum baldigen Vergessen.

Wie Jospin wird es allen Sozialdemokraten gehen, die anderes wollen als die Wiedergeburt des Manchester-Kapitalismus aus dem Geiste der Standort-Konkurrenz. Es gilt, was Schäuble sagt (und Schröder denkt): »Wir müssen dafür sorgen, daß die europäi*sche* W Wir ung stabil bleibt - durch Senkung der Staatsquote, mehr Deregulierung, Wettbewerb und Privatisierung.« Deutschland hat Thatchers England sich selber und damit ganz Europa zum Vorbild bestimmt. Wie aus dem einzelnen Sozialstaat der Polizeistaat, wird aus Europa die Profit- und Polizeiunion, wobei die einen mehr an der Festtafel, die anderen mehr an den Schießscharten der Festung Europa beschäftigt sein werden. (Einige ost- und südosteuropäische Staaten werden ausschließlich als Grenzpolizei zur Abwehr von Flüchtlingen in die EU aufgenommen und von ihr ausgehalten werden.)

Die vorhersehbare Blamage der unmodernen, der verknöcherten Sozialdemokraten, der Jospins und Lafontaines, wird den Weg frei machen für eine populistische Rechte, die dem sozialen Protest eine nationale Spitze gibt - in den armen kleinen Staaten gegen die größeren, reicheren, in den großen gegen den größten, reichsten. 18 Prozent der Mitglieder der Gewerkschaft »Force ouvrière« und 11 Prozent der kommunistischen CGT haben bei Jospins Wahl statt für die Linke für Le Pens Nationale Front gestimmt. Eine Untersuchung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat ergeben, daß auch in Deutschland gewerkschaftlich organisierte Jugendliche nationalistischen und rassistischen Positionen stärker zuneigen als unorganisierte, und so ist nicht undenkbar, daß manch eine Partei, die als links galt, die nationale Sache selber in die Hand nimmt.

Frühlingsgefühle der Linken in Europa? Vielleicht war der altmodische Sozialdemokrat Lionel Jospin der letzte Europäer, der eine Wahl trotz des Versprechens gewinnen konnte, er werde den »Sans papiers«, den »irregulär« in Frankreich lebenden Flüchtlingen, gültige Papiere verschaffen.

Konkret 07/97, S. 10

Herrschaftszeiten

Wirgefühl 1

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit einer großartigen Leistung hat die Mannschaft des FC Schalke 04 den UEFA -Pokal gewonnen. Ich teile die Freude der Spieler und der Fans und gratuliere den Spielern, dem Trainer lind allen, die zu dieser herausragenden Leistung beigetragen haben, sehr herzlich.

Ihr Helmut Kohl

Recycling

Über »realsozialistische Kommunistenverfolgung - von der Lubjanka bis Hohenschönhausen«, veranstaltet von der »Historischen Kommission der Partei des Demokratischen Sozialismus«, sprechen »im Gebäude des Neuen Deutschland« unter anderen Wolfgang Gehrcke und Reinhard Müller. Vor ihrer Wende teilten Gehrcke als Vorsitzender der Hamburger DKP und Müller als Leiter der dazugehörigen »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte« die hanseatische Linke in Realsozialisten und antikommunistische Spinner ein. Heute loben sie sich eine Geschichte, die ihnen Gelegenheit gibt, an ihrer eigenen Vergangenheit, kritisch gewendet, noch einmal ihr täglich Brot zu verdienen.

Aufarbeitung

Trotz allerlei rhetorischer Dummheiten zum Thema »Zionismus« hatte die DDR sich von der BRD vor allem dadurch unterschieden, daß Ulbrichts engster Berater im Gegensatz zu Adenauers Staatssekretär Globke kein Kommentator der Nürnberger Gesetze war, der Leiter der »Deutschen Notenbank« anders als der der Deutschen Bank nicht im Aufsichtsrat der IG Auschwitz saß und die Direktoren der volkseigenen Kombinate sich nicht aus Veteranen des Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler rekrutierten. Aber auch diese peinliche Bilanz läßt sich kreativ bearbeiten, wenn man nur eine zu allem freie Presse hat wie diese:

Die Berufung eines amerikanischen Rabbiners nach Ostberlin - für *die mittlerweile auf ca. 400 Mitglieder geschrumpften jüdischen Gemeinden -,*

(vor dem Krieg waren es 20.000, dann kamen die Kommunisten ...)

der Wiederaufbau der Synagoge an der Oranienburgerstraße in Berlin, die Verleihung eines Ordens an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski, das Treffen mit Rabbinern in New York: All diesen demonstrativen Bekundungen eines judenfreundlichen Kurses lag das alte antisemitische Klischee zu Grunde: daß Juden die Finanzmärkte und die Politik beherrschen und also auch nützlich sind, wenn es um Verhandlungen um UN-Mitgliedschaft und Meistbegünstigungsklauseln geht.

Der Beweis, von antisemitischen Motiven frei zu sein, wäre der DDR gegenüber der »Süddeutschen Zeitung« nur dadurch gelungen, daß sie keinen Rabbiner berufen, Galinski eingesperrt und auf dem Grundstück in der Oranienburgerstraße ein Operettenhaus errichtet hätte.

Rheinkinder rein

Biermann, Jens, Giordano, Degenhardt, Kroetz, Wallraff, Koschnick und Staeck haben gegen die Abbschiebung bosnischer Flüchtlinge »schärfstens Einspruch« erhoben, weil die Abgeschobenen von »der jetzt dort lebenden Bevölkerung nicht gewollt« würden. Das hat dem Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« sehr gefallen:

Es ist wohl das erste Mal, daß der Wille der Bevölkerung, eine andere Bevölkerung nicht zu wollen, von deutschen Protesterklärungsunterzeichnern ausdrücklich anerkannt wird.

Bezüglich der anderen Bevölkerungen von Hoyerswerda und Solingen hatte die »FAZ« eine entsprechende ausdrückliche Anerkennung des Willens der einen Bevölkerung noch schmerzlich vermißt.

Wirgefühl 2

Sehr geehrter Herr Präsident,

der FC Bayern München ist zum 14. Mal Deutscher Fußballmeister. Ich freue mich mit der großen Fangemeinde über diesen herausragenden Erfolg und gratuliere Ihnen dazu sehr herzlich. Meine besonderen Glück wünsche gelten natürlich den Spielern und dem Trainer sowie all den anderen, die durch ihr Wirken im Hintergrund zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Ihr Helmut Kohl

Alte Betschwestern

Noch vor wenigen Jähren A ar Herbert Schnoor (SPD) als Innenminister von Nordrhein-Westfalen verantwortlich für die Politik seines Landes, neun von zehn Bewerbern das erbetene Asyl zu verweigern. Als Pensionär ist Schnoor nun in die Türkei gereist, wo ihm - unweit des Genius loci von Damaskus - die bekannte Wandlung wiederfuhr, die unter vielen anderen auch sein Parteifreund Heinrich Albertz (im Amt: prügelfreudiger Polizeisenator, in Pension: Talkshow-Ghandi) schon eindrucksvoll hingelegt hat. Schnoor heute:

Bisher sind wir immer davon ausgegangen, daß die türkische Regierung bemüht sei, die Folter abzustellen. Ich hin erschüttert, daß ich vom Menschenrechtsverein erfahren mußte, (laß das nicht der Fall ist. Die Folter wird als zur Kultur der Sicherheitsorgane gehörend dargestellt.

1996 sind 4.609 türkische Staatsangehörige aus der BRD abgeschoben worden. Da hat Schnoor noch von nichts gewußt. Und die amtierenden sozialdemokratischen Innenminister werden es vor ihrer Pensionierung nicht erfahren, sondern wie bisher davon ausgehen, wovon ihr Kollege Schnoor, solange es auf ihn noch ankam, immer ausgegangen ist. Denn erführen sie es vor ihrer Pensionierung und handelten danach, wären sie ihr Amt (und ihre Pension) los. Bis zuletzt hat ja auch Pastor Heinrich Albertz auf keine Mark von jenem Pensionsanspruch verzichtet, den er sich erworben hatte, als sein Polizist Kurras den Studenten Ohnesorg erschoß und er diese Tat vor dem Berliner Abgeordnetenhaus rechtfertigte.

Todesstreifen

Vor fünfzehn Jahren waren an der deutschen Grenze zum »Reich des Bösen« (R. Reagan) 2.678 Beamte des Bundesgrenzschutzes im Einsatz. Heute sind an der deutschen Ostgrenze zu den befreundeten Staaten Polen und Tschechien 5.753 Grenzschützer postiert.

Wirgefühl 3

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ich freue mich, daß Borussia Dortmund diesen europäischen Titel gewonnen hat und gratuliere der Mannschaft, dem Trainer und all denen, die im Hintergrund zu diesem herausragenden Ergebnis beigetragen haben, sehr herzlich.

Ihr Helmut Kohl

Perestroika

Mehr als sechshundert Soldaten der russischen Armee haben 1996 Selbstmord begangen. Wie Generalleutnant Kulakow, der Leiter der Wehrdienstverwaltung des Generalstabs, erklärte, sei zudem ein Anwachsen von Kriminalität und Drogenmißbrauch zu beklagen. Viele Rekruten seien mittlerweile vorbestraft.

Memo 1

Präsident Franjo Tudjman will die Gebeine seines bewunderten Vorgängers, des 1959 im damals faschistischen Spanien gestorbenen Ustascha-Führers Ante Pavelic, nach Kroatien überführen lassen. Pavelic, Verbündeter Hitlers, hatte über den richtigen Umgang mit den Serben gesagt: »Ein Drittel katholisch taufen, ein Drittel vertreiben, ein Drittel töten.«

Memo 2

Ein Offizier von Tudjmans Elitetruppe hat den liberalen Gegenkandidaten seines Präsidenten bei einer Wahlrede mit einer Gürtelschnalle niedergeschlagen und dem schwer am Kopf Verletzten zugerufen: »Ich gehöre zur Ustascha! Es lebe Ante Pavelic!«

Memo 3

Wer also hat Jugoslawien zerstört? Matthias Rüb, der Balkan-Reporter der »FAZ«, weiß es: »Jugoslawien zerfiel blutig, weil der serbische Nationalismus keinen Raum für die nationale Entwicklung der anderen Völker der ehemaligen

Konföderation ließ.« Jetzt haben sie Raum.

Im Namen des Volkes 1

Im Sommer 1996 hatten fünfzig Neonazis den Zeltplatz von Leisten in Mecklenburg-Vorpommern überfallen und sechs Betreuer einer Jugendgruppe schwer verletzt. Von den fünfzig Tätern, bei denen die Polizei zahlreiche Waffen und einschlägiges Propagandamaterial fand, wurden zwanzig angeklagt. Verhandelt wurde vor dem Schweriner Landgericht wegen des jugendlichen Alters einiger Schläger meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit. 15 Täter wurden zu Jugendarresten, sozialen Trainingskursen und gemeinnütziger Arbeit verurteilt, drei Angeklagte erhielten Jugendstrafen zur Bewährung, einer wurde freigesprochen, und nur einer erhielt eine Haftstrafe. Der Vorsitzende Richter Heydorn nahm die Täter gegen den Vorwurf »ursprünglich und gezielt rechtsradikaler Umtriebe« in Schutz und nannte den Oberfall eine »spontane Tat«. Im Laufe des Prozesses hatten einige der Angeklagten und ihre Nazi-Anhänger im Saal Zeugen und Journalisten bedroht.

Im Namen des Volkes 2

im März dieses Jahres hatten neun Bundeswehr-Soldaten in Detmold mit Messern und Baseballschlägern Jagd auf Ausländer gemacht und dabei zwei Türken und einen Italiener verletzt. Der Vorsitzende Richter des Landgerichts Detmold, Reineke, hat zwei der Täter zu acht Monaten auf Bewährung, zwei zu sechs Monaten Jugendstrafe und einen zu einer Jugendstrafe von 14 Monaten verurteilt. Von direkten Belohnungen wurde vorläufig abgesehen.

Die Macht der Hiebe

Auch Claire Marienfeld, die Wehrbeauftragte des Bundestags, wurde in die Ermittlungen einbezogen. Ober die Bedeutung von Baseballschlägern bei ihren Soldaten erklärte sie dem Detmolder Landgericht: »Ich habe keinen Mannschaftsdienstgrad angetroffen, der Anstoß am Besitz eines solchen Gegenstandes nahm. Offensichtlich ist es unter Heranwachsenden sehr verbreitet, Gegenstände mitzuführen, die eine Notwehr ermöglichen.«

Guter Zigeuner

Papst Wojtyla hat nichts gegen Zigeuner, sondern jetzt vielmehr den ersten Roma seliggesprochen. Warum? Weil Ceferino Jimenez Mall 1936 auf der Seite Francos im spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatte und erschossen worden war.

Week, weak

Die Mitteilung, daß die Hamburger Wochenzeitung »Woche« ab sofort nicht mehr mit einer Beilage namens »Wochenpost« erscheine, enthielt immerhin die Information, daß die Hamburger Wochenzeitung »Woche« immer noch erscheint. Wie Chefredakteur Bissinger einer Agentur erklärte, habe eine Umfrage unter den ehemaligen »Wochenpost«-Lesern ergeben, daß sie mit dem Verzicht auf die Beilage mehrheitlich einverstanden seien. Neunzig Prozent der ehemaligen »Wochenpost«-Leser hatten bereits vor der Befragung auf die Beilage inklusive Drumherum verzichtet.

In fünf Jahren wird die Welt Berlin als Zentrum Europas betrachten

---

Überschrift der Springer-Zeitung »Welt am Sonntag«

Die Führungsakademie der Bundeswehr - Vorbild für die Siegermächte von gestern

---

Überschrift der Springer-Zeitung »Welt am Sonntag«

Der Umzug befindet sich im Volldampf noch Berlin

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth

Konkret 07/97, S. 12

Bernhard Schmid

Phoenix strahlt nicht mehr

Die neue französische Linksregierung hat eine schwächere Basis als 1981. Die Kommunisten trösten sich damit, daß ihre Anhänger auch keine großen Hoffnungen mehr haben

Die Eidgenossinnen und -genossen jedenfalls können dem französischen Wahlergebnis ohne langes Nachdenken etwas abgewinnen; und auch die internationale Anti-AKW-Bewegung kann, zwanzig Jahre nachdem französische Polizeisondereinheiten zwei Demonstranten getötet haben, ein bißchen zufrieden sein: Der in den Siebzigern gegen massiven Widerstand in Creys-Malville, in der Nähe der französisch-schweizerischen Grenze gebaute »Schnelle Brüter« Superphénix soll jetzt, nach der Berufung der ersten grünen Umweltministerin, abgeschaltet werden. Die 56 französischen Atomkraftwerke dürfen allerdings erst mal weiterstrahlen. Sozialisten und Grüne einigten sich bislang nur auf einen Baustopp bis 2010. Auch der Parti Communiste Francais (PCF), der bislang nur in zwei kurzen Phasen (1944-47 und 1981-84) an der Regierung beteiligt war, stellt zwei Minister in Jospins Kabinett. Marie-Georges Buffet ist als Ministerin für Jugend und Sport für ein Ressort verantwortlich, das keine besondere Bedeutung hat. Jean-Claude Gayssot muß sich als Transportminister dagegen mit so brisanten Fragen wie der Privatisierung der Bahngesellschaft SNCF und von Air France beschäftigen. Auch die Situation der Fernfahrer, die im November 1996 einen (teilweise erfolgreichen) Streik gegen ihre katastrophalen Arbeitsbedingungen und für eine Rente ab 55 führten, fällt in seinen Zuständigkeitsbereich.

An der PCF-Basis bestanden im Vorfeld der Wahlen erhebliches Mißtrauen und Skepsis gegenüber einer erneuten Regierungsbeteiligung. Die schlechten Erfahrungen aus den Jahren der letzten Koalitionsregierung mit den Sozialisten unter Präsident Mitterrand waren noch überaus präsent: Die Sozialisten hatten damals mit 58 Prozent der Parlamentssitze allein über die absolute Mehrheit verfügt und die KP nur deswegen an der Regierung beteiligt, um deren breite soziale Basis und vor allem die damals noch von ihr kontrollierte CGT-Gewerkschaft ruhig zu halten und so die neoliberale Wende mit ihrer ausgeprägten Austeritätspolitik und der radikalen Sanierung ganzer Industriezweige leichter durchsetzen zu können. Den PCF stellten diese Manöver vor eine innere Zerreißprobe und führten ihn schließlich gesellschaftlich in die Isolation.

In der gegenwärtigen Situation gibt es allerdings Interessen, die die schlechten Erfahrungen verdrängen konnten. Der PCF-Führung unter Robert Hue, die 1994 den Bruch mit dem »sowjetischen Modell« in der Partei erklärte und der somit das große Referenzmodell abhanden gekommen ist, geht es darum, durch eine erfolgreiche Regierungsbeteiligung die Partei als »konstruktive progressive Kraft« neu auf der politischen Bühne einzuführen. Auch die »Refondateurs« (Neugründer), die die Überwindung des traditionellen Parteimodells und die Öffnung der Partei in die Gesellschaft - das heißt zu den sozialen Bewegungen, zur außerparlamentarischen Linken und zur Sozialdemokratie - anstreben, forderten von Anfang an einen Kurs auf Regierungsbeteiligung. Dagegen betonen die »Orthodoxen«, die den konsequenten Bruch mit der Ära des PCF-Generalsekretärs Georges Marchais (1972-1994) und dem »sowjetischen Modell« vermeiden wollen, die Skepsis gegenüber der Regierungsteilnahme. Alain Bocquet, alter und neuer Fraktionsvorsitzender der Kommunisten im Parlament und den »Orthodoxen« zuzurechnen, hatte in der Woche vor dem zweiten Wahlgang eine Tolerierungs-Variante ins Spiel gebracht: Der PCF könne sich demnach »innerhalb der Mehrheit befinden, ohne an der Regierung teilzunehmen« - das entspräche dem Modell der französischen »Volksfront«-Regierung 1936 oder auch dem aktuellen Verhalten der Rifondazione Communista in Italien.

Robert Hue, der - gemäß dem Beschluß des 29. PCF-Parteitags im Dezember 96 - eine »breite Befragung der Kommunisten« über die Regierungsbeteiligung in Aussicht gestellt hatte, zog es freilich vor, diese Variante gar nicht erst zur Diskussion zu stellen. So debattierten die KP-Sektionen zwei Tage lang über die Frage, ob man in die Regierung gehen solle oder nicht; 80 Prozent der Teilnehmer an den Debatten sollen für die volle Integration in eine Koalition gewesen sein. Lediglich die Sektion Pas-de-Calais, Hochburg rebellischer Neostalinisten in einem alten Kohlerevier, stimmte schließlich dagegen. Am Morgen des 4. Juni entschied das »Nationale Komitee« (ehemals Zentralkomitee genannt) dann für die Entsendung von Ministern. Auch Alain Bocquet reihte sich in die Riege der Befürworter ein - und wurde dafür von Robert Hue erneut als Fraktionsvorsitzender vorgeschlagen.

Tatsächlich sind aber auch einige der Bedingungen heute anders als 1981: Unter Mitterrand waren die Linksparteien vor dem Hintergrund seit Mitte der 70er Jahre abflauender sozialer Kämpfe und Bewegungen an die Regierung gekommen. Trotzdem, oder vielleicht deswegen, waren seinerzeit die in die parlamentarische Linke gesetzten Hoffnungen enorm. Zudem waren die linken Parteien seit Jahrzehnten nicht mehr an der Macht gewesen, so daß auch Illusionen über die neuen politischen Möglichkeiten erheblich waren.

Seit 1995 haben die sozialen Auseinandersetzungen dagegen an Intensität zugenommen: einerseits auf sozial-ökonomischem Gebiet - denkt man an die massive Streikwelle vom Herbst 1995 gegen die Demontage des Sozialversicherungssystems oder auch an die seit dem Erfolg des Fernfahrerstreiks vom November massiv sich in der

Gesellschaft ausbreitende Forderung nach der Rente ab 55. Andererseits aber im »politisch-moralischen« Bereich: Erinnert sei hier vor allem an die seit März 1996 nicht abreißenden Solidaritätsbewegungen mit den »Sans papiers«, den »illegalen« Immigranten, oder die (zeitweise sogar gesellschaftlich mehrheitsfähige) Bewegung des zivilen Ungehorsams gegen das Debre-Ausländergesetz. Allerdings ist noch etwas anders als 1981: Mit 42,1 Prozent im ersten und 48,36 Prozent für ihre Stichwahlkandidaten im zweiten Wahlgang sind die Linksparteien von vornherein nur mit einer relativen Mehrheit ausgestattet. 1981 konnten die Linken bereits im ersten Wahlgang 55,65 Prozent für sich verbuchen - was allerdings eher auf den Zerfall des bürgerlichen Lagers unter der Giscard-Regierung (die Rechte verlor 3,5 Millionen Stimmen an Nichtwähler) als auf die Stärke der Linken zurückzuführen war. Gravierend ist auch, daß die extreme Rechte jetzt mit 15 Prozent aus dem ersten Wahlgang hervorgegangen ist, während es 1981 gerade mal 0,29 Prozent der Stimmen gewesen waren. Die bürgerlichen Ex-Minister Nicolas Sarkozy und Charles Pasqua hatten im übrigen recht, als sie beide am Abend des ersten und des zweiten Wahlgangs feststellten, seit 20 Jahren wechsle bei jeder Parlamentswahl die Mehrheit. Der aktuelle Ausgang der Wahl ist also keineswegs als große Linkswende zu interpretieren.

In Frankreich wird bei der Bewertung des Wahlergebnisses und der Analyse der sich daraus ergebenden Konsequenzen gern darauf verwiesen, daß sich auch das internationale Umfeld verändert hat. 1981 sah sich die sozialistisch-kommunistische Koalition mit strikt konservativ regierten Bündnispartnern konfrontiert. Die Wahl von Margaret Thatcher (1979), Ronald Reagan (1980) und Helmut Kohl (1982) hatte in den anderen großen westlichen Industrieländern sozialdemokratische Perioden beendet und die Weichen auf verschärften Kalten Krieg und radikalen Wirtschaftsliberalismus gestellt. 1997, einen Monat nach der Wahl in Großbritannien, befindet sich Frankreich mit seinem Regierungswechsel in europäischer Gesellschaft: Nur in zwei von 15 EU-Staaten, Deutschland und Spanien, ist die Sozialdemokratie aktuell nicht in irgendeiner Form an der Regierung beteiligt, sei es, daß sie die absolute Mehrheit hat oder eine Koalition mit Mitte- oder Rechts-Parteien eingegangen ist. In 10 von 15 EU- Ländern wird die Regierung von Mitte-Links-Parteien geführt. Das heißt allerdings noch lange nicht, daß daraus eine gemeinsame Politik oder auch nur eine gemeinsame Haltung zur neoliberalen Gestaltung Europas resultieren würde oder gar deren Transformation in ein sozialdemokratisch konturiertes Projekt abzuleiten wäre. So stehen die wirtschaftspolitischen Konzepte der Regierung von Lionel Jospin, die keynesianische Akzente setzt, und der von Tony Blair weit auseinander - was nicht ausschließt, daß sie sich eines Tages in der Praxis stärker einander annähern könnten, dann aber in einem wirtschaftsliberalen und nicht einem originär sozialdemokratischen Rahmen.

Vor allem aber fungiert die deutsche SPD selbst aus ihrer Oppositionsrolle heraus als Garant dafür, daß es zu keiner gemeinsamen sozialdemokratisch-sozialistischen Umgestaltung der gegenwärtigen EU-Politik kommt. Gerhard Schröder betonte in einem Interview mit dem rechtskonservativen »Figaro« vom 12. Juni, was er zuvor auch der Wochenzeitung »Die Zeit« erzählt hatte: Daß es auf keinen Fall eine Abkehr von der »Stabilitätskultur« geben dürfe, daß lieber die Währungsunion verschoben als die famosen Konvergenz-Kriterien »aufgeweicht« werden dürften. Bestrebungen der französischen Sozialdemokratie, die Währungsunion als Anlaß zu einer Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in einem keynesianisch angehauchten Sinne zu nutzen und die Konvergenz-Kriterien in diesem Sinne auszulegen, wird so von vornherein eine klare Absage erteilt.

Die Perspektiven der neuen Regierung sind angesichts des vergleichsweise geringen innenpolitischen Rückhaltes und der beschränkten europäischen und internationalen Durchsetzungsmöglichkeiten eher trist. Die Folgen eines neuerlichen Scheiterns könnten sich allerdings als fatal erweisen. Zur Bilanz der Linksregierung ab 1981 war anläßlich des Todes von Francois Mitterrand im Januar 1996 in einem großen französischen Wochenmagazin, dem »Evénément du Jeudi«, folgendes zu lesen: »Auf der Rechten dominierte (nach der Wahl der PS/PCF- Regierung) jene dunkle Gewißheit: Frankreich würde sich geradewegs auf das Regime einer Volksdemokratie zu bewegen. Stellen wir uns vor, wie die Reaktion dieser Propheten des Unglücks ausgesehen hätte, wenn ein neutraler Beobachter - ausgestattet mit einem fürchterlichen Scharfblick - ihnen im Mai 1981 versichert hätte: daß zehn Jahre später die Bourgeoisie ihr prächtigstes Jahrzehnt erlebt hätte und ihren Anteil am Reichtum der Nation, zu Lasten des Anteils der Lohnarbeit, gestiegen sähe; daß über die Börse und die Immobilienspekulation, die am wenigsten produktiven Kapitalien, ein unverschämtes Wohlergehen ausstrahlen würden, daß die Löhne nicht mehr (wie zuvor) automatisch an den Preisanstieg angeglichen würden; ... daß die Besteuerung der Unternehmen um 10 Prozent sinken würde; ... daß die >freie Schule((das katholische Privatschulwesen; B.S.) definitiv ihre Privilegien behalten würde; daß das Fernsehen zu drei Vierteln großen monopolkapitalistischen Gruppen ausgeliefert würde; daß die ehemaligen Putschgeneräle von Algier und Komplizen der OAS (Terrororganisation, die zahlreiche Attentate gegen den französischen Rückzug aus Algerien beging; B.S.) nicht nur amnestiert (1982; B.S.), sondern auch in ihre Dienstgrade wiedereingesetzt würden.«

Diese Bilanz, die vor allem auf sozialem und ökonomischen Gebiet in den ersten Jahren zur politischen Frustration und Demoralisierung der Linkswähler beitrug und eine Ursache für den Durchbruch des Front National (1983/84) wurde, darf sich, wie allerorten beschworen, nicht wiederholen. Alle Fraktionen der Linken sind sich bewußt und betonen es immer wieder, daß sie heute »kein Recht auf Scheitern« mehr haben. Denn damit würde die bereits mit recht komfortablen

Stimmanteilen ausgerüstete extreme Rechte zur letzten Hoffnung der Unzufriedenen und Enttäuschten - und möglicherweise mehrheitsfähig.

Diesen Einwänden, die auch gegen eine Regierungsbeteiligung des PCF vorgebracht wurden, hält deren Sekretär Robert Hue eine bestechende Überlegung entgegen: Die soziale Basis seiner Partei habe die Erfahrung der enttäuschten Hoffnungen von 1981 ja bereits hinter sich und mache sich deswegen keine so großen Illusionen mehr. Im übrigen sei die CGT-Gewerkschaft heute nicht mehr von der KP kontrolliert, sondern autonom handlungsfähig, und die »soziale Bewegung von November und Dezember 1995« stehe als Garant dafür, daß die notwendigen Veränderungen, auf die so viele hofften, auch tatsächlich eingefordert würden. Wie groß allerdings der Spielraum der französischen Linksregierung, in der der PCF nun Minister stellt, sein wird, diesen Forderungen dann auch nachzukommen, ist ungewiß.

Konkret 07/97, S. 14

Bernhard Schmid, Oliver Tolmein

Europa den Europäern

Die britischen und französischen Sozialdemokraten machen den Flüchtlingen höchstens ein kleines bißchen Hoffnung

Wenige Tage nachdem Tony Blair in der Downing Street eingezogen war, ereignete sich in Großbritannien ein kleines Wunder: Die Abschiebeverfügungen gegen alle Flüchtlinge, die aus sogenannten »sicheren Dritt-Staaten« eingereist und gefaßt worden waren, wurden aufgehoben. Wie es aber mit Wundern, zumal im säkularen Europa, zu gehen pflegt: Sie sind von kurzer Dauer. Die spektakuläre Verfügung wurde nach 36 Stunden aufgehoben, niemand mußte sich eine neue Sicht der Welt im allgemeinen und der britischen Sozialdemokraten im besonderen aneignen, es herrschte wieder rassistischer Normalzustand.

Auch in Frankreich erwartete kaum jemand, daß die Linke in der »Festung Europa« ein Haus der offenen Tür einrichten würde. Zwar gab es vor den Wahlen nachhaltigen Widerstand gegen die Verschärfung der Ausländergesetze durch Innenminister Debre, der wurde aber von Migranten selber und von den Linken an der Basis getragen. Noch im Februar gingen 46 Prozent derer, die gegen das Debre-Gesetz protestierten, anläßlich einer Befragung durch IPO davon aus, daß die Parteien der Linken (die dennoch 85 Prozent wählen wollten) die gleiche Immigrationspolitik wie die Rechte betreiben würden, kämen sie an die Regierung. Vier Prozent befürchteten sogar, die Linke würde eine restriktivere immigrationspolitik betreiben.

Immerhin hatten die mehrmonatigen Kirchenbesetzungen und der Hungerstreik von 300 »Sans papiers« (Immigranten ohne gültige Aufenthaltspapiere) es 1996 geschafft, Teile der Linken ebenso wie Künstler, Intellektuelle und andere Prominente zur Solidarisierung zu bewegen und damit den stillschweigenden gesellschaftlichen Konsens über die Ausländerpolitik der Regierung zu zerstören. Auch der PCF hielt es im Oktober 1996, nachdem der PCF-Sekretär Robert Hue und CGT-Chef Louis Viannet die Besetzerinnen und Besetzer der Kirche Saint Bernard besucht hatten, für angebracht, seine restriktive Haltung in der Immigrationspolitik (seit 1979 war die Forderung nach »Einwanderungsstop im Interesse der französischen Arbeiter« offizielle Parteiposition) aufzugeben. Allerdings war dieser Kurswechsel nur nach einer heftigen innerparteilichen Kontroverse zu erreichen, und der neue Beschluß unterstreicht ganz im alten Geiste die Bedeutung der Hilfe zur »freiwilligen Rückkehr« sowie die »Pflichten der Immigranten gegenüber der französischen Gesellschaft«, was sich vor allem gegen die Muslime richtet. Grund für die Kehrtwende ist das Bemühen der Partei, Bündnispartner bei Vertretern der »Zivilgesellschaft« zu finden, deren intellektuelle Repräsentanten sich besonders engagiert mit den »Sans papiers« solidarisierten.

Eine Delegation der »Besetzer von Saint Bernard« wurde am Nachmittag des 10. Juni, zur Empörung der Rechten, offiziell im Amtssitz des neuen Premierministers empfangen. Aus diesem Anlaß verkündete die Regierungsspitze, daß sie in einem Rundschreiben an die Präfekten diese anweisen werde, die Akten der »illegalen« Immigranten erneut Fall für Fall durchzugehen und bei Erfüllung der sechs Kriterien, die die Vermittlergruppe im März 1996 vorgeschlagen und die die Nationale Menschenrechts-Kommission übernommen hatte, Aufenthaltspapiere zu erteilen. Demnach sollen ein Recht auf legalen Aufenthalt erhalten: Ehegatten von Franzosen und legal im Land lebenden Ausländern (diese hatten bisher im ersten Jahr kein eigenes Aufenthaltsrecht), die Eltern von Kindern mit französischer Staatsbürgerschaft und Personen »mit guter Integration in die französische Gesellschaft«, die aufgrund einer Reihe von Indizien festgestellt werden soll. Ebenfalls Papiere erhalten sollen abgelehnte Asylsuchende, denen bei Rückkehr in ihr Herkunftsland ernsthafte Gefahren drohen, sowie Personen, die in Frankreich eine medizinische Behandlung durchlaufen, deren Abbruch schwere Gefahren für ihre Gesundheit nach sich ziehen würde. Mit dieser Linie liegt der neue Premierminister Jospin deutlich links von seinem Labour-Kollegen Blair, der zwar einige besonders rigide Anti-Einwanderungs-Regelungen entschärfen, grundsätzlich den konservativen Kurs aber beibehalten will. So soll zwar die »Primary Purpose«-Regel abgeschafft werden, die bei Eheschließungen mit Immigranten den Nachweis verlangt, daß die Heirat und nicht die Einwanderung das Hauptanliegen ist, dafür wird aber die »Bewährungszeit«, die durchlaufen werden muß, bevor der Ehepartner ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhält, voraussichtlich von einem auf zwei oder gar vier Jahre verlängert werden. Die Labour-Party hat im Wahlkampf zwar auch versprochen, die berüchtigte »Weiße Liste« sogenannter »sicherer Herkunftsstaaten«, deren Bewohner grundsätzlich kein Asylrecht bekommen sollen, zu kassieren, gleichzeitig hat die Partei aber angekündigt, Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, um so »Asylbetrüger« schneller abschieben zu können.

Auch in Frankreich ist aber keineswegs ausgemacht, daß sich die Liberalisierungstendenzen wirklich durchsetzen werden. Die rechtskonservative Tageszeitung »Le Figaro« vernahm, nach der Ankündigung aus dem Amt des Premierministers, »Sans papiers« zu legalisieren, bereits den »ersten Mißton in den Reihen der neuen Regierung«. Der neue Innenminister, der Linksnationalist Chevénement, teilte der Presse mit, es sei »klar, daß die letzte Entscheidung« darüber, wer bleiben darf und wer nicht, »beim Staat liegen wird«, es also keinerlei Rechtsanspruch auf Aufenthaltspapiere geben werde. Ein vom »Figaro« (anonym) zitierter »Experte« behauptete: »Es ist sicher, daß man viele Anträge abweisen wird, wahrscheinlich etwa jeden zweiten.« Erst einmal wird aber die neue Legalisierungsregelung gelten, bis dann im kommenden Herbst die

repressiven Immigrations- und Aufenthaltsgesetze der Innenminister Pasqua und Debre durch ein »Chevénement-Gesetz« ersetzt werden. Einen Abschiebestop wird es dagegen nicht geben.

Die Reaktionen der Betroffenen fielen unterschiedlich aus: Ababacar Diop, Sprecher der »Sans papiers von Saint Bernard«, zeigte sich in einer ersten Stellungnahme halbwegs zufrieden. Seine Sprecherkollegin Madijguène Cissé hingegen lehnte im Namen der »Nationalen Koordination der Sans papiers«, die seit knapp einem Jahr besteht, das Prinzip der Einzelfallprüfung ab und warnte, man werde »den Leuten, die auf die Präfekturen gehen, um ihren Antrag zu stellen, gleich Handschellen anlegen«. Auch die Pariser Tageszeitung »Le Monde« betonte in einem Kommentar, daß die Maßnahmen von Jospin nicht mit der ersten großen Legalisierungswelle, die sofort nach der Wahl von Francois Mitterrand im Jahre 1981 in Angriff genommen wurde, zu vergleichen sei: Damals erhielten jene 132.000 »illegalen« Ausländer ihre Aufenthaltstitel, die zwei Voraussetzungen erfüllt hatten: Sie mußten nachweislich vor dem 1. Januar 1981 nach Frankreich gekommen sein und einen Arbeitsvertrag vorlegen können. Auch die Regierung Mitterrand schlug allerdings schnell wieder einen repressiven Kurs ein: Allein im Jahr 1982 wurden 27.000 neu angekommene »Sans papiers« ausgewiesen und 47.000 Nordafrikaner schon an der Grenze abgefangen, damit sie das Land gar nicht erst betreten konnten.

Konkret 07/97, S. 15

Michael Schilling

Ein Herzog aus kleinen Verhältnissen

Auf 270 Druckzeilen hat Gerhard Schröder im »Spiegel« die Rede abgeschrieben, die Roman Herzog zwei Wochen zuvor an die Nation gehalten hat

Daß nach Innovationen und neuen Ideen vornehmlich Leute rufen, die Mühe haben, einfachste Hauptsätze nachzusprechen, hat man schon beobachtet. Die Unbefangenheit aber, mit der »Deutschlands Tony Blair«, der »Hoffnungsträger der SPD«, seinen Aufruf zur Erneuerung des Landes bis aufs Komma bei seinem Bundespräsidenten abgekupfert hat, ist geeignet, auch abgebrühten Kennern sowohl der politischen Rhetorik im besonderen wie des Plagiatwesens im allgemeinen den Atem zu nehmen. Die Arbeit, die Herzog sich noch gemacht oder sein Büro hatte machen lassen: selber zusammenzutragen und als eigene Einfälle zu deklarieren, was die Leitartikler aller Kopf- und Doppelkopfblätter seit Jahren daherreden, hat Schröder seinem Büro erspart und, ganz Innovator, der er ist, sich der angebotenen Dienste des obersten Dienstleisters direkt bedient, von dem er sogar den Titel seines Exklusiv-Beitrags für den »Spiegel« (»Gegen den Luxus der Langsamkeit«) wortwörtlich bezog. Aber lassen wir den Nachdenklichen und seinen Afterdenker selber zu Wort kommen:

Herzog: *In Amerika und Asien werden die Produktzyklen immer kürzer, das Tempo der Veränderung immer größer.*

Schröder: *Angesichts der Geschwindigkeit, mit der in den USA und anderswo Innovationen umgesetzt werden, werde ich unruhig.*

Herzog: *Trotzdem geht es (bei uns) nur mit quälender Langsamkeit voran. Dabei leisten wir uns auch noch den Luxus, so zu tun, als hätten wir zur Erneuerung beliebig viel Zeit.*

Schröder: *Statt eines Aufbruchs leisten wir uns den Luxus der Langsamkeit.*

Herzog: *Das amerikanische Nachrichtenmagazin »Newsweek« sprach schon von der »deutschen Krankheit«.*

Schröder: *Sofern in Amerika überhaupt über Deutschland diskutiert wird, so nicht über »made in Germany«, sondern über »German Disease«, die »deutsche Krankheit«.*

Herzog: *Nur zu leicht verführt Angst zu dem Reflex, alles Bestehende erhalten zu wollen.*

Schröder: *Angst vor Experimenten hemmt die politische Tat.*

Herzog: *Unser eigentliches Problem ist also ein mentales.*

Schröder: *Innovationsfähigkeit fängt im Kopf an. Die mentale Disposition dafür ist mindestens so wichtig...*

Herzog: *Die Fähigkeit zur Innovation entscheidet aber unser Schicksal.*

Schröder: *Innovationsgesellschaft... Innovation... Innovationen... Innovationsstau... Innovationskompetenz... Innovationsfähigkeit... Innovation... Innovationen... Innovationsblockaden... Innovationen... Innovationsfähigkeit... Innovationen... Innovationsklima... innovativ... Innovationen... Innovationsklima... Innovationsdiskurs... Innovationswettbewerb... Innovationen... innovationsfreundlich... Innovationen... innovative Gründer... Innovationsforschung ... innovative Milieus ... Innovationspolitik ... Innovationspolitik ... Innovationsoffensive...*

Herzog: *Ob Kernkraft, Gentechnik oder Digitalisierung: Wir leiden darunter, daß die Diskussionen bei uns bis zur Unkenntlichkeit verzerrt werden.*

Schröder: *Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt ist längst in Gefahr, mit laienhafter Beliebigkeit beurteilt zu werden... Wir müssen technologische Leitprojekte hochziehen, in der Mikrosystemtechnik, der Telekommunikation, der Bio- und Gentechnologie.*

Herzog: *Statt dessen gefallen wir uns in Angstszenarien.*

Schröder: *Unübersichtlichkeit, Verunsicherung und Angst beim Bürger sind die Folge.*

Herzog: *Am Anfang steht ein Vorschlag, der irgendeiner Interessengruppe Opfer abverlangen würde.*

Schröder: *Wer mit einer unkonventionellen Idee aus dem Glied tritt, wird schnelles Opfer von Interessengruppen, wenn die um ihre Interessen fürchten.*

Herzog: *Die Medien melden eine Weite »kollektiver Empörung«.*

Schröder: *Empörung und Widerstand werden mediengerecht mobilisiert.*

Herzog: Es *folgt allgemeine Unübersichtlichkeit.*

Schröder: *Ein vielstimmiges Chaos.*

Herzog: *Niemand darf sich darauf einrichten, in seinem Leben nur einen Beruf zu haben. Ich rufe auf zu mehr Flexibilität.*

Schröder: *Das betrifft die Entwicklung neuer Berufe, flexible Arbeitszeiten. ... (Wir brauchen) ein Klima des Wandels, des Optimismus, der Visionen.*

Herzog: *Dazu gehört vor allem auch ein aufgeklärter Umgang mit Technik.*

Schröder: *(Wir müssen) die zentralen Reformideen über das Gezänk und den Technikskeptizismus erheben.*

Herzog: *Beispiel Deregulierung: Ist es wirklich ein Naturgesetz, daß man in Deutschland bis zu 19 Behörden fragen muß, wenn man einen Produktionsbetrieb errichten will? Wer Initiative zeigt, droht unter einem Wust von wohlmeinenden Vorschriften zu ersticken... Deutsche Regulierungswut...*

Schröder: *Offensichtlich reicht die Strategie des Abbaus regulativer Hemmnisse nicht aus... Wir müssen jungen High-Tech-Firmen die Last bürokratischer Regulierungen von den Schultern nehmen...*

Herzog: *Bildung muß das Mega-Thema unserer Gesellschaft werden. Wir brauchen einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik, ... um den Modernisierungsstau zu überwinden... Ich ermutige (unsere Hochschulen) zu mehr Wettbewerb.*

Schröder: *Modernisierung der Wirtschaft heißt auch Modernisierung des Staates. Das betrifft nicht zuletzt Institutionen wie die Hochschulen, die sich an Existenzgründungen beteiligen müssen.*

All dies und noch viel mehr in einem Text von gerade mal der Länge einer KONKRET-Druckseite. Der Hoffnungsträger erweist sich als Datenträger, der Wirtschaftsexperte als Prämiensparer wie du und ich. Schröders innovative Innovation besteht vor allem darin, auf 270 Druckzeilen 27mal (also in jeder zehnten Zeile einmal) die Worte Innovation und innovativ unterzubringen, Synonyme wie »Reformideen«, »modern«, »Modernisierung«, »Modernisierung«, »Modernisierung« (dreimal), »Modernisierungsstau« und »modernisieren« nicht gezählt.

Freilich wäre es mehr als eine Gemeinheit, nämlich ein Fehler, dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen zu unterstellen, er habe sich hier aus niederen Beweggründen auf ein ihm unangemessen mieses Niveau begeben. Die nachträgliche Lektüre der Interviews, die er einst als »antirevisionistischer« Vorsitzender der Jungsozialisten auch dieser Zeitschrift gegeben hat, macht nur allzu deutlich, daß die geistigen Möglichkeiten des Innovators sich stets darauf beschränkt haben, zum Aufsagen der Texte, die ein Genosse vom Bundesvorstand oder die PR-Abteilung des Volkswagenwerks ihm aufgeschrieben hatte, den passenden Pulli bzw. Binder auszuwählen.

Schröder ist, er hat es jedem Journalisten mehr als einmal erzählt, der Sohn einer armen Putzfrau, der seiner Mutter versprochen hatte, sie dereinst in einem dicken Daimler auszufahren. Das war ein ehrenwerter Vorsatz, und er wäre es geblieben, hätte der Sohn ihn nicht eines Tages zum »german dream« erklärt und sich zu dessen »dream boy« ausrufen lassen. Aber solange deutsche Intelligenzblätter gewillt sind, zugunsten der nationalen Innovation jeden intellektuellen Dreikäsehoch als Geistesheroen anzubeten - warum soll er nicht? Für Mutti?

Michael Schilling lebt und arbeitet im Zonenrundgebiet

Konkret 07/97, S. 16

Heiner Möller

Der Kandidat des deutschen Mannes

Hamburgs Erster Bürgermeister Voscherau beweist, daß Sozialdemokraten auch in der BRD erfolgreich sein können. Sie brauchen nur gesundes Volksempfinden

Henning Voscherau? Notar aus Uhlenhorst, ehemaliger Feldhockeyspieler, Sohn eines Ohnsorg-Schauspielers, Erster Bürgermeister der sich liberal und weltoffen nennenden Hafenstadt Hamburg. Seit einiger Zeit auch bundespolitisch im Gespräch, weil er notariell beglaubigte Zahlen in den Steuergesprächen der SPD mit der Bundesregierung als Finanz- und Steuerkoordinator des sozialdemokratischen Parteivorstands vortragen durfte.

Und sonst noch? Helmut-Schmidt-Schüler und -Getreuer. Als Anti-Hafenstraßen-Hardliner der Brutus beim Sturz seines Chefs Dohnanyi. Rot-Grün-Verhinderer auch dann noch, als die Hamburger Grünen längst schon unbedenklich waren.

So einer soll jetzt Kompagnon im aufgeblairten sozialdemokratischen Dream-Team Gerhard Schröders werden. Was ihn dazu qualifiziert? Vielleicht Helmut Schmidts Lob, Hamburgs Sozialdemokraten seien alles Luschen, »Voscherau ist eine Ausnahme«. Eher noch sein ausgeprägter stadtpolitischer Rechtskurs in der »inneren Sicherheit«. Voscherau ist ein notorischer Schmarotzer- und Ausländerfresser. Sein Profil hat er bei der Mobilmachung gegen Nichtdeutsche, (nichtdeutsche) Kriminelle und »Randgruppen« geschärft.

Er ist der Anwalt des kleinen Mannes und des gesunden Volksempfindens. Etwa wenn er über die angeblich fehlende Differenz zwischen Lohn und Arbeitslosenhilfe räsoniert: »Da gibt es ohnmächtige Wut bei denen, die früh aufstehen und schwer arbeiten müssen für wenig Geld, während der Nachbar nichts tut und praktisch genausoviel hat.« Das versteht jeder. Oder wenn er den Arbeitszwang für Arbeitsscheue einklagt: »Wenn Sie öffentliche Arbeit anbieten, müssen Sie natürlich auch eine Sanktion für Menschen schaffen, die arbeiten können, aber trotzdem nicht wollen.« Das mußte mal gesagt werden.

Auch wenn er Schnellgerichte fordert: »Ich habe sehr viel Grimm und Unverständnis gehört über die Frage, warum es eigentlich immer drei Jahre dauert, bis selbst bei Kapitalverbrechen die Hauptverhandlung eröffnet wird.« Und wenn er über die laxe Justiz klagt: »Zwei Asylbewerber haben eine 13jährige Schülerin mehrere Stunden lang vergewaltigt. Letzter Satz:)Die Täter sind noch auf freiem Fuß.(Das ist etwas, das stört den Rechtsfrieden und vertieft den Graben zwischen den kleinen Leuten und dem Staatswesen.«

Die kleinen Leute und ihr Glaube an das Staatswesen sind Voscheraus ganze Leidenschaft. Er spricht ihnen vor und redet ihnen nach dem Munde: Arbeitslose machen sich einen feinen Lenz, sind arbeitsscheu, Asylbewerber vergewaltigen, Schwerverbrecher laufen frei herum. Ein Rechtspopulist, ganz wie sein Vorbild Schmidt, der regelmäßig die einfachen Leute gegen irgendwelche imaginierten Professoren in Anschlag bringt, die von deren Problemen nichts verstünden; der gegen die »Raffgesellschaft« polemisiert und findet, »selbstverständlich kann einem gesunden jüngeren Arbeitslosen zugemutet werden, Äpfel und Birnen zu pflücken! «

Tief haben sich die Erfahrungen aus der Bürgerschaftswahl 1993 in Voscheraus Bewußtsein eingegraben. Damals erhielten DVU und »Republikaner« zusammen 7,6% der Stimmen, 16% der Arbeiter sollen sie gewählt haben. Im sogenannten Problemstadtteil Wilhelmsburg kamen die Rechten auf insgesamt 15,9% der Stimmen. Dort ist Voscherau als Wahlkämpfer von seiner eigenen Klientel schwer angegangen worden, er versage bei der Herstellung von Recht und Ordnung.

Also machte der Bürgermeister, was er selbst »tabulose Schwachstellenanalyse« nennt. Das Ergebnis: Nur zehn Wochen nach der 93er-Wahl betonte er die Notwendigkeit staatlicher Steuerungsmöglichkeiten zur Verhinderung von Ghettobildung und forderte für Wilhelmsburg eine »Zuzugssperre« für Ausländer. Bei 50% müsse Schluß sein. (Daß nur 29% der Wilhelmsburger keinen deutschen Paß haben, interessierte Voscherau nicht: Ihm ging es schließlich ums Prinzip.) »Ich sage nicht, das Boot ist voll.« Nein, das sagte er nicht, »aber in Wilhelmsburg ist es voll«.

Beifall erhielt er nicht nur von den Reps, sondern auch von den Nazis der »Nationalen Liste«: Schließlich hatte er ihre Forderung nach Quoten für Ausländer übernommen, für die sie zum selben Zeitpunkt auf den Verbotsindex des Innenministeriums gesetzt worden waren. Voscherau aber blieb erlaubt.

Er geriet unter Druck von Teilen seiner Partei und der liberalen Hamburger Öffentlichkeit. Also entschuldigte er sich wenige Tage später »bei den ausländischen Mitbürgern« für seine Äußerung und präzisierte seinen Wunsch nach mehr sozialtechnischen Kompetenzen: er wollte die gewünschten »Steuerungsmöglichkeiten der Binnenwanderung« in den Städten unter dem »Gesichtspunkt der Vermeidung von Ghettobildung unter allen Kriterien keineswegs isoliert auf Ausländer« angewandt sehen. Das macht's ja eigentlich noch schlimmer, doch dafür spendeten ihm die lieben Hamburger Beifall. Ansonsten sei er für Toleranz, »unabhängig von Rasse« (das hat er von Helmut Schmidt, der 1992 »tief verwurzelte Instinkte« ausmachte, die das Zusammenleben mehrerer Kulturen verhinderten), »von Nationalität, Geschlecht, Religion -

überall«, also anscheinend auch in Hamburg. »Wer dies nicht inzwischen als Teil meines Wesens erkannt hat, sollte sich schämen.«

Das taten die guten Hamburger denn auch. Sie mögen ihren Bürgermeister. Im September 1997 sind Wahlen und in den Umfragen liegt die SPD, die vor vier Jahren ihre absolute Mehrheit der Mandate verlor, nur bei etwas über 40%. Der Kandidat aber liegt im Ansehen der Hamburger unangefochten weit vorn - an seine Sympathiewerte reichen weder die eigene Partei noch die Konkurrenten um seinen Posten heran.

Die 93er-Rechtsoffensive des Liebhabers deutscher Sekundärtugenden wird mit dem Näherrücken der 97er-Bürgerschaftswahlen wiederaufgenommen und verschärft. Nur eine »realitätsnahe SPD« könne einen deutschen Haider verhindern, erklärte er im Oktober 1996. Würde sich die SPD nicht um die Themen kümmern, die die Menschen bewegten, käme es zum »Aufstieg von bräunlichen Organisationen«. Knapp der Hälfte des sozialdemokratischen Wählerpotentials traut er zu, für die extreme Rechte zu stimmen. Haider zu verhindern, so Voscherau, macht man am besten durch Haidern.

Im August 1996 - nur sechs Wochen nach der Änderung des Sozialhilfegesetzes durch die Bundesregierung - beschließt auf seine Initiative der Hamburger SPD-Parteitag, den Arbeitszwang zu forcieren: »Der im Bundessozialhilfegesetz festgeschriebene Grundsatz, bei Verweigerung von zumutbarer Arbeit die Leistungsgewährung zu vermindern, muß auch in Hamburg umgesetzt werden. Der Senat wird aufgefordert, Möglichkeiten praktikabler Umsetzung aufzuzeigen.« SPD-intern wird seither gestritten. Aber worum? Die »linke« Gegenposition beharrt: »Wir haben doch gar keine Arbeitsplätze, die wir anbieten könnten.«

Im Herbst 1996 erfolgte der nächste Voscherau-Schlag: das bundesweit bekanntgewordene Anti-»Bettler-Papier« des in seinem Auftrag handelnden Innensenators unter dem Titel »Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt« mußte nach massiven Protesten zurückgezogen werden. Statt dessen folgte ein positiver Maßnahmenkatalog zur - so der neue Titel - »Verbesserung der Lebensqualität, Attraktivität und Sauberkeit der Stadt«. Das Thema bleibt also auf der Tagesordnung. Vertraulich bereitet die Justizbehörde im April 1997 Maßnahmen gegen »aggressives Betteln« vor. »Aggressives Betteln« liege dann vor, »wenn die Entscheidungsfreiheit und das subjektive Sicherheitsempfinden von Bürgern beeinträchtigt wird«. Nun definiere mal jemand das »subjektive Sicherheitsempfinden« des einzelnen.

Über private »City-Cops« schreibt seither fast täglich Hamburgs Presse. Der ehemalige Innensenator Hackmann, heute Chef der Firma »Allgemeine Sicherheitsdienste« und HSV-Vorständler, versucht, Geldquellen zu erschließen, und schlägt die Privatisierung der »inneren Sicherheit« vor, Polizeiaufgaben für die Privaten. Und der Einzelhandel streitet für Gerechtigkeit. Was den Handelsanliegern in den privatisierten Einkaufspassagen recht sei, nämlich ihre Schwarzen Sheriffs, müsse den Anliegern der öffentlichen Einkaufsstraßen aus Konkurrenzgründen billig sein. Schon im Bettlerstreit vom Oktober 1996 hatte der Fachverband des Hamburger Einzelhandels festgestellt: »Einkaufen ist eine emotionale Sache, und Bettler sind eine Störung, die zu Umsatzeinbußen führen kann.«

Auch Hamburgs Handelskammer läßt nicht locker. In ihre »Wahlprüfsteine« hat sie hineingeschrieben, daß das Sicherheitsempfinden der Bürger »auch beeinträchtigt werde durch die Unwirtlichkeit der Stadt und durch das zunehmend aggressive Betteln in der City«.

Anfang April 1997 war Krönungsparteitag der Hamburger SPD. Überzeugungstäter Voscherau hatte sich gut vorbereitet, vermutlich durch Lektüre der Wahlprogramme von Reps und DVU von 1993. Was kein Aufwand ist, steht darin doch nicht mehr, als daß Kriminalität und Gewalt die Ursache aller Übel sind und die Täter immer Ausländer. Sowas übersetzt der Erste Notar ins Hanseatische. Voscherau sprach vor den SPD-Delegierten von den »drei kritischen Übeln« unserer Zeit: Flüchtlingswellen, internationale organisierte Kriminalität und gesellschaftliche Rücksichtslosigkeit. Es müsse Schluß sein mit einer »globalen Raffgesellschaft«, redet er Helmut Schmidt nach der Schnauze. Demokratische Macht müsse verhindern, daß »der globale Kapitalismus zum Kannibalismus« wird. Gefordert sei eine Koalition »für Arbeitsplätze, gegen Raffgier und Eigensucht«.

Es folgt das unvermeidliche Lob für Tony Blair: Was Voscherau am meisten freut, ist dessen Programm »Law and order«, von Voscherau mit »Gewaltfreiheit und Rechtsfrieden« übersetzt. »Law and order ist ein sozialdemokratisches Thema« - das muß man ihm glauben.

Ovationen und keinerlei Widerrede aus der SPD zu Voscherau, der von 92,4% der Delegierten zum Bürgermeisterkandidaten gewählt wurde und fest wie nie im sozialdemokratischen Sattel sitzt.

Der Kandidat legte nach. Anfang Mai polemisierte er gegen »Schönwettergesetze«, die Kriminalitätsbekämpfung nicht zuließen. Sie seien »zu gutwillig, zu lau, zu langsam«. Mit »Mumm« und »geradeaus« müßten neue Gesetze geschaffen werden. Womit er bei seinem Lieblingsthema war. So seien Hamburgs Haftanstalten überbelegt: »Sie sind voller ausländischer Straftäter. Es ist nicht mein Ehrgeiz, den Strafvollstreckungsanspruch des deutschen Staates zulasten der deutschen Steuerzahler an jedem ausländischen Täter in Deutschland abzuarbeiten. Den Leuten geht es teilweise zu Hause viel schlechter, also sollen sie doch abgeschoben werden, statt in Fuhlsbüttel oder am Holstenglacis die Knäste zu verstopfen.« Deutsche Knäste für deutsche Knackis!

Dabei ist Kriminalität unhanseatisch und wohl auch undeutsch: »Wir werden in Ergebnisverantwortung genommen für Übel, deren Wurzeln nicht in Hamburg und kaum in Deutschland liegen.« Wundert es, daß er im April Gerhard Schröder, als zur Zeit »attraktivsten Vorzeigemenschen der SPD«, als Kanzlerkandidaten ins Gespräch brachte? Oder das Volk über die Einführung des Euro befragen und entscheiden lassen will, wohlwissend, daß das verfassungsmäßig gar nicht geht?

Voscherau hat viel erreicht. Hamburg kennt nur ein Wahlkampfthema: Gewalt. Und alle reden dabei mit: die CDU sowieso, tief beleidigt, daß nach den Rechtsradikalen nun auch der Sozialdemokrat in ihren Gefilden wildert. Die Apo von der FPD kämpft immer noch gegen das Vorurteil, sie sei politisch liberal, und hält Schritt. Auch die GAL läßt sich nicht lumpen und schlägt »Sicherheitsräte« (Krista Sager). in den Stadtteilen vor.

Voscherau gilt als Geheimtip für die Bundespolitik. Oskar Lafontaine findet, er habe »Charisma«. Er selbst schwelgt in Jahrtausendphantasien: »Meine persönliche Lebensplanung ist: Rathaus-Turmsaal, 1. Januar 2000, Zehntausende von Hamburgern wünschen mir und ich ihnen ein gutes Jahrtausend.« Er wünscht sich Hamburger, die sagen: »Gerade in schwierigen Zeiten braucht mein Bürgermeister meine Rückenstärkung.«

Konkret 07/97, S. 18

Zu Protokoll

Der Versuch von Bundesfinanzminister Theo Waigel, die Höhe des Haushaltsdefizits durch die Neubewertung der Goldreserven zu kaschieren, hat SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag Gelegenheit gegeben, die deutsche Misere zu beklagen. Als Oppositionsführer profilierte sich in der Debatte am 4. Juni 1997 Joschka Fischer

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Abgeordnete Joseph Fischer.

Joseph Fischer (Frankfurt): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Dr. Schäuble, wir haben in dieser Legislaturperiode schon viele Reden von Ihnen gehört. Aber das, was Sie heute abgeliefert haben, war lediglich das bemühte Pflichtplädoyer eines Verteidigers in einem aussichtslosen Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Im wesentlichen haben Sie dabei die Opposition beschimpft und zur Sache nichts gesagt. Was sollten Sie zur Sache auch sagen - in einer Situation, in der eine Koalitionsrunde ergebnis- und hoffnungslos die nächste jagt; in einer Situation, in der der Haushalt 1998 ganz offensichtlich nicht mehr finanziert werden kann, wenn man die beiden Positionen der an der Koalition beteiligten Fraktionen zugrunde legt, nämlich der Steuersenkungspartei FDP und der CDU/CSU.

In dieser Situation verkünden Sie hier: Naja, wir hatten ein Gespräch mit der Bundesbank. Wir wollten die Goldreserven neu bewerten. Wir hätten es gerne gehabt, die daraus entstehenden Gewinne schon in 1997 auszuschütten. Was ist denn schon dabei? Nun haben wir unsere Meinung geändert. - In einer solchen Situation halten Sie eine Rede, in der Sie zur Zukunft dieses Landes nichts sagen. Daß Sie nichts dazu beizutragen haben, hat seine Ursachen in der Perspektivlosigkeit, in der Erschöpfung der Koalition unter Helmut Kohl.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, selbst wenn man in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sehr lange sucht, wird man nichts Vergleichbares zu dem finden, was wir in den letzten drei Wochen erlebt haben. Wir haben Ihnen vieles an Versagen zugetraut. Aber ich sage ganz ehrlich, Herr Bundeskanzler: Das hat meine Phantasie überstiegen. Es ist unfaßbar, daß eine konservative Regierung das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Bundesbank über Nacht zertrümmert hat.

Lesen Sie einmal die internationale Presse dazu! Sie müssen gar nicht auf die Opposition hören. Das können Sie abtun als das übliche Oppositionsritual. Lesen Sie einmal, was Ihnen nahestehende Finanzkreise - und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch international - von dieser Aktion tatsächlich halten! Diese konservative Regierung hat sich europaweit jahrelang als Schulmeister in Sachen Stabilität aufgeführt. Wir haben den obersten Schulmeister im Ohr, der sich hier selbst abgefeiert hat, der von »punktgenauer Erfüllung« sprach. Ich höre es noch: »3,00 sind 3,00.« Nun bleibt nur die »00« übrig, wenn ich mir die Leistung des Finanzministers anschaue.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die punktgenaue Erfüllung der Stabilitätskriterien von Maastricht, das war das Ceterum censeo dieser Regierung, dieses Finanzministers. Jetzt plötzlich geht das Licht an, und man erwischt ihn beim plumpesten aller Tricks, nämlich bei dem Versuch, über die Neubewertung und die Ausschüttung des Bundesbankgewinns 1997 aus seiner selbstgestellten Haushaltsfalle, aus seinem selbstverschuldeten Versagen zu entkommen. Ihnen gebührt, Herr Bundesfinanzminister, nicht das Gold der Bundesbank, wohl aber die Goldmedaille für kreative Buchführung im Kreise Ihrer Kollegen in der EU.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Bei dieser konservativen Regierung gefriert mir das oppositionelle Lachen.

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Hm!)

Da mögen Sie genießerisch knurren, Herr Bundeskanzler. Wenn ich die Zeitungen, vor allem des europäischen Auslandes, richtig verstanden habe - Sie werden das auch gelesen haben, denn es handelt sich nicht um den »Spiegel«...

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

... dann muß ich zu meinem großen Bedauern sagen: Mit Ihrer Aktion - ich weiß, daß Sie den Euro wollen und mit Ihrer ganzen persönlichen Überzeugung hinter dem europäischen Integrationswerk stehen, aber das macht die Sache nur viel schlimmer - haben Sie etwas getan, was die Einführung des Euro massiv gefährdet. Das ist der eigentliche Grund für die Forderung nach Rücktritt dieses Bundesfinanzministers neben all den anderen, die hier noch anzusprechen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn man sich anschaut, was Sie in den letzten drei Wochen abgeliefert haben, und es bilanziert, dann kann man nur den Schluß ziehen: Der Scherbenhaufen, den eine tanzende Elefantenherde in einem Porzellanladen hinterläßt, ist geringer als der, den Sie angerichtet haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu fällt mir nur noch folgende Überschrift ein: Avanti dilettanti! Diese Überschrift gilt ja bis zu den letzten Erklärungen. Selbst in den Erklärungen gestern abend und heute früh handeln Sie diese ganze Aktion in einer Art und Weise, die für sich genommen beispiellos ist und einen Dilettantismus in fast schon astronomischer Größenordnung darstellt. Die Konsequenz ist allerdings nicht nur ein Scheitern dieser Regierung und dieses Bundesfinanzministers, sondern die Konsequenz ist das Scheitern einer Stabilitätskultur, die über Jahrzehnte gewachsen ist.

Natürlich kann der Gesetzgeber das Bundesbankgesetz mit einfacher Mehrheit ändern, nur hatte es doch historische Gründe, warum Dinge, die gemacht werden können, nicht gemacht wurden und warum man an der Unabhängigkeit der Bundesbank festhielt, obwohl eine einfache gesetzliche Änderung möglich gewesen wäre. Sie haben das ganze nun mit einem Fußtritt über die Bordkante befördert; alles nur, um mit Ihrer maroden Koalition irgendwie aus der Falle, die Sie sich selbst, bezogen auf die punktgenaue Landung bei den Maastricht-Kriterien, gestellt haben, herauszukommen.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt am Ende einer Koalition, am Ende der Ära Kohl. Alles, was wir heute zu begutachten haben, begann 1990, wo Sie einerseits Ihre großartigste Leistung, die Herstellung der deutschen Einheit, vollbracht haben, es aber im selben Augenblick andererseits versäumt haben, die innere Einheit zur Lokomotive der Veränderung dieses Landes zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Es begann 1990 mit der Steuerlüge und damit, daß Sie den Menschen damals die Wahrheit nicht zumuten wollten, obwohl sie dazu bereit waren, den Gürtel enger zu schnallen. Wenn Sie die Lasten sozial gerecht verteilt hätten, die Schultern oben stärker belastet hätten, dann wären die unten auch bereit gewesen, das ihre daran zu tragen. Doch so, wie Sie es sich vorgestellt haben, Steuersenkungen vor der Wahl zu versprechen und hinterher die Steuern unter Inkaufnahme einer extremen sozialen Schieflage zu erhöhen, akzeptieren es die Menschen nicht.

Wer ist denn dafür verantwortlich, daß, wie es der Kollege Schäuble in seiner Rede selbst dargestellt hat, die Bundesrepublik Deutschland verkrustet ist, technologisch zurückgefallen ist und daß die Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr steigt? Nach unserer Verfassung ist nicht die Opposition dafür verantwortlich, sondern die Regierung. Die Regierung muß handeln. Sie, Herr Bundeskanzler, tragen dafür seit 14 Jahren die Verantwortung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Nun schauen Sie sich einmal den Haushalt 1997 an. Der Haushalt 1997 ist faktisch gegen die Wand gefahren, ist Makulatur. Wir werden das in den kommenden Wochen erleben. 82 Prozent des Kreditvolumens sind ausgeschöpft. Sie sind am Ende Ihres Lateins. Nun könnte man ja auf unvorhergesehene Entwicklungen verweisen. Aber das Gegenteil war ja der Fall. Schon bei der Aufstellung des Haushalts 1997 wußten Sie, Herr Bundesfinanzminister, doch ganz genau, daß Ihre Annahmen nicht stimmen. Sie wußten - damit waren Sie bösgläubig - daß dieser Haushalt, wenn Sie ihn gemäß den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und -klarheit aufstellen, verfassungsrechtlich nicht mehr zu halten ist. Das wußten Sie. Jetzt stehen Sie vor diesem Scherbenhaufen.

Als Sie gleichzeitig feststellen mußten, daß Ihre Landung bei 3,00 Prozent nicht funktioniert, wurden Sie vom obersten Stabilitätskommissar zum Trickser bei den Euro-Kriterien. Beim Haushalt waren Sie es schon vorher.

Dabei sind Sie - das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen - der Vorsitzende der CSU, der letzte Vorsitzende der CSU übrigens, der sich, wie ich annehme, für die Überlebensinteressen der FDP opfern wird.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich erspare es mir, Ihre Rede zu zitieren. Ich gebe allen Büttenrednern für die kommende Karnevalssaison die Empfehlung, Theo Waigels Haushaltsrede als wirklich buntes Zitatenschatzkästchen zu benutzen. Man lacht sich schlapp, was dieser Bundesfinanzminister verkündet hat, wenn man es mit der traurigen Realität, vor der wir heute stehen, vergleicht.

Die CSU hat ihrem Vorsitzenden auf dem Parteitag 1997 - ich glaube, der fand in Nürnberg statt - eine Entschließung mitgegeben. Darin heißt es in Punkt 6: »Methoden zur >kreativen Buchführung(« - diese Anführungszeichen können Sie in Zukunft weglassen - »zur Einhaltung der Konvergenzkriterien lehnt die CSU strikt ab. Maßnahmen, die nicht zu einem nachhaltig wirksamen Abbau öffentlicher Defizite führen, dürfen bei der Beurteilung des erreichten Konvergenzstandes nicht berücksichtigt werden. « - Man höre und staune! - »In diesem Sinne müssen die ermittelten Daten der einzelnen Mitgliedsstaaten um solche Maßnahmen bereinigt werden, die nicht zu einem nachhaltig wirksamen Abbau öffentlicher Defizite führen.«

Also, im Klartext. Selbst wenn Sie, Herr Parteivorsitzender, nach CSU-Beschlußlage mit Ihrer Aktion Erfolg gehabt hätten, hätten Sie den Bundesfinanzminister anhalten müssen, das wieder herauszustreichen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ihre Privatisierungserlöse und Einmalaktionen, das war doch das, was Sie immer gegeißelt haben. Ich wiederhole: Sie sitzen in einer doppelten, selbstgestellten Falle. Sie sitzen in der Falle, daß Sie beim Maastricht-Vertrag nachgesattelt haben, weil Sie unter dem Druck der CSU standen und Angst vor Edmund Stoiber und seiner antieuropäischen Kritik hatten.

Nirgendwo steht, daß die Neuverschuldung in Höhe von 3 Prozent des Bruttosozialproduktes 3,0 Prozent sein müssen und das diese ein Ausschlußkriterium ist. Vor allem Sie waren es, der dies in die Welt gesetzt hat und in Europa drauf- und nachgesattelt hat. Jetzt erreichen Sie diese 3,0 Prozent nicht. Im Gegenteil: Der Maastricht-Vertrag sagt klipp und klar - wir haben Ihnen das immer vorgehalten und vorgeworfen -: Es geht um die Konvergenz, um die Nachhaltigkeit einer Konvergenz- und Stabilitätsentwicklung. Das Kriterium der Neuverschuldung um 3 Prozent ist kein Ausschlußkriterium und bedeutet nicht 3,0 Prozent.

Konkret 07/97, S. 20

Irmgard Möller, Oliver Tolmein

Der Herbst des SS-Manns

Warum die RAF Schleyers Entführung hatte »politischer« begründen müssen, wieso die Amnestiekampagne von den Gefangenen als feindlicher Akt empfunden wurde und die Hausbesetzerbewegung ihnen Hoffnungen machte

Dritter und letzter Teil einer KONKRET-Serie mit Auszügen aus einem Gespräch, das Oliver Tolmein mit dem ehemaligen RAF-Mitglied Irmgard Möller geführt hat und das gerade im Konkret Literatur Verlag erschienen ist (»RAF - Das war für uns Befreiung«, 272 Seiten, 32 Mark)

War für dich der Deutsche Herbst zu irgendeinem Punkt damals ein Einschnitt, der deutlich gemacht hat: Wir sind gescheitert; der bewaffnete Kampf hat keine Perspektive mehr?

Das hab ich keinen Moment gedacht, daß der bewaffnete Kampf jetzt zu Ende sein könnte. Für mich war allerdings klar, daß jetzt neu überlegt werden muß, daß es nicht einfach weitergehen kann.

Hattest du irgendwann den Gedanken, diesen Befreiungsversuch von 1977, so wie er gelaufen ist, hätte die RAF besser nicht gemacht?

Das hab ich nicht gedacht. Nein.

Nein? Trotz des Mißerfolgs und der Toten?

So kannst du nicht darüber diskutieren! Hinterher weiß man natürlich alles besser und kennt die Fehler. Du kannst nicht immer auf das »hinterher« warten. Deswegen habe ich mir dieses Jahr, so hart es war, auch nicht weggewünscht. Danach war es nötig, Konsequenzen zu ziehen.

Aber man kann doch sagen, daß es eine Entwicklung gab hin zum Deutschen Herbst und dann in diesen Wochen selber, die man nicht erst hinterher erkennen konnte. Es war zum Beispiel sichtbar, daß durch den Anschlag auf Siegfried Buback oder den Versuch, Jürgen Ponto zu entführen, und, besonders kraß, mit der Entführung der »Landshut« nicht mehr gesellschaftliche Widersprüche zugespitzt wurden, sondern daß sich darin jeweils eine falsche Einschätzung der Verhältnisse und auch des Machtpotentials spiegelte.

Damals fand ich das nicht so eindeutig. Anfangs haben wir und wahrscheinlich viele andere auch schon gedacht, daß die Entführung von Schleyer was bewirken könne. Ich finde es im übrigen schlimm, wenn Fehler wiederholt werden, aber wenn man sie zum erstenmal macht, habe ich ein anderes Verhältnis dazu.

Was waren in deinen Augen die Fehler von 1977?

Ein ganz gravierender Fehler war, daß der politische Charakter dessen, was die RAF-Kommandos gemacht haben, überhaupt nicht deutlich wurde, daß sie auch selbst damit nicht gearbeitet haben. Besonders deutlich war das bei der Schleyer-Entführung. Da hat die RAF den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie entführt, einen Mann, der in der NSDAP war und das Goldene Ehrenabzeichen der »Alten Kämpfer« getragen hat, der SS-Offizier war und ab 1941 als Leiter des Präsidialbüros im Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren für die Plünderung der tschechischen Industrie verantwortlich war. Schleyer hat die Kontinuität von NS-Deutschland und Bundesrepublik verkörpert wie kaum ein anderer, und er war der Mann, der besonders engagiert gegen die gewerkschaftliche Mitbestimmung gehetzt hatte. Aber damit hat die RAF nicht gearbeitet. Sie hat auf einem ungeheuer hohen politischen Niveau gekämpft und wollte viel erreichen, aber es hat eine gewaltige Lacke geklafft, weil sie nicht politisch damit umgegangen ist, was sie gemacht und was sie ausgelöst hat.

Was wäre »politischer« gewesen?

Sie hätte klarer machen müssen, warum sie gerade Schleyer entführt hat, daß sie es nicht nur wegen seiner Ämter, sondern wegen seiner ganzen Geschichte und gegenwärtigen Politik getan hat. Und vor allem hätte sie deutlich machen müssen, warum gerade 1977 und warum in dieser Zeit gerade er ausgewählt worden war. Das hätte vielleicht klarer gemacht, wer gegen wen stand. Daß es auch um die Kontinuität des Faschismus ging, in einer Phase, in der Deutschland wieder zum Sprung ansetzte und europäische Hegemonialmacht werden wollte. Erinnere dich nur mal, wie die Bundesrepublik damals gegen Portugal vorgegangen ist.1 Und weil versäumt worden ist, diese politische Dimension offensiv zu thematisieren, ist es auch für viele sehr schwer, sich jetzt richtig vorzustellen, warum diese Phase so abgelaufen ist. Heute trägt das alles nur noch das Etikett: Die RAF hat jemanden, der einen hohen Posten innehatte, entführt, um die Gefangenen rauszuholen. Punktum. So als ob es egal gewesen wäre, ob der Bundesbahn-Chef, irgendein Banker oder eben Schleyer entführt worden ist. Die politische Stärke, die die RAF durch die Auswahl von Schleyer und durch den Zeitpunkt hatte, hat das Kommando nicht ausgefüllt.

Kannst du dir vorstellen, wieso das Entführungskommando diesen Fehler gemacht hat?

Ich denke, sie haben die ganze politische Dimension der Konfrontation selbst unterschätzt. Möglicherweise hatten sie sich nicht auf so eine lange Phase der Unsicherheit, der Verhandlungen und der öffentlichen Stimmungsmache eingestellt. Wahrscheinlich hatten sie vermutet, daß nach der Entführung recht schnell Erfolge eintreten. Und als das nicht passierte, waren sie wahrscheinlich so damit beschäftigt, die Logistik zu organisieren und sich auszudenken, wie es weitergehen kann, daß sie diese politischen Fragen vernachlässigt haben. Sie waren wahrscheinlich zu sehr darauf fixiert, alles für den Fall gut zu organisieren, daß es klappt, wie sie es sich vorgestellt haben. Und für den Fall, daß es anders läuft, gab es anscheinend kein Szenario.

Würdest du auch die Tötung von Hanns Martin Schleyer als Fehler ansehen?

Nein. Das hast du ja auch in dem NDR-Fernsehinterview schon gefragt. Wenn man nicht bereit ist, jemanden wie Schleyer zu töten, darf man ihn gar nicht erst entführen.

Es gibt aber doch einen Unterschied zwischen dem Versuch, mit einer Geiselnahme Gefangene freizupressen - was nur funktioniert, wenn man droht, die Geisel zu töten -, und der tatsächlichen Tötung der Geisel für den Fall, daß die Gegenseite nicht auf die Forderungen eingeht. In dem Moment, in dem das Kommando Schleyer erschossen hat, war er ja nicht mehr der mächtige Mann, sondern er war nur noch eine wehrlose Person, die von der Bundesregierung aufgegeben worden war. Der Krisenstab kalkulierte den Tod von Schleyer ja selbst ein.

Für den Moment ist das richtig. Nur, wenn Schleyer freigelassen worden wäre, hätte er bald den einen oder anderen Vorstandsposten zurückbekommen. Das unterscheidet ihn sicher auch von Aldo Moro 2, den man, wenn er freigelassen worden wäre, niemals in ein Amt mehr hätte zurückkehren lassen, sondern in die Psychiatrie gesteckt hätte.

Die Frage ist doch aber, was das politische Signal einer Geiselerschießung ist.

Daß man es ernst meint.

Aber warum mußte die RAF das demonstrieren? Nach dem Scheitern der Schleyer-Entführung war doch klar, daß es zu einer weiteren Entführung nicht kommen würde die durch das Wissen, »die meinen es ernst«, hätte beeinflußt werden können.

Das finde ich so pauschal nicht richtig. Die Bundesregierung hatte darauf gesetzt, mit ihrer Ablehnung der Forderungen und dem Mord an den Gefangenen die ganze Phase des bewaffneten Kampfes zu beenden.

Aber Schleyer war doch entführt worden, weit man sich sicher war. Wenn die Gefangenen gegen jemanden ausgetauscht werden, dann gegen ihn, den mächtigsten Industrievertreter, der enge persönliche Drähte in die Regierung und zur Opposition hat. Nun wurde aber nicht ausgetauscht, sondern der harte Kurs gefahren. Daraus ergibt sich doch logisch, daß Entführungen auch künftig das selbstgesetzte Ziel, Befreiung der Gefangenen, nicht erreichen würden.

Mit dieser Aktion ist nicht das ganze Konzept gescheitert. Das war auch dadurch abgeschwächt, daß durch das Scheitern der Ponto-Entführung ein wichtiger Teil der Aktion gefehlt hat. Worauf es ankommt, ist, daß in meinen Augen mit dem Scheitern der Schleyer-Entführung das Projekt »Gefangenenbefreiung« nicht ein für allemal vom Tisch war. Es ist nicht gelungen, den Raum politisch auszufüllen.

Es war ja auch so, daß nach 1977 eine regelrechte Kill-Fahndung eingesetzt hat. Innerhalb kurzer Zeit wurden Willy Peter Stoll, Elisabeth van Dyck und Michael Knoll bei ihrer Verhaftung erschossen, wobei Willy und Elisabeth überhaupt keine Chance hatten, zur Waffe zu greifen. Und auch Rolf Heißler hat seine Festnahme nur durch Zufall überlebt, weil er reflexhaft den Zeitungsstapel in seiner Hand hochgerissen und damit die Kugel, die ihn in den Kopf traf, abdämpfen konnte. Der Apparat hat großen Wert darauf gelegt, keine Gefangenen mehr zu machen - sie hatten also durchaus Angst vor weiteren Befreiungsversuchen.

Kommen wir noch mal zur Tötung von Schleyer. Eine Geisel, einen Menschen, einem ausgeliefert ist, zu töten, ist eine brutale Aktion.

Aber Schleyer war nicht einfach »ein Mensch, der einem ausgeliefert ist«, sondern zu dem Zeitpunkt der mächtigste Wirtschaftsführer. Er war ehemaliger SS-Offizier, er war an den Verbrechen der Nazis beteiligt, er war ein Vorkämpfer gegen Mitbestimmung und alle Formen von Demokratisierung in der Bundesrepublik - und daran hat die Tatsache, daß er im Moment seines Todes keine Macht mehr hatte, erst mal nichts geändert. Brutal waren seine Geschichte und seine Politik. Die Bundesregierung hat sich gegen Schleyer und für die Strategie des US-Kapitals entschieden.

Du hast vorhin gesagt, das schlimmste seien Fehler, aus denen man nichts lernt. Haben RAF und Gefangene aus ihren Fehlern im Deutschen Herbst gelernt?

Ja und nein. Ein großes Problem von uns war, daß wir nicht über das reden konnten, was bei der Schleyer-Entführung falsch gemacht worden ist. Wir Gefangenen konnten nicht untereinander reden, und mit den Illegalen gab es schon gleich dreimal keine Diskussionsmöglichkeit. Ich weiß bis heute nicht genau, was sie eigentlich insgesamt diskutiert haben.

Die RAF hat im Frühjahr 1982 das Mai-Papier veröffentlicht 3, das einerseits ein paar, wie ich finde, eher oberflächliche Bemerkungen zu 1977 enthält, dann aber vor allem einen neuen Abschnitt antiimperialistischer Politik einleiten will.' das sogenannte Frontkonzept 4. Kanntet ihr das Mai-Papier damals im Knast, habt ihr darüber diskutiert?

Wir kannten das Papier und haben bei jeder Gelegenheit, wie bruchstückhaft auch immer, darüber geredet. Mit der Idee des Frontkonzepts, daß es jetzt eine Front geben sollte, deren Abschnitte neu definiert und deren Dreh- und Angelpunkte auch die Kämpfe in Westeuropa sein sollten, waren wir einverstanden. Die Grundidee war auch, politischer zu handeln, politische Projekte sich entwickeln zu lassen, politische Beziehungen aufzubauen. Die erste Phase vom Aufbau der Guerilla war vorbei, es ging um die Vertiefung. Uns erschien die Zeit dafür auch reif. Sogar von drinnen konnten wir sehen, daß es ab 1980 wieder Bewegung gab. Dieses totale Atemanhalten, der Stillstand und die Erstarrung, die in den Jahren 1977 bis 1980 die Situation der radikalen Linken geprägt hatten, waren weg. Jetzt gab es auch wieder Demonstrationen: für Hausbesetzungen, gegen die Nato, gegen AKW. Es gab neue Aktionsformen, und manches schien in Bewegung zu kommen. Das hat uns sehr überzeugt.

Nun war diese Erstarrung, die es nach 1977 gegeben hatte, Folge einer Reihe von Aktionen der RAF. War es da wirklich so überzeugend, 1980181, kaum daß sich in der legalen Linken wieder etwas tat, gleich das nächste Guerilla-Konzept drüber zu stülpen, »zusammen kämpfen«, und den Frontaufbau zu propagieren?

Es sollte nichts übergestülpt werden. Im Gegenteil. Die Idee war, daß nicht mehr, wie es bis dahin in unserer Vorstellung war, nur die Guerilla das Zentrum bildete, an dem sich alles orientieren sollte. Künftig sollten die anderen Widerstandsformen, die Aktivitäten anderer Gruppen ihr eigenes Gewicht haben und damit zusammenwirken. Das war durchaus eine Konsequenz aus den Erfahrungen von 77. Wie das dann in die Realität umgesetzt wurde, ist eine andere Frage. Du mußt auch sehen, daß kurz danach die meisten von denen, die das Konzept entwickelt und also versucht hatten, neue Lernprozesse anzufangen, verhaftet wurden.

Du meinst, daß diese Verhaftungen Folgen hatten dafür, wie das Mai-Papier dann tatsächlich umgesetzt wurde?

Ja sicher. Die Verhaftungen 1982 und 1984 5 wären ein schwerer Schlag für die Illegalen. Die, die dann noch da waren oder dann dazugekommen sind, hatten einen anderen Hintergrund. Sie kamen, soweit ich weiß, eben aus den Bewegungen der achtziger Jahre.

Aber auch das Papier selbst liest sich sehr merkwürdig. Zum Beispiel heißt es dort: »Die Offensive wurde zu unserer härtesten Niederlage«, und gleich danach: »Daß wir durch die Wirkung, die die Konfrontation entwickelt hat, stärker als vorher daraus hervorgekommen sind, zeigt, daß Fehler und Niederlagen nicht das Entscheidende waren. « Alles falsch, aber eigentlich war's ein toller Erfolg...

Die Passage hat mich auch gestört. Das entsprach auch nicht der realen Situation. Aber die Gruppe hat damals wohl ungeheuer viel diskutiert und mit anderen Leuten gesprochen, auch auf internationaler Ebene. Ich kann mir diese positive Beschreibung der eigenen Lage nur dadurch erklären, daß sie aus diesen Gesprächen ein verzerrtes, viel zu positives Bild von der realen Lage gewonnen haben. Das klingt wirklich etwas triumphalistisch, aber im Kern ist auch etwas Wahres.

Die Ereignisse 1977 haben ja auch ungeachtet der im November 1982 erfolgten Verhaftungen dazu geführt, daß sich die RAF personell erheblich verändert hat. Einige Leute wollten raus und sind in die DDR ins Exil gegangen. Auch von daher fand ich es etwas unverständlich, daß dieser Abschnitt 1977 insgesamt positiv bewertet wurde. Wußtet ihr im Gefängnis eigentlich, daß Leute die RAF verlassen hatten?

Nein. Wir konnten uns schon vorstellen, daß 1977 viele Neue dazugekommen, aber nicht, daß sie wieder weggegangen waren.

Neben der Neuausrichtung im illegalen Lager hatte 1977 auch im legalen außerparlamentarischen Bereich enorme Folgen. Zum Beispiel wurde 1979, auch als Reaktion auf die Nachrichtensperre während der Schleyer-Entführung, die »Taz« gegründet. Und es war sicher kein Zufall, daß in der Nullnummer ein beherrschendes Thema der bewaffnete Kampf war und daß er um besten über eine Amnestiekampagne zu beenden wäre. Ende der siebziger Jahre wurden außerdem überall in der Bundesrepublik Grüne und Bunte Listen gegründet. Wie habt ihr diese Entwicklung wahrgenommen?

Wir fanden die Gründung der Grünen negativ. Wir haben gespürt, daß das auf einen Anpassungsprozeß hinausläuft, auf den Willen zur Macht, statt auf Entwicklung von Widerspruch und Widerstand, also auf Schwächung der Bewegung.

Das sind recht allgemeine Einwände. Es gab aber über die Amnestiekampagne auch eine ganz direkte Verbindung zwischen euch und dieser neuen Oppositionskultur. 6

Verbindung ist das falsche Wort. Diese Amnestiekampagne haben wir als einen feindseligen Akt gegen uns wahrgenommen.

Warum? Immerhin zielte die Kampagne ja darauf, daß ihr rauskommt, und das mußte euch doch in eurer Situation damals als erstrebenswertes Ziel erscheinen.

Aber wir wollten doch nicht raus um jeden Preis. Wir wollten vor allem Kontinuität, uns kam es darauf an, daß der Kampf weitergeht, vielleicht auf einer anderen Ebene - aber doch eben weiter. Und die Amnestiekampagne wollte genau das Gegenteil: Ende, Schlußstrich, Integration ins System. Es ging darum, nach der Phase der harten Konfrontation 1977 ein Versöhnungsangebot an den Staat zu machen, eine Befriedungsstrategie durchzusetzen, und wir sollten das Mittel dazu sein: unser Abschwören auf Praxis und Geschichte des bewaffneten Kampfes gegen unsere Freilassung. Das war prima ausgedacht, weil es nebenbei noch das schlechte Gewissen, daß man selbst sich angepaßt hatte, miterledigt hätte. Daraus wäre kein Aufbruch geworden, nichts, was noch irgend etwas mit radikaler Politik zu tun gehabt hätte. Es wäre eine Kapitulation, eine bedingungslose Unterwerfung und Anerkennung des Systems, wie es ist, gewesen - und dazu waren wir nicht bereit.

Hat es denn von euch Initiativen gegeben, sich mit dieser Amnestieforderung auseinanderzusetzen oder mit ihren Verfechtern und Verfechterinnen Kontakt aufzunehmen?

Nein. Es gab dort nichts, woran wir hätten anknüpfen können. Wir waren auch nicht gefragt worden. Es ging also nicht um uns. Und wir hatten damals das Problem, überhaupt ausreichend etwas zu erfahren. Die Artikel bekamen wir nicht rein, die wurden vorher von der Zensur rausgeschnitten. Die Besuche, wenn wir sie überhaupt hatten, fanden unter recht extremen Bedingungen statt, boten auch keine Gelegenheit, offen über das Projekt zu reden. Man hat mal eine halbe Seite vom »ak« ergattert und konnte sich dann alles mögliche zusammenreimen. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß wir aus diesen Auseinandersetzungen rausgehalten werden sollten. Und das ist gelungen

War das nicht vielmehr die Fortsetzung der sprachlosen Auseinandersetzung zwischen Guerilla und Teilen der legalen Linken, in der jetzt mal die legale Linke Fakten geschaffen und die Initiative ergriffen hatte?

»Initiative ergriffen« klingt etwas hochtrabend. Da haben ein paar Leute was dahergeschrieben - unverbindlich und ohne das geringste Interesse daran zu haben, daß sich davon irgend etwas durchsetzt. Und daß mit uns nicht darüber geredet wurde, finde ich nach wie vor ungeheuerlich und bezeichnend. Amnestie fordern, ohne auch nur einmal zu fragen, was denn die wollen, um deren Straffreiheit beziehungsweise Haftentlassung es dabei gegangen wäre. So eine Kampagne über die Köpfe derer, die es anging, hinwegzumachen, ist etwas, worauf Gefangene, und wir auch, besonders empfindlich reagieren.

Wir befanden uns ohnehin in einer Situation, in der wir nur schwer mit etwas durchdringen und unsere Positionen absprechen und verbreiten konnten. Wir bekamen in der Zeit nur alle halbe Jahr mal mit, was draußen diskutiert wurde. Unsere Briefe und Besucher wurden kriminalisiert wie selten zuvor. Da rein die Amnestiekampagne...

Hattet ihr euch denn vorstellen können, mit den Leuten, die für Amnestie eintreten, ein gemeinsames Projekt zu diskutieren, eine Perspektive zu suchen?

So einen Gedanken hat es nicht ernsthaft gegeben.

Auch bei euch nicht?

Nein. Die Frage ist auch falsch, weil sie unterstellt, es hätte im Prinzip Gemeinsamkeiten gegeben und die seien nur durch ein ungeschicktes Vorgehen nicht zum Tragen gekommen. Aber die Amnestiebefürworter sind nicht ungeschickt gewesen, sie wollten nichts mit uns zu tun haben. Es ging ihnen allein um ihre Politik. Und wir hatten andere Probleme, als uns mit denen auseinanderzusetzen. Wir wollten dringend unter uns etwas klären und diskutieren.

Ihr konntet nicht untereinander reden. Der politische Druck gegen euch wurde erhöht. Hatte das zur Folge, daß ihr das weitermachen mußtet, worüber es bei euch einen Minimalkonsens gab?

Das klingt so, als ob uns diese Situation in die Stagnation geführt hätte. Das war aber nicht so. Wir haben in dieser Zeit, Anfang der achtziger Jahre, einige neue Projekte in Gang gebracht. Vor allem ging es uns darum, auf der Ebene der UNO und der internationalen Menschenrechte Protest gegen unsere Haftbedingungen zu mobilisieren. Unsere Anwälte und Angehörigen haben in dieser Zeit eine Vielzahl von Gesprächen geführt, damit unsere Haftbedingungen als Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention gerügt würden.

Hattet ihr angesichts der Entwicklung in der legalen Linken damals - erst die Erstarrung, dann ein massenhaftes Engagement in parlamentarisch orientierten Gruppen wie den Alternativen und Bunten Listen oder der Grünen Partei - den Eindruck, daß das eine Konsequenz eurer Politik war? Daß die Attentate und Entführungen der RAF in der Linken eine Entwicklung weg von militanter Politik ausgelöst hatten?

Es gab in dieser Zeit auch andere Entwicklungen, die militante Hausbesetzerbewegung, die bundesweit mehrere hundert Häuser besetzt hat, zum Beispiel. Und das waren wesentlich jüngere Leute, die nicht schon in den Siebzigern in irgendwelchen K-Gruppen gesessen und sich über uns geärgert hatten. Die Hausbesetzer waren für uns eine ganz wichtige Bewegung, die wir sehr genau verfolgt haben, weil die auch wirklich anders leben wollten und nicht nur eine Politik der Resolutionen, Statements und Erklärungen anpeilten. Die Basis von Engagement, daß es Energien gab und Lebensfreude,

war für uns das wichtigste. Das war die Basis, auf der wir auch unsere Politik entwickelt hatten. Und daß so was aufkommen konnte, das hat uns Mut gemacht.

Aber das beantwortet nicht die Frage. Was ist mit den Teilender Linken geschehen, die mit euch ein ganzes Stück gemeinsamen Wegs hatten, die ja etwas älter waren als die Hausbesetzer, die mehr Erfahrungen hatten und für die 1977 insofern eine Wegscheide war, als sie danach Abschied von der Systemopposition und der militanten Politik genommen haben, weil sie meinten, das führe in die Sackgasse? Hattet ihr das Gefühl, daß ihr als RAF auch für diese Entwicklung Verantwortung getragen habt, indem ihr die Bedingungen geschaffen habt, die zu so einer Eskalation wie 1977 führte?

Der Abschied von militanter linker Politik war deren freie Entscheidung - so haben wir das gesehen. Sie haben sich ja nicht von unseren Zielen verabschiedet, diese Ziele hatten sie selber gehabt. Und dafür sind nicht wir verantwortlich, sondern sie.

Aber ihr habt eine Eskalation in Gang gesetzt, die die Bedingungen militanter Politik erheblich verändert hatte: Es hatte viele Tote gegeben, die Polizei war aufgerüstet, das gesellschaftliche Klima aggressiver geworden.

Das lag aber nicht nur an uns. Dennoch sind wir natürlich verantwortlich für Bedingungen, die wir verändern. Aber trotzdem bleiben anderen Leuten viele Möglichkeiten, unterschiedlich zu handeln, unterschiedlich mit diesen Bedingungen umzugehen. Und deswegen kannst du die Verantwortung für eine Kehrtwendung zum Parlamentarismus nicht uns anlasten.

Du hast vorhin gesagt, es kommt immer darauf an, den richtigen Zeitpunkt für eine Aktion zu finden, sich über ihre Ziele genau im klaren zu sein. Und ich würde sagen, daß 1977 die Schärfe der Konfrontation, die durch die RAF herbeigeführt wurde, zu einem falschen Zeitpunkt erfolgte und auch nicht so bestimmt war, daß sie...

... allen anderen genügend Raum gelassen hätte. Aber das bedeutet nicht, daß wir deswegen an allem schuld sind, was passiert ist. So klingt das nämlich, wenn du nach »Verantwortung« fragst.

Die Frage nach der Schuld finde ich hier uninteressant. Die nach den Ursachen nicht. Und ich denke, die RAF hat mit ihrer revolutionären Politik vielen anderen den Weg in den Reformismus leicht gemacht.

Sicher haben wir Bedingungen, unter denen die Linke in der BRD agiert, mitbestimmt. Aber es stimmt nicht, daß wir die Bedingungen für revolutionäre Politik kaputtgemacht hätten, weil wir die Repression auf den Plan gerufen und die Aufbruchstimmung erstickt hätten. So wurde auch in den Siebzigern gerne geredet - aber mit den wirklichen Verhältnissen hat das wenig zu tun. Auch ohne uns hätten zum Beispiel die K-Gruppen keine 1a-Revolutionsgeschichte geschrieben. Daß die Polizei massiv zuschlägt, hat nicht mit uns zu tun, sondern damit, daß dieser Staat seine Macht erhält - und jedesmal, wenn außerparlamentarische Gruppen zu erfolgreich sind und sein Machtmonopol angreifen, reagiert er mit Repression. Daß gegen die Anti-AKW-Bewegung oder die Hausbesetzer immer wieder mit einem ganzen Heer von Polizei vorgegangen worden ist, lag nicht an uns, sondern daran, daß sie einen empfindlichen Punkt getroffen haben.

Die Aktivitäten der Hausbesetzer habt ihr damals sehr positiv bewertet, weil es dabei um ganzheitliche Vorstellungen von Leben und Kämpfen ging. Hast du die Hausbesetzerbewegung insofern als Fortführung von Ansätzen aus den sechziger Jahren gesehen ? Hattet ihr den Eindruck, die knüpfen an etwas an, was für euch auch sehr wichtig war?

Nein. Sie haben sich auch nicht auf uns oder auf die Apo bezogen. Die haben aus sich heraus gehandelt. Und das hat uns gut gefallen. Es war eben ein neuer Anlauf. Sie selber haben sich zu diesen Fragen auch nicht geäußert.

Aber wir hatten eigentlich über das Mai-Papier geredet. Darin wird zwar auch viel über Veränderungen und Aufbruch geschrieben, aber alles bleibt nebulös. Das, was du erzählst, klingt aber so, als ob euch im Knast gerade die konkreten Entwicklungen ermutigt hätten...

Im Mai-Papier war der Schwerpunkt auf die Analyse der internationalen Verhältnisse gelegt worden, auf das, was sich damals global verändert und verschoben hat. Das war auch wichtig. Aber es war nur ein Ausschnitt. Ich finde es sowieso falsch, sich so auf Papiere zu fixieren. Wenn du »Stadtguerilla und Klassenkampf« oder auch das Mai-Papier hernimmst und daran heruminterpretierst, als handele es sich um ein Goethe-Gedicht, dann lernst du daraus nichts über die Politik der Guerilla. Papiere sind immer Notlösungen. Du mußt was erklären, willst was vermitteln, hast keine Gelegenheit, direkt mit den Leuten so und so zu diskutieren - also schreibst du ein Papier. Aber das ist dann eben nur ein Ausschnitt aus einer Diskussion und keine festgelegte Wahrheit. Und so ist es auch mit dem Mai-Papier »

Trotzdem fällt auf, daß das Mai-Papier gerade diesen Ausschnitt liefert: Globalanalysen, die viel über den Kampf der Guerilla gegen den Staat sagen, aber wenig über die Entwicklung in der Gesellschaft. Und diese Frontstellung »Guerilla und Staat« ist in meinen Augen ein Grund dafür, warum gesellschaftliche Entwicklungen im Denken und in der Politik der RAF so wenig Niederschlag gefunden haben.

Sicherlich werden viele Aspekte durch die Art der Aktionen, die die RAF gemacht hat, ausgeblendet. Und insgesamt hat die weitere Entwicklung in den Achtzigern zu dieser Verengung geführt.

Wie bewußt war euch dieses Dilemma in den siebziger Jahren?

Wir hatten uns damals damit auseinandergesetzt, waren aber überzeugt, daß der Fundus an Erfahrungen, den wir aus dem Leben in der Legalität mitgebracht hatten, lange reichen würde, um der Gefahr, nicht mehr mitzubekommen, was ist, zu entgehen. Wir waren dann, wegen der schnellen Verhaftungen, auch nicht jahrelang in der Illegalität, so daß sich dieses Problem praktisch auch so nicht gestellt hat und wir deswegen noch keine neuen Lösungswege gesucht hatten.

Aber ich denke, das Problem ist noch ein anderes: Als Guerilla kannst du nicht alle Probleme auf einmal lösen.

Fußnoten

1 1977 drängte Portugal, das sich 1974 vom Faschismus befreit hatte, in die EG. Die Aufnahme dort war aber heftig umstritten. Insbesondere die Bundesrepublik setzte die sozialistische Minderheitenregierung unter Mario Soares mit der Forderung unter Druck, erst eine funktionsfähige Marktwirtschaft zu installieren und die radikale Linke, die für Enteignungen und eine weitreichende Bodenreform eintrat, auszugrenzen.

2 Aldo Moro, Präsident der italienischen Democrazia Cristiana, einer der Väter des »historischen Kompromisses« mit den italienischen Kommunisten, wurde am 16. März 1978 von den Brigate Rosse entführt. In den 55 Tagen bis zu Moros Tod am 9. Mai wurde von seiten der UNO und des Vatikans zugunsten der Brigate Rosse interveniert. Die Linie der Nichtverhandlung von DC und PCI wurde von sozialistischen Politikern und DC-Dissidenten kritisiert. In mehreren Briefen kritisierte Moro die »harte Linie« der Regierung scharf. Die Angehörigen Moros brachen öffentlich mit der DC.

3 Abgedruckt in: Oliver Tolmein: *Stammheim vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF.* Hamburg 1997.

4 Das Frontkonzept hat die antiimperialistische Politik der achtziger Jahre in der Legalität und in der Illegalität geprägt. Die »antiimperialistische Front« sollte durch das »zusammen kämpfen« unterschiedlicher militanter Gruppierungen gegen unterschiedliche Projekte der »reaktionären Offensive« hergestellt werden. Mit den Worten des Mai-Papiers: »Gegen diesen Horizont entsteht die antiimperialistische Front im Zentrum. Ihre Wirkung ist allein an der Verhinderung oder Nicht-Verhinderung einzelner, aktueller imperialistischer Projekte nicht zu messen, was sie erreicht, erreicht sie immer als Kampfabschnitt der internationalen Front für sie und erst aus dieser Totalität der Konfrontation Imperialismus - Befreiung kann das Kräfteverhältnis geschaffen werden, das die soziale Revolution hier möglich macht.«

5 1982 und 1984 wurden Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz, Christian Klar, Helmut Pohl, Christa Eckes, Stefan Frey, Ingrid Jakobsmeyer, Barbara Ernst und Ernst-Volker Staub verhaftet.

6 Amnestie war das Thema der zweiten Nullnummer der »Taz«. Im Leitartikel hieß es zur Stoßrichtung dieses Projekts: »Amnestie wendet sich gleichermaßen gegen eine staatliche Machtlogik, die über Leichen zu gehen bereit ist, wie auch gegen die Propagandisten des militärischen revolutionären Kampfes. Eine Amnestie könnte den Horizont für neue Gedanken öffnen.« Amnestiert werden sollten folglich auch nur die, die bereit gewesen wären, das Scheitern des Projekts »bewaffneter Kampf« einzugestehen.

Konkret 07/97, S. 24

Jürgen Elsässer

Armes Deutschland

Das 4. Reich läßt noch auf sich warten, und die Nato-Osterweiterung ist ein kleineres Übel. Überlegungen zur Mittellage der Nation in der Welt

Das 4. Reich kommt doch nicht, vorerst zumindest nicht: Die deutsche 3 Außenpolitik, mit der Annexion der DDR und der Zerschlagung Jugoslawiens so prächtig in die neunziger Jahre gestartet, hat sich offensichtlich übernommen. Kohls Versuche, Geopolitik zu betreiben, sind Stückwerk geblieben. Die von seinem Berater Stürmer in wilhelminischer Tradition beschworene Mittellage hat sich für den deutschen Imperialismus als Sumpfloch erwiesen, in dem es sich weitaus unkomfortabler lebt als mit der soliden Westbindung der alten Bundesrepublik.

Der Versprechungen und Treueschwüre waren viele: Von Clinton wurde Kohl zum »Partner in leadership« aufgewertet, mit Jelzin durfte er in der Sauna schwitzen, mit Mitterand und Chirac konnte er von Europa träumen. Doch am Ende der Schaukelpolitik saß der Dicke mit dem Arsch zwischen allen Stühlen: Jelzin ließ sich von Waigel seinen Tschetschenien-Feldzug finanzieren, aber über die zugesagte Autonomie für die sogenannten Rußlanddeutschen wächst derweil das Gras der kasachischen Steppe; die Franzosen und ihre Freunde im Club Mediteranée machten Schäubles imperiale Träume von Kerneuropa zu Makulatur und werden, wie es aussieht, mit einem weichen Euro die Macht der Deutschmark brechen und sich so ihre keynesianischen Spielchen finanzieren. Ausgesprochen clever agierten auch die Yankees, die, nachdem Genscher und Kinkel sich auf dem Balkan als Brandstifter blamiert hatten, in Dayton die Grundlagen für einen neuen Jugoslawismus legten und seither die deutschfreundlichen Operetten- und Mufti-Diktatoren in Zagreb und Sarajevo an der kurzen Leine halten. Während die GIs alles im Griff haben, geben die deutschen Landser die Kompanietrottel: Im ersten Sommer lassen sie sich von der Journaille beim Faulenzen an der Adria erwischen, im zweiten schießen sie sich gegenseitig tot.

Ein völliges Desaster war der Balkan für die deutschen Pläne, dort eine Art Testlauf für eine gemeinsame europäische Militärpolitik zu veranstalten. So mußte der brave Koschnick als EU-Administrator im Mostar vorzeitig kapitulieren und die Stadt den ethnisch kostümierten Mafia-Banden überlassen. Schließlich liefen Rühe auch noch seine Albaner gerade in dem Augenblick davon, als man sich mit einer gemeinsamen deutsch-albanischen Kompanie und umfangreicher Rüstungshilfe schon auf einen gemeinsamen Ausflug in den Kosovo vorbereitete. Was sich zur Zeit im Lande der Skipetaren als europäische Eingreiftruppe tummelt, wird vielleicht in einigen Jahren Stoff für eine Satire von Kusturica sein: Ausgerechnet die verfeindeten Türken und Griechen sollen dort Frieden stiften, ausgerechnet die im eigenen Land bereits jahrzehntelang von der Mafia regierten Italiener die Banden bekämpfen. Man muß sich geradezu wünschen, daß sich endlich auch die Bundeswehr in dieses Chaos wagt, am besten nach Vlora, das würde manches Mütchen kühlen.

Aber auch ohne diesen feurigen Höhepunkt kann man sich an den balkanischen Kabalen amüsieren und den schönen Badesommer ganz ohne antiimperialistische Hektik genießen: Denn wie die Sache in Albanien auch ausgehen wird, zu holen gibt's in dem karstigen Staat nix - die ganze Intervention wird also ein riesiges Zuschußgeschäft werden, und unter Garantie werden die wackeren Peace-keepers dafür zuerst Brüssel und dann Bonn zur Kasse bitten. Wetten, daß spätestens dann der Bundeshaushalt mitsamt der Großen Steuerreform zum Teufel ist?

Schließlich hatte die Bundesregierung auch mit der Nato-Osterweiterung, auf die sie eigentlich das Copyright beanspruchen kann, kein Glück. Nach intensiver Pendeldiplomatie von US-Außenministerin Albright haben sich Washington und Moskau nämlich im Mai auf ein Grand Design geeinigt, in welchem Rußlands Rolle als euroasiatische Supermacht, und damit als Gegengewicht zur BRD, erhalten bleibt. Der Kern dieses Grand Design ist ein Tauschgeschäft: Jelzin nickt die Nato-Osterweiterung ab, und Clinton gibt den Widerstand gegen die Verschmelzung von Rußland und Belorußland und die militärpolitische Annäherung zwischen Moskau und Peking auf. Am spektakulärsten ist vielleicht das vielsagende amerikanische Schweigen zu den Vorgängen im Iran, wo russische Unternehmen für das die im Zuge der Mykonos-Affäre abziehende europäische Kapital einspringen, und die von der Nato direkt eingefädelte Aussöhnung zwischen Rußland und der Ukraine: Unmittelbar vor der Unterzeichnung der Gründungsakte Nato-Rußland rang der Nato-Generalsekretär höchstpersönlich dem ukrainischen Präsidenten Kutschma die Zusage ab, daß russische Verbände weiter in der Ukraine stationiert werden können, und kurz darauf trafen beide Staaten auch ein Agreement über die Schwarzmeerflotte. Direkt gegen die deutschen Osteuropapläne ist schließlich eine Passage aus Kapitel III der Nato-Rußland-Grundlagenakte gerichtet: »Ausdrücklich erwähnt wird, daß dann, wenn die Nato Teile ihrer Stäbe und Führungsmittel ihren europäischen Mitgliedern als >Combined Joint Task Forces< zur Verfügung stellt, Rußland an diesen Vorhaben beteiligt wird« (»FAZ«, 24.5.97). Noch 1994 hatte die »FAZ« die »kitzlige Frage« ventiliert, ob gemeinsame Eingreifverbände von west- und osteuropäischen Staaten im Krisenfall nicht »von der Nato separiert und beispielsweise der WEU unterstellt werden können«. Solchen brisanten Überlegungen ist aber nicht nur wegen des erwähnten Veto-Artikels ein Riegel vorgeschoben, sondern auch deswegen, weil die WEU selbst nicht vom Fleck kommt. »Die von der deutschen

und der französischen Regierung auf die Wahl von Blair gesetzten Hoffnungen auf eine Aufgabe des britischen Widerstandes gegen die schnelle Integration der WEU in die EU sind schnell verflogen«, resümierte die »FAZ« im Mai frustriert die Ergebnisse der WEU-Versammlung.

Auch bei der Bestimmung der Aufnahmekandidaten sieht es für die BRD schlecht aus: Ihre politischen Ziehkinder Kroatien sowie die baltischen Staaten werden mit Sicherheit nicht dabei sein, vermutlich werden sie auf dem Nato-Gipfel im Juli noch nicht einmal explizit für die zweite Aufnahmephase nominiert. Etwas besser stehen die Chancen für Rumänien und Slowenien, doch dort rangieren die Deutschen nur unter »ferner liefen«: Rumänien ist traditionell ein Bündnispartner Frankreichs, und Slowenien orientiert sich, seit die Ulivo-Regierung dem Revanchismus in Istrien abgeschworen hat, eher an Rom als an Wien und will sogar eine gemeinsame Brigade mit Italienern und Ungarn aufbauen.

Von den drei sicheren Kandidaten wurde Ungarn im Zuge des Ifor- und Sfor-Einsatzes bereits mit einem Netz von Militäreinrichtungen der US-Army überzogen. Tschechien ist ökonomisch zwischen deutschem und US-Einfluß gespalten, aber dank des sudetendeutschen Geschreis im Zweifelsfall für Bonn nicht instrumentalisierbar. Bleibt Polen, wo sich die Bundeswehr zum Manöverpartner Nummer Eins entwickelt hat und künftig in Sceczin, zusammen mit den Dänen, sogar ein multinationales Korps stationieren will. Verschärfend kommt hinzu, daß die sogenannte Linksregierung unverhohlen Nato-Atomwaffen und die Demilitarisierung Kaliningrads fordert, also die russische Souveränität über dieses Territorium bestreitet. Zwischen Weichsel und Memel, wo polnische und deutsche Gebietsansprüche gegen Rußland zusammenkommen, wird sich also erweisen müssen, ob die Nato-Osterweiterung den ihr von Washington und Moskau zugedachten Charakter als kleines Jalta bewahren kann, oder ob sie in eine erneute Blockkonfrontation mündet. Immerhin haben die Großen Zwei einige Vorkehrungen getroffen: Die Nato hat sich dazu verpflichtet, auf dem Territorium der Neumitglieder keine Atomwaffen zu dislozieren, keine entsprechende Infrastruktur aufzubauen und auch keine »erheblichen Kampfverbände« dorthin zu verlegen. Erlaubt sind lediglich Stabskompanien, Fernmelde-, Versorgungs- und Aufklärungseinheiten.

Sowenig man als Linker der Nato im allgemeinen und ihrer Expansion im besonderen seinen Segen geben kann, so wenig wird man sich mit Antiwestlern und Nationalbolschewisten in ihrer dumpfen Ablehnung gemein machen. Die Alternative zur Osterweiterung des Bündnisses wäre gewesen, daß Deutschland in der Tradition des Bismarckismus und Wilhelminismus bi- und trilaterale Militärachsen aufbaut - die Vorbereitungen namentlich mit Polen waren schon sehr weit gediehen. Den ML-Nostalgikern zum Trotz muß in Erinnerung gerufen werden: Die DDR und Jugoslawien wurden nicht von der Nato und ihren Geheimdiensten, nicht einmal von der BRD zerstört - sondern von ihrer eigenen Bevölkerung. In der Westausdehnung dieser völkischen Psychosen, nicht in der Ostausdehnung der Nato liegt das Hauptproblem.

Konkret 07/97, S. 26

Otto Köhler

Generalplan Ost revisited

Wie die Spitzen der deutschen »Raumforschung« den Zweiten Weltkrieg überstanden haben und später glänzende Jubiläen feiern konnte

Wir schreiben das Jahr 1970. Der Zweite Weltkrieg ist bekanntlich seit 25 Jahren zu Ende. Die von Großdeutschland annektierten ehemaligen polnischen Gebiete sind jetzt restlos deutsch geworden. Wo einst Polen lebten, sind 2,6 Millionen Deutsche angesiedelt. In Restpolen (»Generalgouvernement«) und in weiten Teilen der ehemaligen Sowjetunion sorgen »Reichsmarken« und »Siedlungsstützpunkte« für die Sicherung der deutschen Herrschaft. Die überflüssige Bevölkerung ist »ausgesiedelt«, die Übriggebliebenen sind in mobilen Arbeitskolonnen für die Deutschen tätig. Das gesamte Gebiet ist dem Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, unterstellt.

So hätte die Welt schon 1970 ausgesehen, wenn Deutschland 1945 gesiegt hätte. Der »Generalplan Ost«, den Heinrich Himmler ausarbeiten ließ, hätte 25 Jahre nach Kriegsende voll verwirklicht sein sollen. Das unglückliche Kriegsende brachte es mit sich, daß der Terminplan nicht eingehalten werden konnte. Erst die große Wende und der damit verbundene Sieg über die Sowjetunion brachten es mit sich, daß endlich wieder an eine deutsche Vorherrschaft über den Osten gedacht werden darf. Und auch das nur mit schwerwiegender Modifikation. Die Einhaltung der Menschenrechte ist unabdingbar geworden für alle, denen Menschenrechte gebühren.

Das Selbstbestimmungsrecht gehörte allerdings schon immer zu den deutschen Kriegszielen. Das unterstrich 1942 Volksaufklärungsminister Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast: »Wir kämpfen für unsere Freiheit und unser Selbstbestimmungsrecht in einem ausgeweiteten Lebensraum ... « Wie der »ausgeweitete Lebensraum« des deutschen Volkes aussehen sollte, das entschied vor 55 Jahren im Führerhauptquartier der Reichsführer SS Heinrich Himmler. Er billigte am 12. Juni 1942 den ihm vorgelegten vertraulichen »Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus.«

Zur gleichen Zeit - im Juni/Juli-Heft der Zeitschrift »Deutsche Arbeit« - veröffentlichte Heinrich Himmler seinen »Leitspruch« für diesen Aufbau in den von der Wehrmacht eroberten Ostgebieten: »Unsere Aufgabe ist es, den Osten nicht im alten Sinne zu germanisieren, das heißt den dort wohnenden Menschen deutsche Sprache und deutsche Gesetze beizubringen, sondern dafür zu sorgen, daß im Osten nur Menschen wirklich deutschen, germanischen Blutes wohnen.«

Andere Menschen nicht. Sie waren zu vertreiben, zu vernichten, ja, wie es einer der Mitarbeiter am »Generalplan Ost« formulierte, »zu verschrotten«. Und zwei Jahre später, am 3. August 1944, die sowjetischen Truppen rückten gerade über die Weichsel vor, hält Himmler in Posen, das schon bald wieder Posznan heißen wird, eine Rede zur deutschen Ostbesiedlung. »Das Programm ist unverrückbar. Es ist unverrückbar, daß wir die Volkstumsgrenze um 500 km herausschieben, daß wir ein germanisches Reich gründen werden. Es ist unverrückbar, daß zu den 90 Millionen die 30 Millionen übrigen Germanen dazukommen werden, so daß wir unsere Blutbasis auf 120 Millionen Germanen vermehren. Es ist unverrückbar, daß wir die Ordnungsmacht auf dem Balkan und sonst in Europa sein werden, daß wir dieses ganze Volk wirtschaftlich, politisch und militärisch ausrichten und ordnen werden. Es ist unverrückbar, daß wir diesen Siedlungsraum erfüllen, daß wir hier den Pflanzgarten germanischen Blutes im Osten errichten, und es ist unverrückbar, daß wir eine Wehrgrenze weit nach dem Osten hinausschieben. Denn unsere Enkel und Urenkel hätten den nächsten Krieg verloren, der sicher wieder kommen wird, sei es in ein oder zwei Generationen, wenn nicht die Luftwaffe im Osten - sprechen wir es ruhig aus - am Ural stehen würde.«

Dieses Programm war unverrückbar gewesen. Als am 22. Juni 1941 der Überfall auf die Sowjetunion begann, war der Tod von Millionen ihrer Bürger im Interesse der vordringenden Deutschen fest beschlossen. Sieben Wochen vor der Kriegserklärung hatte die Wehrmachtsführung am 2. Mai 1941 ihren Anteil an der Ausrottungspolitik festgelegt: »l. Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird. 2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird.«

Am 17. Oktober 1941 verkündete Hitler vor Gästen: »In die russischen Städte gehen wir nicht hinein, sie müssen vollständig ersterben. Wir brauchen uns da gar keine Gewissensbisse zu machen. Wir leben uns nicht in die Rolle des Kindermädchens hinein, wir haben überhaupt keine Verpflichtungen den Leuten gegenüber. Das Wohnhaus reformieren, die Läuse fangen, deutsche Lehrer, Zeitungen? Nein, lieber richten wir einen Rundfunk ein, der von uns abhängig ist, und im übrigen sollen sie nur die Verkehrszeichen lernen, damit sie uns nicht in die Wege laufen.« Das war blindwütiger Extremismus, von dem man sich nur distanzieren kann. Denn heute sind nicht nur osteuropäische Rundfunkanstalten in westdeutschem Besitz. Als treusorgende Gouvernanten geben westdeutsche Pressekonzerne Zeitungen von Budapest bis Prag und bald auch weiter im Osten Zeitungen heraus, die dem gemutmaßten Intelligenzniveau der Eingeborenen angepaßt sind. Und bei den Goethe-Instituten im Osten werden zuletzt die Stellen der Lehrer gestrichen, die den Einheimischen beibringen, wie man richtig deutsch zu sprechen hat.

Am selben 17. Oktober 1941 stenographierte einer der Adjutanten im Führerhauptquartier mit, wie sich Hitler seinen Aufbau Ost vorstellte: »Die großen Straßen - der Führer sprach heute nicht nur von der zur Krim, sondern auch von einer nach dem Kaukasus und von 2 oder 3 durch die weiter nördlich liegenden Gebiete - müßten durch landschaftlich schöner gelegene Teile gelegt werden. An den großen Flußübergängen müßten deutsche Städte entstehen, die Zentren für Wehrmacht, Polizei, Verwaltung und Partei.« Die russischen Städte sollten sterben. Für die Industriezentren Moskau und Leningrad wurde vom Wirtschaftsstab Ost schon einen Monat vor Kriegsbeginn der Hungertod eingeplant, damit die Landschaften deutsch auferstehen und erblühen.

Und so sah es das Projekt, das aufgrund dieser Vorgaben von Hitler und Himmler entstand: »Die deutschen Waffen haben die in Jahrhunderten immer wieder umstrittenen Ostgebiete endgültig dem Reiche gewonnen. Das Reich erblickt nunmehr seine vornehmste Aufgabe darin, diese Gebiete innerhalb kürzester Frist zu vollwertigen Reichsgauen auszubauen.« Das proklamierte im Juni 1942 der »Generalplan Ost« in seiner dritten, nunmehr von Himmler gebilligten Fassung. Erarbeitet war der Plan von dem Agrarwissenschaftler und SS-Oberführer - das entsprach einem Generalsrang - Prof. Dr. Konrad Meyer, der dies herausgefunden hatte: »An der vordersten Front des deutschen Volkstums gegenüber dem Russen- und Asiatentum sind ... bestimmte Gebiete vorgezeichnet, die eine besondere Reichsaufgabe haben. In diesen Gebieten ist zur *lebenswichtigen Sicherung des Reiches* nicht nur der Einsatz von Machtmitteln und Organisation, sondern gerade von deutschen Menschen als *bodenständiger Bevölkerung* notwendig. Hier soll in vollkommen fremder Umwelt deutsches Volkstum mit dem Boden verwurzelt und in seinem biologischen Bestand für die Dauer gesichert sein. Diese Gebiete sind zunächst der Gotengau und das Ingermanland. Ferner wird ein weiteres Gebiet, das Memel-Narewgebiet, in Vorschlag gebracht.«

Gotengau, das war die kräftig in die Ukraine erweiterte Krim. Dort sollten die deutschsprechenden Südtiroler angesiedelt werden, die Hitler Mussolini zuliebe aus ihrer norditalienischen Heimat weggebracht hatte. Und Ingermanland, das war ein weites Gebiet südlich von Leningrad, das von 1941 bis 1944 von deutschen Truppen belagert, aber nicht eingenommen wurde, weil die eingeschlossenen Bewohner verhungern sollten. Dann sollte Leningrad nach Hitlers Willen dem Erdboden gleichgemacht und das Gelände der Stadt den finnischen Bundesgenossen geschenkt werden.

Neben diesen Gauen sollten weit im Osten noch sogenannte Siedlungsmarken, das sind militärisch beherrschte Grenzterritorien, errichtet werden. Sie sind, so schrieb der Generalplan Ost vor, »aus ihrem bisherigen staatsrechtlichen Territorialverband auszugliedern und unmittelbar unter dem Führer der Hoheitsgewalt des Reichsführers SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums für die Dauer des Aufbaues zu unterstellen.«

Dieses Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums war die zentrale Umsiedlungs- und Rassenplanungsbehörde, die von Himmler ebenso geführt wurde wie das zentrale Terrorinstrument, das Reichssicherheitshauptamt. Meyers Generalplan Ost lieferte den Osten Himmlers uneingeschränkter Gewaltherrschaft aus: »Der Reichsführer SS übernimmt gegenüber dem Führer die Verantwortung für die Eindeutschung und den ihrem besonderen Reichssicherungszweck entsprechenden Aufbau. Nach Erfüllung des Auftrages werden die Siedlungsmarken in das Reichsgebiet eingegliedert und können nun - unter Beachtung gewisser Rücksichten - der allgemeinen Verwaltung unterstellt werden.«

Noch 1950 im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis diskutierte der einstige Reichswirtschaftsminister Walther Funk mit seinem Rüstungskollegen Albert Speer über die riesige Neuverschuldung, zu der die ausgedehnten Bauprogramme Hitlers im Osten hätten führen müssen. Er berichtete - und hier zeigte sich die Zukunftsfähigkeit mancher der Vorstellungen des Führers - von Plänen Hitlers, »durch ein Wertgefälle der Währungen ein scheinbar legales ökonomisches Ausbeutungssystem zu schaffen«.

Die Mittel für den Ostaufbau waren im Generalplan Ost genau bedacht, etwa durch »Finanzierung aus Tributleistungen bzw. Reparationen der besiegten Gegner... Unter den hier bestehenden Möglichkeiten kommt vor allem der Einsatz von fremdvölkischen Arbeitskräften in Frage, z.B. Kriegsgefangene, Zivilgefangene, Polizeigefangene.« So der Urheber des Generalplans Ost, SS-Oberführer Meyer. Ob Landschaftsgestaltung oder Straßenbau, überall war Sklavenarbeit eingeplant als »kolonnenweiser Einsatz von Kriegsgefangenen oder niedrig zu entlohnenden fremdvölkischen Arbeitskräften«.

Über ein Paradox kam der Generalplan Ost nicht hinweg. Die Ostausdehnung war vorgesehen, weil die Deutschen bekanntlich ein »Volk ohne Raum« waren. Mit dem Generalplan Ost wäre viel freier Raum entstanden, aber für das Germanisierungsvorhaben war nun plötzlich nicht mehr genug deutsches Volk da. Zwar wurde »die Deckung des Bedarfs an deutschen Menschen für die Siedlung in den Marken und Stützpunkten« als sichergestellt erklärt. Aber das ging nur, indem man die Deutschen aus aller Welt zusammenkratzte, vom »Volksdeutschtum aus Übersee« bis zum »Streudeutschtum aus Transnistrien«, irgendwo in Moldawien.

Der Generalplan Ost sah sogar vor, die zur Ansiedlung nötigen Deutschen aus »nichtgermanischem Volkstum« zu produzieren, und zwar durch »systematische Auslese und Leistungszucht«. Von den Baltenvölkern wurden als eindeutschungsfähig und damit überlebenswürdig erklärt: Esten über 50 Prozent, Letten bis zu 50 Prozent, Litauer

hingegen nur bis zu 15 Prozent. Der Rest war freigegeben zur »Umsiedlung«, und das bedeutete meist: zur Liquidation. Der Vernichtungsexperte Hermann Krumey, Eichmanns Kollege bei den Deportationen nach Auschwitz, machte sich Anfang 1943 bei einer Tagung im Reichssicherheitshauptamt über »Umvolkungsprobleme« seine Vormerkungen: »Es sollen ausgesiedelt werden: Juden 100 Prozent, Polen 80 bis 85 Prozent, Litauer, Letten, Esten 50 Prozent.«

Bei den Litauern zeigte sich Liquidator Krumey großzügiger als der Verfasser des Generalplans Ost. Doch der Planer, SS-General Konrad Meyer, konnte das als Wissenschaftler natürlich besser beurteilen. Meyer seit 1934 ordentlicher Professor in Berlin, Direktor des Instituts für Agrarwesen und für Agrarpolitik, hatte sich für den nationalsozialistischen Staat eine neue Wissenschaft ausgedacht, die Raumforschung. Sie zielte nicht auf den Weltraum, sondern auf Blut und Boden. Diese »Raumforschung« sollte als »unerschöpfliche Quelle rassebezogenen und raumbedingten Forschens und Gestaltens« zugleich auch »der tragende Pfeiler für den nationalsozialistischen Neubau der Hochschule« sein. So formulierte es Professor Meyer bei der ersten Tagung der von ihm 1935 begründeten und geführten »Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung«.

1947 wurde Professor Meyer vor ein amerikanisches Militärgericht gestellt, aber freigesprochen, weil der ganze menschenmörderische Umfang seiner Planungen noch nicht bekannt war. Schon bald nahm er seine Forschungen wieder auf und bezog 1956 einen Lehrstuhl an der Technischen Universität Hannover. Fünfzehn Jahre nach dem Krieg erlebte er eine glänzende Rehabilitierung seiner Denkart.

Die 1947 begründete Akademie für Raumforschung und Landesplanung feierte 1960 die Gründung von Meyers Reichsarbeitsgemeinschaft als ihr 25jähriges Jubiläum - sie verstand sich als ungebrochene Fortsetzung der NS-Wissenschaft vom Raum. An dieser Jubelfeier beteiligten sich neben zahlreichen ehemaligen NS-Professoren die jetzt im Dienst des demokratischen Staates standen, auch ein Staatssekretär, ein Regierungsdirektor, zwei Ministerialdirigenten, vier Ministerialräte und fünf Oberregierungsräte aus Bund und Ländern mit umfangreichen Redebeiträgen. Sie alle feierten 1960 die Gründung von Himmlers Raumplanungslabor, der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, dieser, wie es Konrad Meyer 1936 formuliert hatte, »aus Idee und Gestalt des Nationalsozialismus geborenen Kampforganisation gegen die Wirkungen, Ideen und Denkformen eines verstädterten artfremden Zeitgeistes«.

Die »Idee einer notwendigen)Raumordnung<« war 1935 mit Meyers Gründung der »Reichsarbeitsgemeinschaft« vom Staat - vom NS-Staat - »offiziell anerkannt und mit entsprechenden Wirkungsmöglichkeiten ausgestattet« worden. So interpretierte es 1960 der Akademiepräsident Karl Heinrich Olsen in der Einleitung zum Sammelband der Jubiläumsreden. Raumordner Konrad Meyer, dessen »entsprechende Wirkungsmöglichkeiten« zu Vertreibung und Tod für Millionen Menschen führten, betonte bei der 25-Jahr-Feier, welche Wichtigkeit die - wie er es nannte - »Vorkriegsuntersuchungen« nach dem Krieg in der Bundesrepublik erhalten haben, weil nämlich »Westdeutschland ... und dessen verstümmelter Raum durch das Hineinpressen von mehreren Millionen Vertriebenen überlastet war«.

Im November 1969 hielt der 68jährige Professor seine Abschiedsvorlesung und gestattete sich an deren Ende die Anmerkung: »Es war mir vergönnt, den Weg der Raumforschung durch drei Jahrzehnte - mit einiger Unterbrechung durch Kriegsdienst und Nachkriegsjahre - zu begleiten und an seinem Ausbau mitzuwirken.«

1973 kommt der polnische Schriftsteller Krzystzof Kalkolewski nach Deutschland, um die noch lebenden Urheber des Generalplans Ost für eine Buchveröffentlichung zu interviewen, auch den SS-General Konrad Meyer. Der General empfängt Kalkolewski im Beisein seiner Frau und seines Sohnes, eines Juristen, in dem riesigen Salon seiner Villa bei Göttingen. Der Verfasser des Generalplans Ost, den das für ihn unglückliche Kriegsende an der völligen Verwirklichung seines Genozid-Projekts hinderte, reagiert sofort aggressiv: »Von allen utopischen und wahnsinnigen Plänen kenne ich nur einen, der auch realisiert wurde: denjenigen, Millionen von Deutschen aus dem Osten umzusiedeln.«

So notiert es der polnische Schriftsteller, der den einstigen SS-General daran erinnert, daß er es war, der Millionen von Menschen aus ihren angestammten Wohnsitzen zu vertreiben versuchte, daß es die Deutschen waren, die sechs Millionen Polen ermordeten. Meyers Anwort: »Jeder muß seine Nation verteidigen. « Kalkolewski: »Nach ihrem Verständnis gehöre ich keiner Nation an, sondern einer Masse, die bloßes Planungsobjekt ist.« Darauf der SS-General: »In einem Krieg wird der Verlierer zum Objekt. Die Geschichte besteht aus Siegern und Verlierern.«

Der polnische Besucher bittet um ein Gespräch vor der Kamera des ZDF-Teams, das mit ihm durch die Bundesrepublik reist. Doch den ehemaligen SS-General plagt die Sorge um die guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen: »Bevor ich mich entscheide, werde ich das Außenministerium konsultieren müssen, damit ich nicht den Interessen der Bundesrepublik schade.«

Das Fernsehgespräch zwischen dem Verfasser des Generalplans Ost und dem polnischen Schriftsteller kam nicht zustande.

Literatur:

Götz Aly: *»Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. S.* Fischer Verlag, Frankfurt a.M. 1995, 446 Seiten, 48 Mark.

Mechtild Rössler u. Sabine Schleiermacher (Hg.): *Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik.* Akademie Verlag, Berlin 1993, 378 Seiten, 98 Mark

Mechtild Rössler: » Wissenschaft *und Lebensraum«. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus.* Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1990, 288 Seiten, 39 Mark

Bruno Wasser: *Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940 - 1944.* Birkhäuser Verlag, Basel 1993, 350 Seiten, 78 Mark

Rolf Dieter Müller: *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik.* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1990, 238 Seiten, 19,80 Mark

Konkret 07/97, S. 30

Karl-Heinz Hansen

»Vorwärts, Legionäre!«

Deutsche Flieger sind keine Mörder, sondern Soldaten. Und die Auflösung der Luftwaffe vor 77 Jahren konnte die spanische Zivilbevölkerung auch nicht vor dem nazistischen Bombenterror schützen. Eine Flugrevue durch die jüngere und jüngste Vergangenheit deutscher Kriegsverbrechen

Guido Knopp ist im ZDF zuständig für Geschichten aus der Geschichte. In seiner Serie »Hitlers Helfer« hat er die Namen des kleinen Anhangs genannt, der einem durch unglückliche Umstände 1933 an die Macht geschobenen Irren geholfen hat, zwölf Jahre lang das deutsche Volk und ein paar andere zu terrorisieren, um dann 1945 spurlos vom Erdboden zu verschwinden: Heß, Göring, Goebbels, Himmler, Speer und Dönitz. Alte Nazis und Nazissen durften sich vor Knopps Kamera an die schönen braunen Zeiten erinnern: Hitlers Sekretärin, Hitlers Adjutant und Hitlers Regisseur Fritz Hippler, der in seinem Film »Der ewige Jude« Menschen mit Ratten verglichen hatte. Die optimale Glotzenhistorie für Kameradschaftsabende der Glatzen.

Unter Knopps Zeitzeugen war auch Wilfred von Oven, der im rechtsextremistischen Verlag Grabert (in dem auch der Napola-Schüler und Bundeswehrgeneral a.D. Uhle-Wettler das Hohe Lied des deutschen Frontsoldaten singt) seine Jahre an der Seite von Joseph Goebbels unter dem Titel *Finale Furioso - Mit Goebbels bis zum Ende* zur Belehrung »vor allem der Jugend« erzählt hat. Sein Werk *Hitler und der Spanische Bürgerkrieg - Mission und Schicksal der Legion Condor* (1978) trägt die Widmung: *Dieses Buch ist der Legion Condor gewidmet, der als Freiwilliger anzugehören ich vor 40 Jahren die Ehre hatte... Sie kämpften in anderen Uniformen und auf fremder Erde, aber nicht als Söldner oder Expeditionskorps, sondern als deutsche Soldaten. Und sie siegten - was die deutsche Geschichte in den letzten hundert Jahren nur dieses eine Mal erlebte. Sie machten ihrem Lande Ehre. Das sei den Kameraden der Legion Condor, den Gefallenen wie den Überlebenden, auf den folgenden Seiten bekundet...*

Daß die Kameraden inzwischen postum ein zweites Mal gesiegt haben, weil wahr geworden ist, was der Legionär von Oven und seine Kameraden 1978 ersehnten, wird ihn mit noch größerem deutschen Stolz angefüllt haben: *Heute muß die Hälfte unseres Landes das Schicksal tragen, das wir damals von Spanien noch einmal abwenden konnten: vom Sowjetimperialismus beherrscht zu werden. Wir deutschen Legionäre haben mit dazu beigetragen, die kommunistische Machtergreifung auf der iberischen Halbinsel um ein rundes halbes Jahrhundert hinauszuschieben. Sie - nicht nur dort - endgültig zu verhindern, ist die Aufgabe einer neuen Generation. Ihr sei dieses Buch in die Hand und ans Herz gelegt.*

Als er wieder einmal aus Buenos Aires - diesmal die »Rattenlinie« retour und by air - heim ins Reich gekommen war, um eine »Jugendgruppe« zu besuchen, war von Oven außer sich vor Freude darüber, »daß aus Hunderten von jungen Kehlen ein Lied erklang, das wir vor 40 Jahren gesungen hatten und das jetzt zu den liebsten Stücken im Repertoire dieser Jungen und Mädel gehörte. Es war das Lied der Legion Condor mit seinem mitreißenden Refrain: Vorwärts, Legionäre! «

Weil aber Herr von Oven nicht allein, sondern Dummheit ebenso grenzenlos ist wie das künftige Kampfgebiet deutscher Soldaten, lohnt es, die Vorgeschichte der Legion Condor, ihre Aktivitäten und Kontinuitäten etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, denn: »Der spätere Führer wäre gar nicht zu denken ohne das *Alles ist erlaubt,* das Schwinden aller Moralbegriffe in dem Anfangsstadium von Seeckts Reichswehr, ihres Kampfes für geheime Aufrüstung und gegen Versailles. Den Massenmördern der SA und SS marschieren voraus die Mörder aus dem Umkreis der Reichswehr; die Erzberger-, Rathenau- und Gareis-Attentäter, die, wenn sie können, in Horthy-Ungarn verschwinden« (George W. F. Hallgarten).

Der Vertrag von Versailles (28. Juni 1919) hatte die Stärke der Landstreitkräfte auf 100.000 Mann, der Marinesoldaten auf 15.000 begrenzt und im Artikel 198 bestimmt: »Die bewaffnete Macht Deutschlands darf keine Land- oder Marine-Luftstreitkräfte umfassen. « Schon 1920 aber verkündete General von Seeckt, Chef der Heeresleitung, in einem Tagesbefehl anläßlich der Auflösung der Fliegertruppe: *Wir geben die Hoffnung nicht auf, die Fliegertruppe noch einmal zu neuem Leben erstehen zu sehen. Die Waffe ist nicht tot, ihr Geist lebt!*

Und prompt wurde die geheime Arbeit an der Auferstehung aufgenommen. 180 ausgesuchte ehemalige Fliegeroffiziere beschäftigten sich in getarnten Dienststellen mit der Militärluftfahrt. Den meisten dieser Offiziere begegnet man später in führenden Positionen der Luftwaffe Hitlers wieder, vielen dann auch in der Luftwaffe der Bundesrepublik. In den zwanziger Jahren nutzte die Reichswehr zivile Fluggesellschaften und Sportfliegervereine zur Pilotenausbildung. Das Geld dafür kam aus einem Geheimfonds für Militärluftfahrt, der im Etat des Reichsverkehrsministeriums versteckt war und etwa im Jahr 1925 zehn Millionen Reichsmark betrug.

Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo (16. April 1922) begann die militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Seit dem Sommer 1925 wurden in Lipetsk, einem Dorf am Woronesch, deutsche Piloten, Beobachter und

Techniker unter deutscher Leitung in Halbjahres-Lehrgängen geschult. (Eine Panzerschule in Kasan sowie eine Gaskampfschule in Saratow gab es schon.)

Nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens (1925) und des Freundschafts- und Neutralitätsvertrages (1926) wurden die Aktivitäten verstärkt. In Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie und unter dem Dach einer Tarngesellschaft entstanden in Rußland zahlreiche Rüstungsbetriebe für Flugzeuge, Panzer und Giftgas.

Als Carl von Ossietzky die illegalen Tätigkeiten der »Schwarzen Reichswehr« in der »Weltbühne« enthüllte, sorgte die Reichswehrführung dafür, daß er 1931 wegen »Landesverrat(s) und Verrat(s) militärischer Geheimnisse« zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Beihilfe zur Umgehung der Versailler Verbote leisteten die Flugzeugindustrie und die von ihr unterstützten oder betriebenen Luftfahrtunternehmen. Von 38 kleineren Fluggesellschaften, die seit 1918 entstanden waren, gab es 1925 nur noch zwei heftig konkurrierende Firmen, Aero-Loyd und Junkers-Luftverkehr, die schließlich unter dem Namen Deutsche Lufthansa AG fusionierten. Der Ex-Fliegerhauptmann Erhard Milch wurde einer von drei Direktoren. Er bemühte sich mit Erfolg um Staatssubventionen für das nationale Unternehmen. Kritik an den Subventionen im Reichstag begegnete die Lufthansa mit Abgeordnetenbestechung, die schon in der Weimarer Republik nicht strafbar war. Der nützlichste von mindestens fünf gekauften Abgeordneten war der Weltkriegs-Fliegerhauptmann Hermann Göring, der seit Mai 1928 für die NSDAP im Reichstag saß, schon vorher vom Stahlmagnaten Fritz Thyssen mit 100.000 Reichsmark beschenkt und später mit einem »unbegrenzten Bankkonto« versorgt worden war.

Nach dem 30. Januar 1933 konnte Hitler endlich seine im kleinen Kreis seit Jahren ständig wiederholte Absicht verwirklichen, eine »starke Wehrmacht mit einer starken Luftwaffe« aufzurüsten. Für die Luftwaffe, die hauptsächlich aus einer großen Bomberflotte bestehen sollte, halfen ihm Göring, Milch und der zum Reichswehrminister ernannte General Werner von Blomberg. Das Tarnen und Täuschen ging weiter, »damit das Ausland über das Zeitmaß, die tatsächliche Stärke und die organisatorischen Grundsätze des Ausbaus der Luftwaffe keine volle Klarheit gewinnt« (Milch, 1933).

Um die Milliarden für das illegale Rüstungsprogramm und die geheime Ausbildung von Besatzungen zu beschaffen, erfand der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht seine berüchtigten »Mefo-Wechsel«. Damit konnten die Flugzeugwerke Junkers, Dornier, Heinkel und Messerschmitt die Konstruktion und Produktion von Kriegsflugzeugen forcieren, die IG-Farben ihre Arbeiten zur Entwicklung eines synthetischen Treibstoffs verstärken und neue Flugplätze gebaut werden. Die Zahl der in der Luftfahrtindustrie Beschäftigten stieg von 4.000 (Januar 1933) auf 230.000 (1937).

Als die Existenz einer deutschen Luftwaffe ein offenes Geheimnis geworden war, trat die Reichsluftwaffe offiziell als dritter Wehrmachtsteil neben Reichsheer und Kriegsmarine. Der Reichsluftfahrtminister Göring wurde Oberbefehlshaber der Luftwaffe, im März 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht verkündet. Ein Jahr später war mit der vertragswidrigen Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlands die »volle militärische Souveränität« wiederhergestellt.

Die zweite Aufbauphase der Luftwaffe, die bis zum 1. Oktober 1938 abgeschlossen sein sollte, hatte gerade begonnen, als sich Gelegenheit zur Bewährung bot. Mitten im Frieden kommt es zum ersten Auslandseinsatz der Reichsluftwaffe unter dem Namen »Legion Condor«. (Bezeichnend der Wahlspruch ihres Namengebers, der Spanischen Fremdenlegion: »Viva muerte, abajo la inteligencia!«)

In der Spanischen Republik hatte am 16. Februar 1936 die in der Volksfront (Frente Popular) zusammengeschlossene Linke die Wahl zu den Cortes gegen die Nationale Front (Frente Nacional) gewonnen. Schon am Wahltag war klar, daß die Rechte ihre Niederlage nicht hinnehmen würde. Der Generalstabschef, General Francisco Franco, forderte von Staatspräsident Alcal Zamora die Annullierung der Wahlen. Die Regierung beantwortete den Anschlag auf die Republik mit der Strafversetzung einiger putschverdächtiger Militärs, General Franco wurde als Militärgouverneur auf die Kanarischen Inseln verbannt, die Falange wurde verboten und ihr Führer José Antonio Primo de Rivera verhaftet.

Es kam zu Streiks, Brandstiftungen, Überfällen und Ermordungen politischer Gegner. Am 17. Juli 1936 beginnt die Militärrevolte in Melilla. Schon am nächsten Tag fliegt General Franco von Las Palmas nach Tetun in Marokko und übernimmt die Führung der Verschwörer.

In ganz Spanien kommt es zu Kämpfen zwischen Falangisten und Regierungsanhängern. Bald ist ein breiter Landstreifen vom Nordwesten bis zum Süden in der Hand der Putschisten. Ihre Hauptkräfte aber, die Spanische Fremdenlegion und die marokkanischen Truppen, sitzen mit Franco in Spanisch-Marokko fest, denn die kleine Luftwaffe und die Marine sind der Republik treu geblieben und verhindern Truppentransporte auf das Festland.

In dieser Lage suchte Franco Hilfe von Deutschland und Italien. Er beschlagnahmt eine Ju 52 der Lufthansa, die als Passagierflugzeug routinemäßig auf Las Palmas gelandet war, und schickt sie mit zwei Mitgliedern der NSDAP-Auslands-Organisation sowie einem spanischen Offizier auf die Reise nach Berlin, um Hitler ein persönliches Handschreiben zu überbringen. Das Hilfeersuchen wird Hitler in Bayreuth am 25. Juli 1936 übergeben. In einer Besprechung mit Hermann

Göring, inzwischen Generalfeldmarschall, dem Kriegsminister Generaloberst von Blomberg, und einem Admiral (wahrscheinlich Wilhelm Canaris, Chef der Abwehr) wird die Unterstützung Francos beschlossen.

Deutschlands militärischer Kampf gegen den Bolschewismus in einem anderen Land hat begonnen. Eine Woche nach Hitlers Interventions-Entschluß sind die ersten Ju-52-Flugzeuge in Marokko und beginnen, 15.000 marokkanische Soldaten und die Söldner der spanischen Fremdenlegion sowie rund 400 Tonnen Kriegsmaterial auf das Festland zu transportieren. Gleichzeitig mit der Errichtung dieser für den Sieg Francos entscheidenden Luftbrücke unterzeichnet das Reich ein internationales Nichteinmischungsabkommen (24. August 1936).

Die Verschiffung deutscher Freiwilliger, formal aus dem Wehrdienst entlassen, und großer Mengen von Flugzeugen, Flakgeschützen, Funkgeräten, Munition und Treibstoff geschah unter strengster Geheimhaltung, die erst 1939 vollständig aufgehoben wurde. Während des Krieges gab es Tarnnamen für die etwa 170 eingesetzten Transportschiffe, für die verschiedenen Einheiten, Einsätze und Personen. Das Personal wurde regelmäßig ausgetauscht, um möglichst vielen Soldaten, besonders den Flugzeugbesatzungen, »Fronterfahrung« zu vermitteln.

Die erste Kampfgruppe (86 Offiziere und Unteroffiziere in Zivil) fährt auf dem Dampfer »Usaramo« als »Reisegesellschaft Union« von Hamburg nach Cadiz. Unter ihnen Oberleutnant Hannes Trautloft, Jagdflieger im Zweiten Weltkrieg, dann Chef des Stabes der Bundesluftwaffe, Stellvertreter des Inspekteurs, Kommandierender General der Luftwaffengruppe Süd. Mit an Bord sind sechs Jagdflugzeuge, Munitions- und Bombenkisten. Mitte August 1936 fallen die ersten deutschen Bomben vor der andalusischen Küste auf das republikanische Schiff »Jaime I«, erringen deutsche Jagdflieger ihren ersten Luftsieg und zielen deutsche Kugeln zum ersten Mal auf spanische Zivilisten:

Wir freuen uns wie die Schneekönige - jetzt können die »rojos« (die Roten) kommen... Unterhalb von Sevilla entdecke ich ein Nebenflüßchen des Guadalquivir, ballere los und kann im Wasser die Einschläge gut beobachten. Dabei habe ich freilich nicht mit den Bauern gerechnet, die auf den Feldern arbeiten. Obwohl sie erkennen können, daß ich kein Roter bin, stürzen sie in panischem Schrecken davon... (Trautloft)

Die auf etwa 5.000 Mann, über 100 Flugzeuge und einige Flakbatterien angewachsene »Legion Condor« war an mehr als zwanzig Schlachten der Franco-Truppen entscheidend beteiligt. Herausragend der spezifische Beitrag der Legion Condor zur Bilbao-Offensive im Norden Spaniens: Im März 1937 wollen die nationalspanischen Truppen die Nordfront vorschieben und den von Basken zäh verteidigten »Eisernen Ring« um Bilbao durchbrechen. Oberstleutnant Wolfram von Richthofen (Stabschef beim Befehlshaber der »Legion Condor«, General Hugo Sperrle) vereinbart mit den Spaniern unter anderem, daß die schweren Kampfflugzeuge der Legion Condor »ohne Rücksicht auf die zivile Bevölkerung« eingreifen sollen.

Am 3 1. März 1937 greifen deutsche Kampfflugzeuge weit hinter der Front den kleinen spanischen Ort Durango mit Bomben und Maschinengewehren an. 127 Zivilisten, wehrlose Männer, Frauen und Kinder, sterben in den Trümmern. 121 Menschen erliegen ihren Verletzungen in den Krankenhäusern. Die deutsche Luftwaffe erntet den Ruhm des ersten Bombenangriffs auf eine offene, unverteidigte Stadt. Francos Truppen kommen trotz deutscher und italienischer Unterstützung nur mühsam voran. Am 24. April notiert Richthofen in sein Tagebuch: »Elorrio ziemlich kaputt... Es sollte wegen seiner hübschen Paläste geschont werden. Einzelne eigene Flugzeuge warfen aber immer wieder hinein.«

Die nationalspanischen Angriffsspitzen stehen jetzt etwa 15 Kilometer vor dem baskischen Städtchen Guernica. Am 26. April 1937, es ist Montag und Markttag, geht Guernica unter den Bomben der Legion Condor in Flammen auf. Es bleiben nur Ruinen übrig. 1.654 Menschen sterben, 889 werden verwundet. Der Name Guernica wird zum Symbol für Bombenterror gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung. Die weltweite Empörung gegen den Mord aus der Luft hat aus dem Bewußtsein verdrängt, daß neben Guernica, Durango, Ellorio und Ermua noch viele andere spanische Dörfer und Städte »ohne Rücksicht auf die zivile Bevölkerung« vernichtet wurden.

Francos Vernichtungskrieg ging weiter, mit Bomben und Granaten, mit Massenexekutionen, Folter und Zerstörung, und mit tüchtiger Hilfe der deutschen und italienischen Waffenbrüder. Am Ende (l. April 1939) waren 600.000 tot, Hunderttausende verwundet, obdachlos, verwaist, eine Halbe Million Spanier ins Ausland geflohen, Tausende wurden später in deutsche Konzentrationslager verschleppt.

Nach einer Siegesparade in Madrid und einem dreitägigen Festbankett in Léon verlassen die letzten deutschen Legionäre auf fünf Kraft-durch-Freude-Schiffen den Hafen von Vigo (ihr Kriegsgerät blieb zurück). Sie werden am 3 1. Mai 1939 im Hamburger Hafen von Göring und begeisterten Volksgenossen »triumphal« empfangen. Es gibt »Spanienkreuze« mit und ohne Schwerter, »Ehrenkreuze für Hinterbliebene deutscher Spanienkämpfer«, Geldgeschenke und eine Parade vor dem Führer und jubelnden Berlinern (im Lustgarten von Berlin, 6. Juni 1939). Wochen später beginnt Hitler den Zweiten Weltkrieg. Mit bekanntem Erfolg. Zwei Jahrzehnte später wird die Zweite Republik kein neuer Staat. Mit erkennbaren Folgen.

Zunächst war wieder Täuschen und Tarnen gefragt. Es galt, die Wiederaufrüstung an der diffusen Nie-wieder-Stimmung einer wehrmüden Mehrheit vorbeizuschmuggeln. Eine »Dienststelle Blank«, geleitet vom »Sicherheitsbeauftragten« der

Bundesregierung, wurde mit der »Vermehrung der alliierten Truppen beauftragt«. Die alten Kameraden verstanden sofort und meldeten sich zur Stelle - nicht ohne ihre Bedingungen zu diktieren: »Rehabilitierung des deutschen Soldaten«, »Freilassung der als >Kriegsverbrecher< verurteilten Deutschen«, »Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten« (Himmeroder Denkschrift, 1950). Als die Politik ihre Soldaten »Bürger in Uniform« nannte, forderte Generalmajor Grashey, die Bundeswehr müsse »diese Maske nun endlich ablegen«. Bald gab es Flaggenparaden und Stapelläufe im alten Stil, feierliche Gelöbnisse und den Großen Zapfenstreich. Schiffe, Fliegergeschwader und Kasernen wurden auf die Namen von Nazi-Generälen getauft.

In der Luftwaffe wurde die »Traditionspflege« mit den Kameraden der Hitlerwehrmacht immer intensiver betrieben. So schrieb ein Staffelkapitän des Jagdbombergeschwaders 36 (Rheine-Hopsten) an die alte »Kameradschaft« des Löwengeschwaders, das beim »Spanischen Intermezzo« auch dabei war: »Das besondere Anliegen der Fliegenden Besatzungen der 1. Staffel ist es, den *Bruch* der Entwicklung und Tradition zwischen der)alten< Luftwaffe und der Bundeswehrluftwaffe zu *überbrücken.«*

Porträts von Mördern in Uniform hingen und hängen in Kasinos und Traditionszimmern. Zum Beispiel in Wittmund. Das Jagdgeschwader 71 »Richthofen«, ausdrücklich der »Geschichte und Tradition der >Richthofener< beider Weltkriege« verpflichtet, schmückte die Wand ihres Kasinos mit einem Bild Hermann Görings. Das Bild komplettierte die Ahnengalerie aller ehemaligen Verbandsführer des Richthofengeschwaders im Ersten Weltkrieg, ein Brauch, der »bei Traditionsverbänden üblich ist« (Staatssekretär Berkhan, SPD). Und in den Bibliotheken der Bundeswehr stehen die Bücher des Nazi-Propagandisten Werner Beumelburg, der im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums über den Kampf der »Legion Condor« trompetete: »So entschloß sich der deutsche Befehlshaber, ganze Arbeit zu verrichten und den Roten diesen Tag in ein Unheil zu verwandeln... Es wurden Bombenlasten herangeschleppt, die kaum vorstellbar waren... Es ging um eine gründliche Abrechnung, und jedermann hatte das begriffen ... «

Unter dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Georg Leber erreichte die Rührigkeit »in Sachen der Traditionsübernahme früherer Wehrmachtseinheiten« einen vorläufigen Höhepunkt. Ganz im Sinn des »Traditionserlasses« vom 1. Juli 1965, wonach »die Pflege kameradschaftlicher Beziehungen zu ehemaligen Soldaten... niemanden ausschließen« soll, »weder örtliche Kameradschafts- und Traditionsvereine der ehemaligen Wehrmacht, noch einzelne ehemalige Soldaten, die nicht organisiert sind«.

Also organisierte das Aufklärungsgeschwader »Immelmann« am Wochenende des 23./24. Oktober 1976 in der Kaserne des Fliegerhorstes Bremgarten ein Traditionstreffen mit Ehemaligen des gleichnamigen Sturzkampfgeschwaders Hitlers. Anwesend war auch der ehemalige Stukaflieger Hans-Ulrich Rudel, der sich 1945 über die »Rattenlinie« nach Argentinien abgesetzt hatte und stolz darauf ist, ein Nazi zu sein: »Ich bin einer der wenigen, die standhaft geblieben sind.«

Gegenüber einigen Presseleuten verteidigten der Kommandierende General der Luftwaffe, Walter Krupinski, und sein Stellvertreter, General Karl-Heinz Franke, die Anwesenheit Rudels: »Solange noch Linksextremisten und ehemalige Kommunisten, die früher in Moskau waren, im Bundestag sitzen, können Sie doch die Teilnahme Rudels nicht tadeln. « Und auf die Zusatzfrage , wer gemeint sei: »Herr Wehner, der ist doch das beste Beispiel, der war doch in Moskau.« Obwohl sich die CDU/CSU für die beiden »Staatsbürger in Uniform« ins Zeug legte, mußte der SPD-Verteidigungsminister sie entlassen.

Im Jahr zuvor war einer der höchsten Offiziere der Bundesrepublik, der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Horst Hildebrandt, zur jährlichen Siegesfeier nach Madrid gereist, eingeladen vom Chef des Generalstabes des spanischen Heeres, Generalleutnant Villaescusa Quilis, ehemals Hauptmann der in Rußland für Nazi-Deutschland kämpfenden Blauen Division, Träger des EK I mit Hakenkreuz. General Hildebrandt plaudert mit Franco, besichtigt militärische Einrichtungen und nimmt in Uniform mit Weltkrieg-II-Orden ohne Hakenkreuz auf der Ehrentribüne neben den spanischen Kameraden die Siegesparade ab - wie vor 36 Jahren der letzte Kommandeur der siegreichen Legion Condor, der Bombenflieger von Guernica.

Als ein SPD-Abgeordneter in einem Offenen Brief den Heeresinspekteur wegen seines Beifalls für das faschistische Folterregime und Zweifel an seiner Verfassungstreue zu Konsequenzen auffordert, wird er von seinen Genossen »zur Ordnung« gerufen. Herbert Wehner »lag am Herzen«, dem Verteidigungsminister »persönlich« und »in aller Form zu erklären««daß er den Brief des Abgeordneten »mißbillige«, und sich zu fragen, »ob es ratsam und berechtigt ist, den Tadel an dem Madrider Vorkommnis in eine Form und Richtung zu bringen, die von den Angehörigen unser Bundeswehr mißdeutet werden können, als ginge es hier um einen Zweifel an der Bundeswehr selbst«.

Für den später in die Friedensbewegung abgeirrten Brigadegeneral Gert Bastian war das Verhalten des Kameraden Hildebrandt eine »unvermeidliche Höflichkeitsgeste«, weshalb er den Abgeordneten fragte, ob »die in absehbarer Zeit mögliche Teilnahme eines Generals der Bundeswehr an Paraden auf dem Roten Platz in Moskau oder in sonstigen Staaten mit nichtdemokratischer Gesellschaftsordnung« in gleichem Maße sein »Mißfallen finden« werde. Dem Bundeswehr-Reformer Generalleutnant a. D. Wolf Graf von Baudissin fiel nichts Besseres ein, als seinen Kameraden mit Dummheit zu

entschuldigen: »Es spricht nichts dafür, daß Hildebrandt gewußt hat, was er getan hat. « Und die CSU hatte »die Teilnahme des Heeresinspekteurs General Hildebrandt an er Militärparade zum 36. Jahrestag des Sieges von General Franco im Spanischen Bürgerkrieg als begrüßenswerten außenpolitischen Akt der westlichen Solidarität bezeichnet. Gleichzeitig warf der CSU-Bundestagsabgeordnete Niegel Verteidigungsminister Leber, der die Teilnahme Hildebrandts als Betriebsunfall gerügt hatte, unmilitärisches Verhalten vor... Der Verteidigungsminister sei offenbar noch nicht auf dem politischen Kurs von Außenminister Genscher, der die Bedeutung Spaniens für die Freiheit Europas und der westlichen Welt erkannt habe ... « (»Frankfurter Rundschau« vom 4. Juni 1975).

Für Wilfred von Oven waren die deutschen Spanien-Legionäre »nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen«.

Konkret 07/97, S. 33

Mark Holzberger

Gedenken nicht vergessen

Am Vormittag des 10. November 1988 bekannte sich Bundestagspräsident Philipp Jenninger anläßlich seiner Ansprache zur Reichspogromnacht dazu, daß ihn die Jahre 1933 bis 1938 »faszinieren« würden: Die Medien riefen »Skandal«, und Jenninger mußte von seinem Amt zurücktreten. Was nach seiner Rede im Parlament abgestimmt wurde, erinnert heute dagegen kaum mehr jemand: Es war der erste und letzte Beschluß der deutschen Volksvertretung zu Guernica. Der Abstimmung des von Petra Kelly und Gerd Bastian initiierten Antrages waren langanhaltende Querelen zwischen den Bundestagsfraktionen vorangegangen: Man wollte Einigkeit demonstrieren, aber keine Schuld eingestehen. Also stellte der Bundestag lapidar fest. »Im Jahr 1987 waren 50 Jahre vergangen seit der Zerstörung der baskischen Stadt Guernica durch die Bombenangriffe von Flugzeugen der Legion Condor. Die Opfer der wehrlosen Zivilbevölkerung mahnen zu einer Geste des Friedens.«

Immerhin wurde die Bundesregierung aufgefordert, für diese »Geste des Friedens« einen »angemessenen Beitrag im Bundeshaushalt vorzusehen«. Geplant war die Beteiligung des Bundes an der Errichtung eines Aus- und Fortbildungszentrums im Bereich der Umwelttechnologie - irgendwie ging es tatsächlich um Entsorgung. Die deutsche Seite zögerte die Realisierung dieses Projekts von Jahr zu Jahr hinaus. Nach sieben Jahren war es dann soweit.' Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, verkündete im November 1995 das endgültige Aus für die Förderung des Ausbildungszentrums:. Die Bundesregierung werde aufgrund »eines neuen Ansatzes« den Beschluß von 1988 umsetzen. Jetzt sollte der Bau eines Sportstadions gefördert werden. Irgendwie ging es ja auch um Hochleistungen. Und um Geld., Sportstadien sind nämlich billiger als Umweltschutz-Zentren. Statt der ursprünglich veranschlagten 12 Millionen mußten jetzt nur noch drei Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt verplant werden. »Der deutsche Steuerzahler ist 60 Jahre danach wohl kaum mehr davon zu überzeugen, wegen des genannten Vorfalls im spanischen Bürgerkrieg mit zweistelligen Millionenbeträgen zur Kasse gebeten zu werden.« Faßte der CSU-Abgeordnete Erich Riedl die Position der deutschen Konservativen knapp und präzise zusammen.

Gespart werden muß schließlich überall. Die Reise eines Chores aus Pforzheim, der deutschen Partnerstadt Guernicas, fiel aus, weil die Bundesregierung statt der benötigten 44. 000 lediglich 3. 000 Mark bewilligen wollte. Und ein Schüleraustauschprojekt erhielt einen Bundeszuschuß von gerade mal 2.409 Mark - die letzten freien Gelder waren wohl gerade in eine Tagung der rechtsextrem durchsetzten »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« mit namhaften Vertretern der Neuen Rechten geflossen, für die mehrere tausend Mark Regierungszuschuß verbucht worden waren.

In diesem Jahr ist nicht nur das Geld ausgegangen. Auch das Interesse an Jubiläen hat spürbar nachgelassen, wie Gregor Gysi erfahren mußte, als er am 26. Februar dieses Jahres bei Rita Süssmuth mit dem Vorschlag vorstellig wurde, das Parlament möge in einer ordentlichen Sitzung des 60. Jahrestages des »deutschen Verbrechens« (so der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann) gedenken. Frau Süssmuth antwortete dem PDS-Gruppenvorsitzenden nach knapp zweimonatiger Bedenkzeit: »Es wäre nicht sinnvoll, aller Ereignisse und Jahrestage im Zusammenhang mit dem NS-Regime und dem Zweiten Weltkrieg im Plenum einzeln zu gedenken. Eine größere Zahl von Würdigungen individuell sicherlich als besonders wichtig erscheinender Ereignisse würde die Gefahr einer Relativierung in sich bergen.«

SPD und Bündnisgrüne legten dann Ende April einen gemeinsamen Antrag vor, in dem sich die Abgeordneten für die Verbrechen der deutschen Luftwaffe in Guernica entschuldigen und sich zur historischen Verantwortung bekennen sollten. Statt einer Bundestagsdebatte entwickelte sich aus diesem Vorstoß aber nur eine Auseinandersetzung um die Geschäftsordnung: Der Antrag wurde nicht zur Beschlußfassung zugelassen und die Reden in den knapp zwanzig Minuten, die das Plenum der deutschen Volksvertreter damit zubrachte, über die Tagesordnung zu debattieren, blieben denn auch das einzige, was im Parlament aber den Einsatz der »Legion Condor« gesagt wurde. Immerhin nutzte der Unions-Fraktionsgeschäftsführer Joachim Hörster die Chance, den Zweiten Weltkrieg etwas vorzuverlegen und darauf hinzuweisen, daß auch und gerade die Deutschen Opfer bringen mußten: »Ich halte es für gut und vernünftig, wenn zwei Städte, deren Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg das Gleiche erfahren hat, nämlich die Bombardierung, eine Partnerschaft miteinander gründen.« Ähnlich elegant auch die Überlegungen des FDP-Redners, Jörg van Essen, der auch gegen die Befassung mit deutschen Kriegsverbrechen argumentierte., »Es geht nicht um die Quantität, sondern die Qualität des Gedenkens«. Da paßte es van Essen gut, daß der Bürgermeister von Guernica angesichts des Vorgehens der Koalitionsmehrheit darum gebeten hatte, der Bundestag möge jedenfalls davon Abstand nehmen, womöglich eine Delegation nach Guernica zu entsenden: »Es ist das gute Recht der Opfer, zu fordern, allein zu trauern. Wir sollten es respektieren; wir sollten Fingerspitzengefühl beweisen und zusammen mit den Menschen in Guernica der Vergangenheit still gedenken.« Dafür braucht es eigentlich auch kein Stadion. Wieder wären drei Millionen Mark gespart.

Konkret 07/97, S. 34

Peter Decker

Die oder ihr!

»Globalisierung« - die Sachzwang-Ideologie zur nationalen Konkurrenz um den Weltmarkt. Eine Antwort auf Robert Kurz und Thomas Ebermann/Rainer Trampert

»Globalisierung«: Über das gegenwärtig beliebteste Schlagwort der Wirtschaftspolitik läßt sich trefflich streiten. Wenn man es tut, sollte man aber die Sache, auf die das Schlagwort anspielt, von der Sachzwang-Ideologie unterscheiden, die damit transportiert wird. Das tun die Protagonisten der Debatte in KONKRET nicht. Deshalb taugt ihr Streit nichts - mitsamt seiner bombastischen Polemik, seiner Angeberei mit Marxschen Kategorien, die nur der jeweilige Gegner schludrig benutzt, und mit seinen vielen Zahlen, die alle für Deutungen stehen und für sich selber sprechen sollen.

Die bisherigen Beiträge nehmen entgegengesetzt Stellung zu der Frage, ob es »Globalisierung« gibt. Da können nur mehr falsche Antworten herauskommen, denn die Autoren reden von einer Sachzwang-Ideologie. Die gibt es freilich! Politiker, Unternehmer und Presseleute stellen mit der Formel von der »Globalisierung« und der dazugehörigen »Verteidigung des Standorts Deutschland« als richtig und notwendig hin, was sie dem Normalbürger zumuten: die rentabilitätsfördernde Schaffung und die lohnsenkende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Absenkung der Renten, die Privatisierung der Gesundheitsrisiken, die Auflösung der Flächentarifverträge, die Streichung der Vermögens- und Gewerbekapitalsteuer einerseits, die Erhöhung der Mehrwert- oder Benzinsteuer andererseits - und was der ausdrücklich so genannten »sozialen Grausamkeiten« mehr sind. Alles das muß sein, wenn »wir« industriell überleben wollen.

Ohne jeden Ton von Entschuldigung plädieren die politischen Macher auf Ohnmacht: Der Staat könne gar nicht anders. Die Globalisierung der Märkte lasse eine Lohn-, Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik nach nationalen Traditionen und Gerechtigkeitsvorstellungen nicht mehr zu. Grenzen hätten ihre »Schutzwirkung« verloren, seitdem »transnationales Kapital« alle Länder der Erde als Standorte vergleicht und sich zur Niederlassung nur entschließt, wo die Leistungen eines Standorts Weltspitze, seine Kosten dagegen minimal sind. Heute stünden nicht mehr nur die Exportprodukte eines Landes im internationalen Wettbewerb, sondern alle Elemente seines politisch-wirtschaftlichen Innenlebens. Der »ohnmächtig gewordene Nationalstaat« muß es dem Kapital recht machen, sonst haut es ab. Und das will er auch. Dafür reicht seine Macht nämlich schon noch, daß er das Volk neuen Lebensbedingungen unterwirft und seinen inneren Laden im Interesse einer Steigerung der Kapitalrendite umkrempelt.

Der offiziellen Berufung auf »Globalisierung« könnte man leicht entnehmen, worin deutsche Politiker die Lebensgrundlagen und Reichtumsquellen ihres Landes sehen, welche Herausforderungen sie bestehen, welche Konkurrenz sie gewinnen wollen und welche Rolle sie dabei den Normalmenschen zuweisen. Die Verkünder des aktuellen Sachzwangs legen gar keinen Wert auf die Differenz zwischen einem besseren sozialen Wollen, das leider nicht geht, und einem bedauernswerten Müssen. Sie entschuldigen sich für nichts, sondern danken es der »Globalisierung«, daß sie »Fehlentwicklungen unserer Wohlstands-« und »Verkrustungen unserer Konsensgesellschaft« aufgedeckt hat, die längst beseitigt gehörten, und »unhaltbare Besitzstände« - gemeint ist nicht der wirkliche Besitz! - unhaltbar gemacht hat.

Es bleibt der Kontroverse in dieser Zeitschrift überlassen, die offiziellen Auskünfte nicht nach ihrem Gehalt, sondern nach der falschen Alternative von Wollen und Müssen zu begutachten: Ist die politische Berufung auf einen Sachzwang glaubwürdig? Müssen die Politiker wirklich? Sind sie ohnmächtig und getrieben? Oder wollen sie nur? Verarmen sie die Bevölkerung gar mutwillig, nur um die Reichen immer reicher zu machen?

Trampert und Ebermann (KONKRET 1/97) bemerken die Verzichtsbotschaft und die nationalistische Stoßrichtung des Geredes vom globalen Sachzwang. Die Ideologie wollen sie nicht gelten lassen. Aber sie denken gar nicht daran, den Konkurrenzstandpunkt kenntlich zu machen, für den die Senkung der Unkosten, die das Leben der Lohnabhängigen verursacht, das geeignete nationale Kampfmittel ist. Sie bestreiten den Sachzwang und behaupten das Gegenteil: Politiker und Wirtschaftsführer müßten nicht verfahren, wie sie es tun. Trampert und Ebermann beweisen den unbegründeten bösen Willen der Herrschenden, indem sie den Zwang der Konkurrenz dementieren - als ob es den nicht gäbe: Konkurrenten, die sich den Markt streitig machen, zwingen sich dadurch wechselseitig die Meßlatte ihres Erfolges auf. Die beiden deuten auf die hohen Exportüberschüsse, und lesen daraus, daß der deutsche Standort nicht so schlecht sein kann, wie die »Globalisierungspropheten« sagen; sie bemerken, daß fertige Fabriken nur selten abgerissen und anderswo wieder aufgebaut werden, und finden, daß das Kapital gar nicht so mobil ist usw. Sie sehen »den Kapitalismus weitgehend national orientiert« und »in hohem Maße ortsgebunden« - nur um das Thema Weltmarktkonkurrenz gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Als ob sie selbst den sozialen Konsequenzen der »Standortverteidiger« zustimmen müßten, wenn sie die Internationalisierung des Kapitals und die nationale Konkurrenz um die Nutzung des Weltmarkts zugeben würden, leugnen sie, was jedes Kind weiß: Daß heute jede bessere Firma ein »Multi« ist, für den ganzen Weltmarkt produziert, bei Anlageentscheidungen die Standortangebote aller Herren Länder prüft und tatsächlich in allen Weltregionen produziert. Sie

stellen sich - und damit fallen sie auf die Ebene der Klagen über die Globalisierung herein - die Frage, ob heutzutage das Kapital noch national und die Nation noch Herr ihres Kapitals sei. Diese Frage beantworten sie sich mit einem salomonischen: »Weitgehend!« Und für diese Antwort beziehen sie sich auf lauter Material aus Ideologie und Praxis der Wirtschaftspolitik, an dem sie studieren könnten, wie die nationale Zuordnung und Nutzbarmachung der Kapitals heute aussieht.

Robert Kurz (KONKRET 2/97) sieht die Sache haargenau umgekehrt: Er bestreitet die Hamburger Bestreitung der »Globalisierung«: Globalisierung gibt's! Dafür führt er seinerseits Fakten und Zahlen an. Damit ist sein Beitrag zum Thema fertig und sein Beweisinteresse zufriedengestellt: Auch für ihn ist das Faktum des globalen Marktes identisch mit der Botschaft: Das bürgerliche Gerede von der »Globalisierungsfalle«, in der die Staaten ausweglos gefangen sind, kommt ihm gerade recht. Nicht daß er die Sozialreformer an der Regierung in Schutz nehmen wollte; die Ohnmachtsideologie aber, mit der diese ihre Maßnahmen rechtfertigen, gibt seiner Botschaft vom »Fetischsystem« so schön recht, das niemand kontrollieren und beherrschen kann: Auch die Staaten, die Subjekte von Macht und Kontrolle, sind wirtschaftspolitisch entmachtet, ja, wie er bisweilen sagt, »entwirklicht«.

Während seine Gegner aus Hamburg immer nur die Freiheit und den Willen der Herrschenden entdecken und für Zweck und Ziel der wirtschaftspolitischen Manöver weiter kein Interesse zeigen, kann Kurz - ebenso abstrakt - immer nur Unfreiheit und blinde Notwendigkeit diagnostizieren. Es ist aber nichts mit Ohnmacht und Fetisch: Was unter dem Titel »Globalisierung bewältigen« stattfindet, ist der Einsatz der politischen Macht zur Sicherstellung des nationalen Vorteils aus der weltweiten Profitmacherei des Kapitals. Davon, daß das etwa nicht gehe - wegen der Finanzmärkte und der Millisekunden, in denen sie Geld um den Globus beamen - kann gar keine Rede sein.

Die Politiker jedenfalls, die von Chancen und Risiken der Globalisierung quatschen, sind nicht von Zweifeln darüber geplagt, ob das Kapital für die Nation noch bedeutsam und nützlich ist; sie machen sich mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit an die Reformen, die es braucht, um ihrem Land die Bereicherung an der internationalen Geschäftstätigkeit zu sichern - und insoweit das Kapital zu »nationalisieren«. Sie geben ein Beispiel des zeitgemäßen polit-ökonomischen Nationalismus.

1. Das Stöhnen über »Globalisierung« betrifft in Wahrheit gar nicht diese, vielmehr den aktuellen Verlauf der Konkurrenz, die die Nationen auf Grundlage der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten austragen. Die Mobilität des Kapitals, das sich weltweit mit Kaufkraft und Rohstoffen eindeckt, das jeden Erdenwinkel nach rentabler Arbeit, also profitablen Investitionen absucht, ist nämlich schon etwas älter als das Internet und die sinkenden Kommunikationskosten, die gerne als Grund der Globalisierung angeführt werden. Die Internationalisierung des Geschäfts ist das ausdrückliche Programm der gesamten Weltwirtschaftsordnung nach dem 2. Weltkrieg (Bretton Woods) und Leitfaden der europäischen Gemeinschaft.

Gerade die Staaten, in denen über »Globalisierung« geklagt wird, sind es, die diese Globalisierung vorangetrieben und ausgenutzt haben. Sie soll ja auch nicht rückgängig gemacht werden. Im Gegenteil. Die »Liberalisierung der Weltwirtschaft« wird immerzu erweitert. Heute geht es darum, die Reste von bisher national betreuten Sphären international tätigen Kapitalgesellschaften als Geschäftsfelder zu erschließen: Telekom, Energie, Luftfahrt, Eisenbahn, Straßenbau.

Die Nationen, die ihre Gesellschaften auf das Wachstum von Kapital festlegen und dieses mit allen Mitteln ihrer politischen Herrschaft befördern, sind nämlich Fanatiker des kapitalistischen Inter-Nationalismus. Das lokale, in ihrem Hoheitsgebiet stattfindende Geldmachen ist für demokratische Marktwirtschaftler eine einzige Beschränkung. An und in der ganzen Welt wollen sie Geld, das ökonomische Mittel ihrer Macht, verdienen lassen.

2. Der Nation Geld verschaffen, ist der staatliche Auftrag, unter dem der grenzüberschreitende Geschäftsverkehr steht. Er hat die quantitative Seite, daß Exporterfolge positive Außenbilanzen, also Zahlungseingänge aus dem Ausland bewirken; er hat aber zugleich und darin auch die qualitative Seite: Die Geschäfte sollen der Nation ein Geld verschaffen, ein gutes, stabiles, weltweit brauchbares und nachgefragtes. So stellen die Staaten die auf ihrem Territorium versammelten Produktivkräfte in den Dienst an ihrem Nationalkredit.

Weil sie sich für die Betreuung ihres Kapitalstandorts jede Menge Schulden genehmigen und diese als Geldschöpfung organisieren, gerät das kapitalistische Geschäft auf dem Weltmarkt zum Richter über den Zustand des nationalen Geldwesens. Dort bekommen die Kreditgelder verschiedener Staaten, die konvertibel gemacht sind, von »den Märkten« ständig ihren relativen Wert als Weltgeld bescheinigt.

Während Kapitalisten aller Herren Länder sich daheim und auswärts bereichern, fällen sie mit ihren Erfolgen und Mißerfolgen, mit ihrem Gebrauch und ihrem Vermeiden der verschiedenen nationalen Devisen beständig praktische Urteile Ober die ökonomische Macht der Nationen. Nicht zur Beschaffung von Erdöl und Südfrüchten erlauben und fördern Staaten den Außenverkehr, sondern zur Vergrößerung der ökonomischen Macht, die in der Qualität, der Stabilität und

Nachgefragtheit ihrer nationalen Währung liegt. So betätigt sich der Staat als »ideeller Gesamtkapitalist« und macht die Relativierung des Gebrauchswerts durch den Tauschwert zu seiner Sache.

Dies ist keine »leere Form« und kein »Fetisch« - Robert Kurz könnte das an der zwischenstaatlichen Konkurrenz ums Geld lernen - , sondern die härteste Macht, die es in der Welt des Eigentums gibt: Die Nation, die mit ihrer Devise viel stabiles Weltgeld besitzt, sichert sich weltweit den Zugriff auf alle Elemente des Reichtums und der Macht - und schließt andere Staaten mit ihren Schwachwährungen davon aus. So werden Staatsführer Geldpatrioten, die das Wachstum im Land und außerhalb daraufhin taxieren, was es zur Stabilität der Währung und zu den Bilanzen der Nation beiträgt. Der internationalen Konkurrenz ausgesetzt, sind die einheimischen Kapitalisten ebenso wie geschäftstüchtige Investoren aus dem Ausland *die* Betreuungsobjekte staatlicher Fürsorge.

3. Solange das Wachstum im Land und seine Außenbilanzen in Ordnung gehen, solange das nationale Geld gefragt ist und seine Summe wächst, sind die Verantwortlichen von den »Wohlstandsgewinnen« aus der »internationalen Arbeitsteilung« überzeugt. Von »Risiken der Globalisierung« reden sie, sobald ihre Rechnungen nicht aufgehen und der nationale Ertrag aus dem Weltgeschäft zu wünschen übrig läßt. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn die guten Geschäfte, die Siemens, Hoechst und andere deutsche »Global Players« weltweit machen, ihrem Herkunftsland nicht zugute kommen.

Daß sie ihr Wachstum vor allem im Ausland erzielen, muß nicht von sich aus zum deutschen Nachteil geraten: Auch aus Ausländern herausgeholte Profite bereichern die deutschen Stammhäuser und deutsche Aktionäre und vergrößern die Schlagkraft der hier beheimateten Multis. Das ist gut und gewollt. Ein nationaler Mißstand liegt vor, wenn derartige Erfolge mit einer Lage in Deutschland einhergehen, in der das Wachstum nicht anspringen will, die Steuereinkünfte schrumpfen und die Staatsverschuldung immer neue Höhen erreicht. Dann schlagen sich die Erfolge der transnationalen Konzerne offenbar nicht genug als nationale Zuwächse nieder.

Der weltwirtschaftende Staat achtet eben sehr auf den Unterschied zwischen dem Reichtum, der sich bei ihm sammelt und dem, der anderswo landet. Das Wachstum der Weltwirtschaft überhaupt ist ihm kein Anliegen. Fällt sein Zuwachs für seine Ansprüche zu klein aus, dann stehen Anstrengungen an, die nationalen Reichtumsquellen zu schützen und »Fehlentwicklungen« zu korrigieren. Diese werden nicht, wie früher einmal, »vaterlandslosen Kapitalisten« zur Last gelegt, die nicht dort investieren, wo sie ihre Gewinne herhaben; die Diagnose der Fehler gerät zur Selbstkritik der Nation, die es den Kapitalisten offenbar zu schwer macht, in und für Deutschland Arbeiter auszunutzen und Gewinne zu machen.

Den Schutz der nationalen Reichtumsquellen organisiert der Staat, der sich am Weltmarkt bereichern will, nicht defensiv als altmodischen Protektionismus mit Schutzzoll und dem Verbot von Kapitalflucht, sondern als Kampf um den nationalen Anteil am Weltgeschäft. Mögen amerikanische Handelskriege mit Japan und europäische Importbeschränkungen auch in diesem Gegeneinander der Nationen zeitweise ihren Dienst tun, so ist die Devise des heutigen Schutzes der nationalen Reichtumsquellen, daß der Sieg in der Konkurrenz der beste Protektionismus ist.

4. Unter diesem Gesichtspunkt wird das Land ausdrücklich *Standort.* Es wird anerkannt, daß es nicht (mehr) der selbstverständliche Boden der im Land beheimateten Kapitale ist. Als *Standort* ist das Land von vornherein Teil des Weltgeschäfts, seine Wirtschaftskraft ist so groß, wie es ihm gelingt, sich als Wahlheimat »transnationalen Kapitals« zu bewähren. Die Nation konkurriert nicht (mehr nur) mit Überschüssen, die ihr Innenleben hervorgebracht hat, ihr ganzes inneres Wirtschaftsleben ist Resultat einer Konkurrenz um Kapitalanlage - und die wird geführt um die Rendite auf eingesetztes Kapital.

Das Projekt: »Standortkonkurrenz gewinnen!« ist eine ausschließende Sache. Dieselben Nationen, die ihre Kapitalisten in die Welt hinausgeschickt und zur Nutzung aller Gewinnchancen, gleichgültig wo, aufgefordert haben, werden jetzt sehr territorial: *Hier soll* das internationale Kapital anlegen, nicht anderswo. Daß inzwischen auch Chinesen und Koreaner Autos, Computer etc. bauen können, ist kein Glück und kein Fortschritt, sondern eine Gefährdung der »alten Industrienationen« und ihres Vorsprungs, mit dem sie bisher den Weltmarkt untereinander ausgemacht und gegen den Rest monopolisiert hatten. Da addiert sich nichts! Was die »Schwellenländer« herzustellen vermögen, fehlt an Produktion in Deutschland. »Wir« müssen die neuen Konkurrenznationen aus dem Feld schlagen und ihre Reichtumsquellen entwerten, wenn »wir unseren Wohlstand verteidigen« wollen. »Wir« oder die! Im Weltmaßstab sind Staaten Privateigentümer, die sich wechselseitig vom kapitalistischen Reichtum ausschließen.

5. Die Waffe in der Standortkonkurrenz ist die Attraktion, die eine Nation auf die internationalen Kapitalisten ausübt, die sie anlocken will. Diese besteht in lauter Gewinngarantien - obwohl es so etwas eigentlich gar nicht gibt; schließlich ist der Gewinn Resultat von Produktion und Markterfolg und nicht vorweg gesicherte Bedingung. Der Staat, der seinen Anteil am Weltgeschäft verteidigen und steigern will, bemüht sich um die Garantie exklusiver Geschäftsbedingungen, wie sie konkurrierende nationale Standorte nicht hinkriegen. Was er zu bieten hat, reicht von der Qualität des Geldes, das sich bei ihm verdienen, und der Masse an Kaufkraft, die sich ausnutzen läßt, über die Höhe der Subventionen, die Geschäftsleute kassieren, und die Niedrigkeit der Steuern, die sie zahlen, bis hin zu Preis und Leistung des alles entscheidenden »Produktionsfaktors« Arbeit. Damit Kapitalisten der deutschen Nation den Dienst tun, den Weltmarkt von ihrem Standort

aus zu erobern, tut sie ihnen den Dienst, sich als ein einziges Angebot an ihren Profitwillen herzurichten. Der »ideelle Gesamtkapitalist« benimmt sich wie ein reeller und betrachtet das ganze Land wie einen Konzern, bestimmt, Weltgeld zu verdienen.

Dieser Gesichtspunkt ergibt neue Unterschiede in seinem Subventionswesen, das einerseits in einen schlechten Ruf gerät, andererseits wichtiger wird denn je.

Die Aufrüstung des deutschen Standorts bedeutet keineswegs einfach ein Mehr an Produktion und Verkauf, sondern verlangt zunächst jede Menge Brachlegung. Werften, Kohle, Stahl, Landwirtschaft sind Grundlagen der industriellen Produktion, die das Land bisher als Voraussetzung für Gewinne in anderen Branchen sichergestellt hat; heute gilt dies als Geldverschwendung, die veraltete Industrien künstlich am Leben hält. Alles, was irgendwo auf der Welt billiger beschafft werden kann, gehört im Inland unterbunden. Kohle, Getreide, Strom etc., die hierzulande über dem Weltmarktpreis liegen, sind zwar materielle Beiträge zur Geschäftstätigkeit, sie sind auch Beiträge zum Umfang des inländischen Produzierens, Kaufens und Steuern-Zahlens, sie sind drittens die kapitalistischen Lebensgrundlagen ganzer Regionen und ihrer Bewohner - aber das alles hat nichts zu gelten vor dem Gesichtspunkt, daß sie Kosten für die in Deutschland aktiven Kapitale sind, die über denen anderer Standorte liegen. Um des Grads der Rentabilität willen wird die Masse des Geschäfts reduziert.

Während alle Produktionen und Geschäftsfelder, die nicht in wenigen Jahren die »Kostenführerschaft am Weltmarkt« erreichen, kaputtgehen dürfen, werden die Felder, auf denen man sich Weltmarktschlager verspricht, vom Staat zum Erfolg geführt. »Erhaltungssubventionen« gehören beseitigt, Subventionen in die »Zukunftsindustrien« müssen steigen: Die Politik selbst schmiedet die Trusts und Konzerne von der Kapitalgröße, die nötig ist, um gegen auswärtige Weltfirmen anzutreten. Mit Telekom, Bahn, Stahl, Luftfahrt etc. schafft sich die Nation ihre »Global Players«.

6. Die Bevölkerung bekommt den Umstand, daß ihr Vaterland sich den Weltmarkt als Reichtumsquelle erkoren hat, nicht in der Form billiger Bananen und toller Urlaubsreisen, sondern vor allem so zu spüren, daß ihre Dienste nur mehr unter der Bedingung gefragt sind, daß sie jeden Vergleich mit Preis und Leistung jedes Hungerleiders in der Dritten Welt aushalten. Viel von der Arbeit, die bisher gewinnbringend war, erweist sich als nicht rentabel, sobald ihr Produkt irgendwo auf der Welt - wer weiß auf welche Weise - billiger hergestellt werden kann. Sie kann entfallen und mit ihr der Lebensunterhalt, der sich daraus ergab.

Die übrigen Abteilungen der nationalen Arbeit werden für die Standortkonkurrenz fit gemacht: Sie sind zu teuer. Der Staat fördert gleichzeitig die Einsparung von Lohnkosten durch die Einsparung von Arbeitskräften und die Verbilligung der in den Büros und Fabriken verbliebenen.

Auch hier kommt der ideelle Gesamtkapitalist unübersehbar zur Sache: Er, der über den Klassen steht, sorgt nicht nur für ihr ökonomisches Zusammenwirken und den sozialen Frieden dabei, er macht sich im Interesse des Standorts zum Protagonisten der Ausbeutung und zum Interessenvertreter des Kapitals gegen die Lohnabhängigen. Dies so sehr, daß es z.B. im Streit um die Lohnfortzahlung Zerwürfnisse zwischen der Politikermannschaft in Bonn und den deutschen Unternehmern gab, die sich wechselseitig Feigheit vor dem Feind vorwarfen und voneinander ein härteres Vorgehen beim Lohnsenken verlangten.

Ein nicht geringer Teil des Lohns, die sogenannten Nebenkosten, ist ohnehin Gegenstand staatlicher Entscheidungen. Diese von Marx »historisch-moralisches Element« genannten Lohnbestandteile, die ganz wesentlich den Lebensstandard definieren, der Arbeitern zugestanden ist, werden politisch heruntergefahren. Aber auch bei den zwischen Gewerkschaft und Kapital ausgehandelten Lohnteilen, verlassen sich die Standortpolitiker weder darauf, daß beide Seiten schon wachstumsfördernde Preise für die Arbeit aushandeln werden, noch darauf, daß das Millionenheer der Arbeitslosen schon ausreichend lohndrückend wirken wird. Sie setzen Staatsmacht ein, um die Lohnsenkung zu beschleunigen, mit Mindestlohn und Entsendegesetz am Bau, Reformen an der Bindewirkung von Tarifverträgen etc.

Verelendung, eine längst widerlegt geglaubte Begleiterscheinung des Wachstums kapitalistischen Reichtums, ist nun keine Begleiterscheinung und schon gleich kein Versagen der Wirtschaft, sondern nationales Programm. Diese Waffe in der Standortkonkurrenz verspricht Vorteile vor allem dort, wo es noch etwas zum Zusammenstreichen gibt. Schließlich ist ihre Wirkung ja fragwürdig, angesichts dessen, daß sie in allen konkurrierenden Nationen gleichermaßen zur Anwendung kommt. Bei rapide steigender Produktivkraft der Arbeit verarmen die Lohnarbeiter in allen Ländern des OECD-Raums.

So gestaltet sich der Dienst, den die Nation für ihren Reichtum von den kapitalistischen Klassen einfordert, und die Weise, wie sie diesen Dienst einfordert, systemgerecht verschieden: Der Dienst der Kapitalisten besteht im Gewinnemachen, das sowieso ihr Interesse ist; diesen Dienst sichert sich das Land durch eine Liste von Sonderangeboten, die die Umworbenen nicht ausschlagen können. Der Dienst der Arbeiterschaft besteht im ungeschminkten Zwang zum Opfer für das Land. Kein Wunder, daß auf feste nationale Gesinnung bei diesen »Bürgern« sehr viel Wert gelegt wird. Die letzen Anhängsel des weltweiten Geschäfts, die sie sind, werden als die zuständigen Verantwortlichen angesprochen, die es in der Hand haben, ihr Land und ihre Lebensgrundlage gegen ein bedrohliches Ausland zu verteidigen: Dort sitzen andere Arbeiter, die durch ihre Billigkeit und Willigkeit deutsche Arbeitsplätze gefährden! Ihr könnt weiterhin vom Kapital leben, wenn ihr erstens

schlechter davon lebt und zweitens billige Ausländer aus dem Rennen werft, die unsinnigerweise auch von Diensten am Kapital leben wollen. Die oder ihr!

Peter Decker schreibt für die Zeitschrift »GegenStandpunkt«

Konkret 07/97, S. 38

Georg Fülberth

Mehrerlei Enstalinisierung

Werner Hofmann und Georg Lukács: Zwei Stalinismus-Interpretationen noch Maßgabe aktueller politischer Zwecke

Ein Briefwechsel

Es kann einer mindestens drei Standardwerke, von denen zwei noch immer auf dem Markt sind, geschrieben haben und dennoch fast vergessen sein. Hören Sie den Namen Werner Hofmann, denken Sie gewiß an den Direktor der Hamburger Kunsthalle. Schauen Sie im Katalog einer Universitäts-Bibliothek nach, bewundern Sie seine Vielseitigkeit. Offenbar hat er nicht nur über Caspar David Friedrich, Goya, Hundertwasser, Kokoschka, Leonardo da Vinci, Picasso geschrieben, sondern ist auch der Verfasser von drei Bänden *Sozialökonomische Studientexte,* einer *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* sowie der Schriften *Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* und *Europa - Markt und Wettbewerb.* Dann gibt es noch naturwissenschaftliche Spezialarbeiten.

Das Universalgenie schrumpft auf ein Drittel, sobald wir herausbekommen haben, daß es sich um drei Gelehrte des gleichen Namens handelt. Einer von ihnen war der Ökonom und Soziologe Werner Hofmann (1922-1969). Über seine Jahre bis 1945 hat er wenig mitgeteilt. Die Nazis steckten ihn als »Juden-Abkömmling« zur Zwangsarbeit in die Organisation Todt. Seine akademischen Anfänge danach waren zunächst schwierig. 1954 promovierte er, 1958 wurde er in Wilhelmshaven habilitiert, danach war er Privatdozent in Göttingen. Zu seinen Arbeitsgebieten gehörte unter anderem der reale Sozialismus: 1956 erschien sein Buch *Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion.* Nachdem er 1966 auf ein Ordinariat für Soziologie nach Marburg berufen worden war, entfaltete er eine politische Aktivität, die er sich vorher verboten hatte. Er war mit führend im Kuratorium »Notstand der Demokratie« gegen die Notstandsgesetze, gründete 1968 den »Bund demokratischer Wissenschafter« (so hieß damals der heutige »Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler«, BdWi) und war hessischer Spitzenkandidat des »Aktionsbündnisses Demokratischer Fortschritt« (ADF) - einer Kombination verschiedener Oppositionsgruppen einschließlich der Kommunisten - zur Bundestagswahl 1969. Hofmann starb am 9. November desselben Jahres.

Ein Briefwechsel mit Georg Lukács, zu dem er 1961 die Initiative ergriff, ließ sich zunächst konventionell an. Werner Hofmann wünschte sich eine Besprechung seines Buches *Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht.* Lukács winkte ab: Er müsse sich gerade auf eine andere Arbeit konzentrieren. Hofmann ließ aber nicht locker und erbat sich nun vor allem Gedankenaustausch Ober wissenschaftliche Fragen. Lukács - seine Briefe sind durchgehend kürzer als die seines Partners - blieb auch da zunächst reserviert, wurde aber allmählich aufmerksam und gab schließlich - in einem Brief vom 7. Dezember 1963 - einen Hinweis: Die westeuropäische Arbeiterbewegung könne unter anderem nur dann über ihre trade-unionistische Beschränkung hinauskommen, wenn »der theoretische und praktische Kampf gegen das Stalinsche Erbe« geführt werde.

Für Hofmann war das ein Stichwort. Schon acht Tage später - am 15. Dezember, sonst ließ er sich mit seinen sorgfältig erarbeiteten Antworten viel mehr Zeit - entwickelte er die Grundlinien einer Argumentation, wie das Problem zu behandeln sei. Daraus entstand schließlich ein Aufsatz, den er 1965 für die Festschrift zum achtzigsten Geburtstag von Georg Lukács beisteuerte: »Was ist Stalinismus?« Die Untersuchung fand damals recht starke Beachtung. Der Text wurde als Rundfunkvortrag gesendet und erreichte zwischen 1967 und 1969 bei Suhrkamp drei Auflagen. 1984 wurde er im Heilbronner Distel-Verlag neu herausgegeben.

Hofmanns Stalinismus-Definition

Hofmann beginnt in Max Weberscher Diktion: »Unter Stalinismus soll zunächst verstanden werden eine *exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus«* (alle Hervorhebungen hier und im folgenden: W. H.). Ihm liege »ein fundamentales *Spannungsverhältnis zwischen der marxistischen Lehre von der Zukunftsgesellschaft und den Bedingungen ihrer Verwirklichung* zugrunde.« Letztere bestünden in der Überforderung durch die ökonomisch-technologische Rückständigkeit, den Außendruck durch den Kapitalismus und die Tatsache, daß Rußland nicht an den gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilhatte, die im Westen die Moderne begründeten: »Hierzu gehört die *Reformation* und, mit ihr verbunden, die Säkularisierung und Rationalisierung der Religion; ferner die Individualisierung des Denkens durch den *Humanismus,* die umfassende Bewegung der *Aufklärung,* die Heraufkunft des politischen und ökonomischen *Liberalismus* und die Emanzipation des *homo oeconomicus,* der Übergang zum *parlamentarischen Verfassungsstaat* und damit die Rationalisierung der Beziehungen von Staat und Staatsbürgern, die Relativierung der Staatsgewalt durch das Verhältnis konkurrierender Parteien und durch den Turnus wechselnder Regierungen. Dies sind epochale Vorgänge, an denen das in zaristischer Selbstherrschaft gefangene Rußland kaum teilgehabt hat.«

Hofmann räumte ein, er habe damit nur die Voraussetzungen des Herrschafts-Typus, den er analysieren wollte, beschrieben, nicht aber diesen selbst. Es komme noch etwas hinzu, und durch die Benennung dieses weiteren Faktors sieht sich der Autor imstande, eine vollständige Definition zu geben: »Es hieße einem fatalen Geschichtsdeterminismus huldigen, wollte man die ausschweifende Machtentfaltung des Stalinismus als das unausweichliche Ergebnis der Umstände werten. Als Stalinismus soll vielmehr jener *Exzeß* der Macht verstanden werden, der nicht in den Aufgaben einer >Erziehungsdiktatur(gründete, der nicht objektiv >notwendig< war. Der Stalinismus resümiert sich in der Entscheidung aller Fragen unter dem Gesichtspunkt der Macht, der Durchsetzbarkeit des Gewollten. Stalinismus ist ein spezifischer *Opportunismus der Macht,* auf der allgemeinen Grundlage einer proletarischen Gesellschaft. Seine soziale Bedingung ist die zeitweilige *relative Verselbständigung der Führer* von ihrer vorerst noch schwach entwickelten *gesellschaftlichen Basis.* Die erklärte Diktatur des Proletariats hat so für lange Zeit den Charakter einer *stellvertretenden Diktatur* angenommen, worin die Staatsgewalt ihren eigentlichen gesellschaftlichen Trägern *entfremdet* gegenübertrat.«

Hofmann läßt letztlich unerklärt, was die Ursachen des Macht-Exzesses waren, denn die historischen Umstände waren für ihn ja nur notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzungen. Diese Lücke in seiner Analyse bekümmert ihn aber nicht, denn mittlerweile sei die Situation der Überforderung für die UdSSR entfallen, womit sich die Möglichkeit für eine von ihm konstatierte »Überwindung des Stalinismus« ergab. Auch hier argumentiert er nicht völlig schlüssig. Zwar war seiner Meinung nach die technologisch-ökonomische Aufholjagd so weit gelungen, daß der frühere Zwang nicht mehr notwendig war, und die Entspannung des Ost-West-Verhältnisses habe zusätzlich eine innere Lockerung ermöglicht; aber Hofmann zeigt nicht, wie das Defizit an gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Institutionalisierung und Rationalisierung, welches für ihn immerhin die zweite Voraussetzung des Stalinismus war, inzwischen ebenfalls hätte überwunden werden können.

Innensicht und Außensicht

Lukács war offensichtlich nicht sehr begeistert von der ihm gewidmeten Arbeit. In einem Brief vom 27. August 1967 versicherte er natürlich höflich, daß er den Aufsatz »schon seinerzeit mit viel Interesse gelesen« habe. Aber er fuhr fort: »Es wäre dabei nur zu erwägen, ob aus der manipulierten Praxis der Stalinzeit nicht doch ein System, eine Methode entstanden ist, die für die heute notwendige Wiederkehr zum echten Marxismus ein reales Hindernis bildet.«

Ausführlicher hatte Lukács dieses Argument schon 1962 in einem Brief an Alberto Carocci, der in der italienischen Zeitschrift »Nuovi Argomenti« veröffentlicht wurde, entwickelt. Stalins These von der »zwangsläufigen Verschärfung der Klassenkämpfe« zum Beispiel habe auch in der Gegenwart nicht ihre manipulative Kraft verloren. Sie gehöre zu aktueller Herrschafts-Technik. »Es genügt ja zur Konservierung des Stalinschen Status quo im Inneren, für den jeweils gegenwärtigen Augenblick eine solche Verschärfung festzustellen, um damit in der akuten Spannung die zentralistische Kontrolle aller kulturellen Äußerungen ebenfalls zu konservieren; der >Augenblick< kann natürlich nach Belieben prolongiert werden.« Von Lukács wird hier nicht nur der Gewaltexzeß als typisch stalinistisch wahrgenommen, sondern auch die - im übrigen von Hofmann ebenfalls konstatierte - völlige Subsumtion allen Handelns, auch der Wissenschaft, unter die Erfordernisse der staatlichen Macht.

Die Unterschiede in der Wahrnehmung haben ihre Ursache wahrscheinlich unter anderem in der Differenz der aktuellen politischen Situation, in der sich die beiden befanden. Hofmann sah im Antikommunismus ein Hemmnis für eine radikaldemokratische und sozialistische Praxis in der Bundesrepublik. So weit dieser sich auf sein Bild von der sowjetischen Realität berufe, handele es sich um eine »Projektion der eigenen Vorstellungswelt auf die des Gegners«. Diese Feststellung findet sich, in einem Aufsatz Hofmanns mit dem Titel »Zur Soziologie des Antikommunismus«. Er bildet das Gegenstück zur Stalinismus-Arbeit. In der Suhrkamp-Ausgabe hat Hofmann beide unter dem Obertitel »Stalinismus und Antikommunismus« zusammengefaßt. Indem er Auskunft über die reale Geschichte der Sowjetunion gab, hoffte er, Vorurteile, mit deren Hilfe diese bekämpft wurde, zu entkräften. Eine solche Bemühung wäre allerdings für die Katz gewesen, hätte er nicht auf eine inzwischen schon stattfindende Überwindung des Stalinismus hinweisen können. Die gab es aber für Lukács noch nicht, jedenfalls nicht in ausreichendem Maß.

Der eine Betrachter hatte eine Innen- und der andere eine Außensicht. Beide setzten sich verschiedenartige Ziele. Hofmann ging es um die Überwindung des Antikommunismus im Westen. Hierfür war er auf die These angewiesen, der Stalinismus sei weitgehend passé. Lukács war der Ansicht, mit den Ursachen dieser Herrschaftsform seien die Folgen noch nicht erledigt. Da er in Ungarn weiterhin mit diesen zu kämpfen hatte, wollte und konnte er ihn nicht ignorieren. Und er war wohl auch der Ansicht, das von ihm konstatierte »Weiterbestehen Stalinscher Tendenzen« werde im Westen ebenfalls bemerkt werden und der sozialistischen Sache schaden.

Nach der Intervention der Armeen der Warschauer Vertrags-Organisation in der Tschechoslowakei 1968 hat Hofmann sich in der Fakten-Feststellung, nicht aber in der Terminologie Lukács angenähert. Am 2. Juni 1969 schrieb er ihm: »Beunruhigend ist mir die gegenwärtige Entwicklung im sozialistischen Weltbereich. Die Brechung antisozialistischer Kräfte in der CSSR scheint mir eine absolute Notwendigkeit zu sein. Doch kann ich nicht leugnen, daß sich aus der

Entfernung der beunruhigende Eindruck aufdrängt, daß gegenwärtig von der Hauptgewährsmacht keine ausreichenden positi*ven, w*eiterführenden Impulse ausgehen. So muß deren Präsenz mehr als prohibitiv oder repressiv empfunden werden. Nach meinem Gefühl wäre jetzt fällig, über alle Erfolge der sozialistischen Länder in der Produktion hinaus, daß die Gesellschaftsverfassung selbst überzeugend im Sinne der Perspektiven des Kommunismus fortentwickelt wird.«

Auf diese Bemerkung ging Lukács nicht ein. Vielleicht hat er beim Lesen fein gelächelt und an seine These vom »Weiterbestehen Stalinscher Tendenzen« gedacht. Davon allerdings hatte Hofmann selbst in seiner Kritik an der aktuellen sozialistischen Praxis nicht gesprochen. Auch in dieser Briefstelle wird klar: Er brauchte eine positive Entwicklung im Osten.

In einem Punkt irrten beide Briefpartner: Sie nahmen an, der deformierende Außendruck auf die Sowjetunion sei mit der beginnenden Entspannung nur noch Geschichte. Nach ihrem Tod, spätestens mit der 1979 von der Nato beschlossenen und ab 1983 durchgeführten Stationierung neuer US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa, zeigte sich, daß die Entspannung nur eine Episode war.

The show must go on

Lukács und Hofmann interpretierten den Stalinismus nach Maßgabe ihrer aktuellen politischen Zwecke. So war es schon bei Chruschtschow 1956 gewesen. Der Kampf gegen den toten Stalin hatte eine Funktion in der Auseinandersetzung mit einer höchst lebendigen Gegenfraktion im Apparat der KPdSU. Zweitens ging es Chruschtschow darum, durch eine Bereinigung im Inneren außenpolitische Hindernisse für die von ihm angestrebte friedliche Koexistenz zu beseitigen. Der Eurokommunismus der siebziger Jahre verfuhr nach einem ähnlichen Rezept: Kritik des Stalinismus war seine Antwort auf die Menschenrechtskampagnen des Westens und bezweckte, den Kontakt zu künftigen Wunschpartnern, möglichst sogar in Regierungskoalitionen, vor allem in Italien, Frankreich und Spanien zu verbessern. Für Gorbatschow war Geschichtspolitik ebenso ein Ticket für die Westreise wie für seine deutschen Genossen. Allerdings fanden diese Versuche in jeweils gewandelter historischer Situation statt. Die »Entstalinisierungs«-Kampagnen sind also nicht die Wiederkehr des Ewiggleichen, sondern sie finden immer auf einer anderen Ebene statt, ihre Geschichte beschreibt also eine Art Spirale.

Irgendwo zwischen Georg Lukács einerseits und André Brie andererseits aber hat die Sache eine andere Qualität angenommen. Was für den einen eine Rückkehr zu einem authentischen Marxismus bringen sollte, bedeutet für die anderen nur noch die Einordnung in eine bürgerliche Stalinismus-Interpretation. Die gibt es natürlich auch. Sie hält den Stalinismus-Begriff bewußt unscharf und kann deshalb leicht andere Varianten des Sozialismus durch ihn denunzieren. Auf dem PDS-Parteitag im Januar 1995 bekam die Kommunistische Plattform zu spüren, daß in der eigenen Partei so gegen sie verfahren wurde. Stalin war der Sack, ein unangepaßter Marxismus der Esel. Diese - bürgerliche und sozialdemokratische - Stalin-»Kritik« wird auf lange Zeit die dominante bleiben. Dies ist der Grund, weshalb auch Marxisten bei diesem Thema bleiben müssen. Aber viel anders als weiland bei Werner Hofmann ist das ja nicht.

Schluß: Abschweifung zu einem (scheinbar) anderen Thema

Die zweite historische Folie neben dem Stalinismus, vor der Gegenwärtiges hin und her bewegt wird, ist der Faschismus. Seine - vorausgesetzte - Aktualität war für Werner Hofmann ein Grund für seine zuletzt nachgerade hektische politische und publizistische Aktivität. In einem Brief vom 7. März 1969 behauptete er, daß an den Universitäten anarchistische Tendenzen »direkt den faschistischen Kräften zuarbeiten, die bei uns keineswegs in der Opposition stehen«. Sein »Bund demokratischer Wissenschafter« versuche, etwas dagegen zu unternehmen. Über die Situation in der Bundesrepublik schrieb er: »Nach innen legt sich die Regierung ohnehin kaum noch Hemmungen auf. Die >höhere<, die >angelsächsische< Phase der *offenen* Diktatur der Bourgeoisie - und das scheint mir die knappste Definition des Faschismus zu sein - unterscheidet sich von der >primitiven(Phase vor allem darin, daß sie *verfeinerte* Mittel der Repression, einer Art psychologischer *präventiver* Repression ausgebildet hat, Formen der psychischen >integrativen(Überfremdung des Bewußtseins, auf der Grundlage und unter planvoller Nutzung der Mechanismen der gesellschaftlichen *Entfremdung.«*

Damit kam er bei Lukács aber böse an. Fast ließ dieser seine k.u.k Höflichkeit fahren. Er halte es, so schulmeisterte er den Kollegen, »für eine Demagogie, wenn man in der Studentenbewegung einen >linken Faschismus< entlarven zu können meint«. Diese Verwahrung hatte eine gesellschaftsanalytische Voraussetzung: »Worauf es heute ankommt, ist die Bekämpfung des spezifisch heutigen Kapitalismus. Und hier scheint mir eine Bezeichnung wie: >gegen die manipulierte Demokratie< viel bezeichnender als der Faschismus.« Hofmann lenkte ein, aber Lukács war diese Angelegenheit so wichtig, daß er in einem späteren Brief - Juni 1969 - noch einmal darauf zurückkam: »Ich glaube, daß jede bürgerliche Demokratie eine ihrer Entwicklungsstufe gemäße Form der Entartung hat. Das begann schon nach den großen Revolutionen. Wenn ich also gegen den Terminus Faschismus bin, so bedeutet das die Forderung: die für den deutschen Monopolkapitalismus spezifischen Formen der Reaktion genauer zu erforschen, als das bisher geschah.«

Lukács, in diesem Fall ohne unmittelbaren Handlungszwang, wendet sich hier gegen den historischen Bilderkult. In diesem werden geschichtliche Gegenstände zum Fetisch, weil die Gegenwart nicht begriffen ist. Was den Rechten der »Stalinismus«, ist einigen Linken der Faschismus, aber nicht nur ihnen: Vom Parlamentarischen Rat 1948/49 über die Faschisierungs-These des Kommunistischen Bundes, den Sprayer aus der Autonomen Antifa bis zum revolutionären Feuilleton soll er den Nutzen der Historie für das Leben erweisen.

Daran erinnern wir uns bitte einmal bei der nächsten Gelegenheit, welche gewiß kommen wird. Vielleicht auch in diesem Theater.

Ich danke Herbert Claas für den Hinweis auf den Briefwechsel Hofmann-Lukàcs.

Literatur:

Werner Hofmann: *Was ist Stalinismus?* Heilbronn *1984.*

Ist der Sozialismus zu retten? Briefwechsel zwischen Georg Lukács und Werner Hofmann. Budapest *1991.*

Georg Lukács: Brief an Alberto Carocci. *In: Ist der Sozialismus zu retten?* A.a.O« *S. 81-99.*

Konkret 07/97, S. 41

Christoph Ruhkamp

Eine statistische Bilanz

Englischsprachige Historiker gehen meist erfreulich empirisch vor. Der australische Wissenschaftler Stephen Wheatcroft hat in einem Beitrag für das renommierte britische Periodikum »Europe Asia Studies« (früher»Soviet Studies«), der nur auf statistischem Material beruht, den Versuch unternommen, herauszufinden, wer mehr Menschen ermordete. die Nazis unter Hitler oder die Kommunisten unter Stalin. Er will dabei nicht klaren, warum gemordet wurde, sondern lediglich, wer ermordet wurde und auf weiche Weise.

Dieser Vergleich ist nicht nur für deutsche Linke eine Provokation. Zumindest dann, wenn er - wie im »Historikerstreit« durch Nolte geschehen - zum Beleg für abstruse Theorien über einen »Kausalnexus« der Massenmorde mißbraucht wird. Die »FA Z«, die ja sonst für derartige Vergleiche durchaus zu haben ist, übertitelte ihre Rezension der Wheatcroft-Untersuchung denn auch: »Bilanz auf gefährlichem Terrain«. Gleichwohl ist Wheatcrofts Vergleich interessant: Denn wenn er auch wenig zum Verständnis der Ursachen beiträgt, so liefert er doch neue Erkenntnisse über das Ausmaß der Repression in der Sowjetunion. »Die Quellen, die ich diskutiere, vermögen zu zeigen, daß das stalinistische Regime möglicherweise den vorzeitigen Tod von mehr Menschen als Hitlers Regime verursachte (die »normalen« Opfer des deutschen Weltkrieges - mehr als 40 Millionen – sind für Wheatcroft keine Opfer von Massenmorden, C.R.), aber sie zeigen nicht, daß es zielgerichtet mehr Menschen tötete«, kündigt er an.

Gestützt vor allem auf Veröffentlichungen des russischen Sozialwissenschaftlers Viktor Zemskow, behauptet Wheatcroft, daß das stalinistische Regime »für eine Million zielgerichteter Morde (durch Exekutionen, C.R.) und durch seine kriminelle Nachlässigkeit und Verantwortungslosigkeit möglicherweise für den vorzeitigen Tod von etwa einer oder zwei Millionen weiterer Opfer« (durch Hunger und Zwangsarbeit) verantwortlich gewesen sei. Vom Standpunkt der Opfer sind das zwar irrelevante Unterscheidungen. Aber Wheatcroft korrigiert damit Opferzahlen, wie sie von Robert Conquest, Walter Laqueur oder Stefan Rosefield veröffentlicht wurden, die u.a. auch die sieben Millionen verhungerten Bauern von 1932-33 mitzählen und insgesamt auf 20 Millionen Todesopfer des Stalinismus kommen.

Die Weigerung dieser Historiker, die neuen Daten wahrzunehmen, die seit der Öffnung der sowjetischen Archive vorliegen, kommentiert Wheatcroft: »Einige Spezialisten in sowjetischer Geschichte finden es schwierig, sich an den neuen Umstand zu gewöhnen, daß die Archive offen sind und es nun eine Menge nicht ignorierbarer Daten gibt; sie hängen noch an alten sowjetologischen Methoden der Ungefähr-Schätzungen, die auf den Aussagen von Emigranten und anderen Informanten beruhen, von denen man annimmt, sie hätten eine genaue Kenntnis. «

Obwohl die wichtigsten Archive der sowjetischen Geheimpolizei noch immer nicht allgemein für Historiker zugänglich sind, konnten einige Forscher in ihnen arbeiten (Oleg Khlevnyuk, Viktor Zemskow, Arsenii Roginsky). Sie haben einige allgemeine Zahlen aus diesem Material veröffentlicht. Diese belegen - laut Wheatcroft - folgendes: In der Zeit von 1921 bis 1945 waren 3,6 Millionen Menschen Opfer repressiver Maßnahmen der sowjetischen Geheimpolizei (ChK, GPU, OGPU, NKVD, MVD). Von den 3,6 Millionen Verurteilungen waren etwas weniger als 800. 000 Todesurteile, 2,2 Millionen Freiheitsstrafen in Lager und Zuchthaus sowie etwa 400.000 Ausweisungen. 210. 000 Personen wurden außerhalb von Lagern zur Arbeit gezwungen. Von den zwischen 1921 und 1938 Verurteilten standen etwa 30 Prozent wegen nicht-politischer Vergehen vor Gericht. Dabei muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß es Straftatbestände gab wie »Spekulation« oder »Diebstahl von sozialistischem Eigentum«, die je nach politischem Bedarf extensiv ausgelegt wurden.

Insgesamt gab es von 1930 bis 1945 etwa eine Million Exekutionen in der Sowjetunion. Mindestens eine Million Menschen kam durch Zwangsarbeit ums Leben. Hinzu kommen die von den Sowjets erschossenen polnischen Offiziere und die Opfer der Deportationen diverser Völkerschaften. Wheatcroft rechnet mit insgesamt etwa drei Millionen Todesopfern des Stalinismus.

Stephen Wheatcroft: »The Scale and Nature of German and Soviet Repression and Mass Killings, 1930-45«, in: »Europe Asia Studies«, Band 48, Heft 8, 1996, demnächst auch auf deutsch, herausgegeben von Dittmar Dahlmann und Gerhard Hirschfeld, unter dem Titel: Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation: Dimensionen der Massenvernichtung in der Sowjetunion und in Deutschland 1933-1945, Klartext Verlag, Essen

Konkret 07/97, S. 42

Carsten Otte

Ein Prolet

Im HörVerlag wurde Joachim Walthers Feature »Erich Mielke - Ein deutscher Jäger« veröffentlicht. Ein kurzer Beitrag zur Stalinismus-Debette in KONKRET

Er haßte das Lotterleben, die Literaten, wenn sie nicht so schrieben, wie er wollte, er haßte Punks und anderes Gesocks, er liebte Trinksprüche und ein fröhliches Halali auf der Jagd, er liebte den Drill und die Todesstrafe: Erich Mielke. Er war ein Jäger, er jagte Hirsche, Rehe und Menschen, und er war ein Sammler, er sammelte Informationen über das Röhren der Hirsche, über Feinde und Freunde der DDR, er sammelte aber auch zahlreiche Tonaufnahmen von sich selbst. Seine Reden vor KGB-Generälen, seine Ansprachen vor hauptamtlichen sowie inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit und seine Plädoyers für den Stalinismus archivierte er genauso sorgfältig wie seine Gedichtvorträge und Gesangseinlagen während irgendwelcher SED-Festivitäten. Joachim Walther hat Ausschnitte dieser Tonaufnahmen in dem Feature »Erich Mielke - Ein deutscher Jäger« zusammengefaßt, das jetzt im Münchner HörVerlag auf Kassette und CD erschienen ist. Walther behauptet, Mielke hätte die Aufnahmen zu seinem »eigenen Schutz« gehortet, doch das ist die fixe Idee eines Journalisten, der selbst an Verfolgungswahn und Sammelwut leidet, denn was der Stasi-Boß auch gesagt hat, alles spricht ohnehin gegen ihn. Im Falle einer stalinistischen Weltrevolution hätten die Dokumente ihm möglicherweise genutzt. Oder auch nicht. Denn daß Mielke grundsätzlich die gröbste Position im ostdeutschen ZK vertrat, war bekannt.

Joachim Walther wird seit Jahren vom Frankfurter Feuilleton für seine Fleißarbeit gegen die DDR gelobt, sein Buch *Sicherungsbereich Literatur* über das Spitzelwesen in der ostdeutschen Schriftstellerszene ist ein dickes Standardwerk für Schmöcke, und auch das Feature »Erich Mielke - Ein deutscher Jäger« kam bei den Damen und Herren, die immer mit dem Nationalsozialismus ankommen, wenn über den Stalinismus debattiert wird, ebenfalls gut an. Die Parolen Erich Mielkes, die Joachim Walther nun präsentiert, sind wahrlich dumm und gemeingefährlich. Doch sie erinnern nicht an Hitler, sondern vielmehr an die Sprüche von Franz-Josef Strauß: »Kurzen Prozeß« und »ganz kurzen Prozeß« würde er mit den »Feinden der Republik« am liebsten machen, hat Mielke auf seinen Banketts immer wieder verkündet, und wer die Mitschnitte nun anhört, der kann sich gut vorstellen, den bajuwarischen Ministerpräsidenten über die Gefangenen in Stammheim reden zu hören. Er würde schon für Ordnung sorgen, wenn man ihn nur machen ließe, hat Mielke nicht nur seinen Parteigenossen mitgeteilt. Verdächtig war seiner Meinung nach schon, »wer seine Frauen wechselt«. Denn Frauenwechsler, so Mielke, würden die Moral der Gesellschaft zersetzen und garantiert zum Klassenfeind überlaufen, womit der Oberstasi allerdings nur bestätigte, daß nicht die Frauenwechsler, sondern vor allem er selbst seinen Gegnern erstaunlich ähnlich war.

Joachim Walther hält sich mit Kommentaren zurück, das Material soll für sich sprechen, und dennoch ist die Botschaft seines Hörstücks die allseits bekannte. Beiläufig wird erzählt, daß Mielke unter dem Code »Vorbeugekomplex« einen Plan entworfen habe, mit einem Schlage 85.939 Regimekritiker zu verhaften und in »Isolierungslager« zu stecken. 1988 wollte er die Aktion angeblich durchführen, »Lagerpläne« und Anweisungen für das »Lagerkommando« wären bereits vorbereitet worden. Die »Isolierungsobjekte« hätten allesamt eine Kennziffer erhalten, die im SED-Amtsdeutsch »KZ« geheißen habe. »Da haben wir's! « werden manche Hörer sagen, als ob ein paar Schlagworte aus. dem Hause Mielke darüber Auskunft geben könnten, wie es in der DDR einst zuging. Joachim Walthers Kritik des Stalinismus schlägt um in perfide Denunziation; man hat den Eindruck, daß da einer mit den Mitteln der Stasi gegen den längst aus der Welt geschaffenen Stalinismus zu Felde zieht, weil er auf das Lob des Hetzers Hintze geil ist. Gewiß wird die Arbeit des Schleimers belohnt werden. Das »goldene Kabel« wurde Joachim Walther für »Erich Mielke - Ein deutscher Jäger« immerhin schon verliehen.

Mielke, so erfährt man in Walthers Feature, floh nach der Ballerei auf dem Berliner Bülowplatz im August 193 1, »bei der zwei Polizisten starben«, nach Moskau, besuchte die Lenin-Schule der Kommunistischen Internationale und lernte dort das Handwerkszeug eines Spions. Unter dem Decknamen Paul Back lieferte er zu dieser Zeit dem sowjetischen Geheimdienst Berichte über Antikommunisten im Lande. Ab 1936 tauchte er im spanischen Bürgerkrieg unter dem Namen Fritz Leißner auf, um dort als Offizier des »Servico Informacin Militar« Abweichler wie Trotzkisten, Anarchisten und Syndikalisten aufzuspüren. Walther mokiert sich über den Verrat, obwohl er, ein Mann des Grundgesetzes, Verfassungsfeinde mit Sicherheit dem bundesdeutschen Staatsschutz ausliefern würde. Der Sicherheitsminister Mielke hielt sich indes, obwohl er überall dort mitmischte, wo der Sozialismus ruiniert wurde, zeitlebens für einen »Humanisten«, und es ist wohl anzunehmen, daß er tatsächlich geglaubt hat, was er 1989 vor der Volkskammer erklärte: »Ich liebe die Menschen, ich liebe sie doch alle! «Mielke war ein einfacher Mensch, der glücklich war, wenn er »Prost, Prost, Prösterchen!« lallen oder pathetisch daherschwafeln durfte: »Das können ... die Faschisten eben nicht verstehen, daß ein Kommunist für seine Partei lieber stehend stirbt als daß er kniend weiterlebt. Das macht uns unbesiegbar«, schrie er einmal, und weil die Sache des Denkens nicht die Sache Erich Mielkes war, hat er eben nicht erkannt, daß gerade die Faschisten immer die Freunde des

Dezisionismus waren. Ein Faschist war Mielke dennoch nicht, vielmehr ein Unterhalter für die gelangweilten Massen in Ostdeutschland.

In Westdeutschland gab es zwar auch keine Freiheit und Gerechtigkeit, dafür aber Konsumartikel, die das fade Leben zuweilen versüßen konnten. Vielleicht ist dies der Grund, warum die Ossis bei der Stasi so gerne mitgemacht haben: Die Untergrundtätigkeit versprach immerhin ein wenig Risiko und Abenteuer, von dem die Manager stets schwärmen, wenn sie die Vorteile des freien Unternehmertums beschreiben sollen. Joachim Walther dokumentiert in seinem Hörspiel auch das Tonbandprotokoll eines Spitzels, der seine Ehefrau irgendwelcher Straftaten gegen das sozialistische Gesetz bezichtigt. Der Mann hat hörbar Freude daran, die Gattin anzuschwärzen; die Lust, die ihm beim ehelichen Beischlaf versagt blieb, befriedigte er im nächtlichen Gespräch mit Mielke. Die Staatssicherheit war wohl eine Art Sexagentur für die ostzonalen Sadomasochisten.

Der Stalinismus, das zeigen die Privataufnahmen des Stalinisten Erich Mielke, vertrug sich bestens mit dem deutschen Muff. Vor allem deshalb ist der Stalinismus kein Maßstab für eine linke Diskussion. Unerheblich, ob die DDR mehr oder weniger stalinistisch war. Fest steht nur, daß seit dem Zusammenbruch des Ostblocks die Verhältnisse im Westsystem sich allmählich verschärfen.

Joachim Walther: »Erich Mielke - Ein deutscher Jäger«. Der HörVerlag, München 1997, ca. 61 Minuten, 24,90 Mark (MC) oder 29,90 Mark (CD)

Konkret 07/97, S. 43

Holm Friebe

In diesem Sinne - Neues Deutschland

Indes »junge Welt« und »Junge Freiheit« in der Frage der Nation sich annähern, wird es Zeit, das dritte jungdeutsche Forum im Bunde einmal näher zu betrachten. »Junges Deutschland« heißt eine Kolumne des »Zeit«-Magazins, mit der vor Jahresfrist das schwindsüchtige Supplement hatte aufgemöbelt werden sollen. Hatte werden sollen, denn auf Matthias Altenburg, Sibylle Berg, Maxim Biller und Katja Lange-Müller, die die Kolumne im Wechsel bewirtschaften, trifft das Attribut »deutsch« zwar auf jeden Fall zu, »Jung« allerdings sind sie sicher nicht. Mit Ausnahme Billers womöglich, nicht weil der besonders jung wäre, sondern weil er hin und wieder, wenn er nicht gerade Ulrike Meinhof als Massenmörderin verleumdet, ein klares Wort zu den Ressentiments seiner Landsleute zu sagen weiß, so z.B. anläßlich des Falls der Tic-Tac-Toe-Sängerin Lee: »Eine kleine, schwarze, ehemals drogensüchtige Exnutte aus einem asozialen Araberghetto im Sauerland hat bei ihnen jedenfalls keine große Chance. « Das ist gut beobachtet und allemal besser als das, was ansonsten im selben Format an larmoyanter Generationsbefindlichkeit abgefaßt wird von: Lange-Müller, die jedes Mal aufs Neue nicht fassen kann, daß sie in Berlin wohnt und daß Berlin noch dazu Hauptstadt ist, und wie verrückt, schräg und crazy die Leute dort sind; dem Frolleinwunder des deutschen Journalismus, Sibylle Berg, die kenntnisreich und rassenkundig nach einer Kambodschareise zu Protokoll gibt: »Die Stadt ist wie ein Ameisenhaufen. Jemand hat einen Stock reingesteckt, und nun taufen sie alle ganz schnell, und warum, ist nicht klar ... Die Gefahr. Kann man nicht sehen. Nicht spüren. Asiaten sind klein. Lächeln. Sind freundlich« - und die offenbar schon selbst daran glaubt, daß sich mit einem künstlich-aufgesetzt infantilen, zwanghaft auf süß gemöbelten, jedoch von null Gedanken verunsicherten Schreibstil Renommee einfahren ließe,- und zu allem Schluß und Überfluß Matthias Altenburg, der in jeder zweiten Kolumne sterben möchte, weil ihm alles so trostlos scheint, und sich dann doch noch einmal ins Leben wagt, um über eine Begegnung mit einem kommunistischen Wahlkämpfer zu notieren: » Und ich überlege, ob der alte Mann vielleicht Jude ist. Und ich denke, Jude und Kommunist, das ist bestimmt noch weniger lustig als Rollstuhlfahrer und schwul.«

Angesichts dieser neuen Unbekümmertheit des »Jungen Deutschland« könnte es wieder einmal ratsam sein, längere Fernreisen ins Auge zufassen.

Konkret 07/97, S. 43

Robert Kurz

In diesem Sinne - Barbarisches Metall

Der Glanz des Goldes ist verblaßt. Nur schrullige deutsche Kleinbürger, russische Mafiosi und ostasiatische Großmütter suchen ihr Heil noch in der schwermetallischen Schatzbildnerei. Vielleicht dachte deshalb der bauernschlaue Finanzminister Waigel, er könne sich ohne großes Aufsehen den Goldschatz der Bundesbank unter den Nagel reißen, um die Misere des Staatshaushalts ein weiteres Mal wegzuzaubern. Allein schon durch eine Neubewertung der Goldreserven nach Marktpreis hätte Waigel die Bundesbank zu einer Buchgeldschöpfung von 40 Milliarden Mark aus dem Nichts zwingen können, ungefähr das Sümmchen, das er für seine Bilanzfälschung 1997198 dringend brauchte.

Bundesbank, Medien, grün-sozialdemokratische Scheinopposition, Stammtische und Hausfrauen reagierten, als hätte der unselige Finanzminister sämtliche Kinderschändungsparagraphen liberalisieren wollen. Die eingelagerten Goldreserven, die nicht einmal für das Weihnachts- und Urlaubsgeld eines einzelnen Jahres reichen würden, schienen plötzlich eine mystische Qualität zurückzugewinnen. Waigels Goldfingerei löste offenbar ungewollt eine Art religiösen Reflex aus. das Schuldgeständnis einer Gesellschaft, die ihren Moloch betrogen hat. Denn das Gesetz der » Verwertung des Wertes« will es, daß die menschliche Lebenszeit entweder als Verausgabung von »Arbeit« verheizt oder als »überflüssig« und somit »lebensunwert« definiert wird. In der Wertsubstanz des Goldes als »Deckungsmaterie,« der Währung hatte dieses Gesetz seine fetischistische Erscheinungsform.

Keynes nannte das Gold ein »barbarisches Metall«, nicht weil er die Barbarei des Geldverdienens abschaffen, sondern weil er sie auf ihren eigenen Grundlagen überlisten wollte. Das »deficit spending« als permanente Kapitalisierung fiktiver zukünftiger Wertschöpfung war aber nur möglich durch Entkoppelung des Geldes vom Gold, also durch Verlust seiner Eigenschaft als objektives Wertaufbewahrungsmittel. Die weltweite Finanzkrise des keynesianischen Wohlfahrtsstaates zeigt jetzt an, daß die Produktivkräfte endgültig über die Form einer Verrechnung abstrakter Arbeitsquanta hinausgewachsen sind. Systemimmanent gibt es nur noch eine Alternative. Destabilisierung des Geldes oder Menschenopfer. Die parteiübergreifende Goldpanik, mit den grün-sozialdemokratischen Sozialverträglichkeits-Aposteln an der Spitze, verrät, daß die deutsche Gesellschaft sich im Prinzip schon für das Menschenopfer entschieden hat.

Konkret 07/97, S. 43

Justus Wertmüller

In diesem Sinne - Algerische Reaktion

» Völkermord in Algerien«, »Europa stirbt im Maghreb«, das sind Überschriften, mit denen keine deutsche Zeitung titelt. Dabei wäre ein Blutzoll von Woche für Woche mindestens 200 Menschen, die meisten davon Zivilisten, anderswo schon einen flotten NS- Vergleich wert. Zum Beispiel in Bosnien, wo man medienwirksam nach Massengräbern fahndet, oder im Libanon, wo hundert bei einem israelischen Luftangriff im April 1996 getötete Flüchtlinge die deutsche Enkelgeneration mit ihrer Lieblingsvokabel entschieden Stellung beziehen ließen: Völkermord! Wenn jedoch die Ermordung von 93 Dorfbewohnern nur Höhepunkt einer langen Serie gleichartiger Schlächtereien ist, geht das gerade mal als Kurzmeldung durch die deutsche Presse. Algerier gelten deutschen Beobachtern als unterdrücktes Volk, weil die Machthaber die Wahl nach dem Sieg der islamischen Heilsfront annulliert haben. Seither führen die Betrogenen einen Befreiungskampf, dessen Ziel es jedoch nicht in erster Linie ist, die Unterdrücker anzugreifen. Sie verfolgen zunächst den selbstgesetzten nationalen Erziehungsauftrag, der Bevölkerung völkische Identität beizubringen.

Nie kämen deutsche Beobachter auf den Gedanken, daß die algerischen Machthaber recht daran taten, als sie aus höchst eigensüchtigen Gründen eine Partei von der Macht fernhielten, deren Aktivisten zu dem fähig sind, was sie heute tun. Sie verzeihen es der algerischen Führung nicht, daß sie mit autoritären Methoden versucht, die Formierung des völkischen Kollektivs aufzuhalten und entwickeln so Verständnis für den gerechten Volkskrieg gegen das Volk. Wenn es richtig war, daß palästinensische Organisationen und arabische Staaten die Seele Palästinas durch die Verewigung des Flüchtlingsstatus der Palästinenser wachhielten, oder bosnische Nationalisten für die nationale Sache ganze Städte als Geisel nahmen, dann kann es auch nicht ganz falsch sein, wenn in Algerien die Mobilisierung für den theokratischen Weg zur Identität durch Terror gegen jedermann herbeigeführt werden soll.

Deutschen Völkerfreunden gelten Menschenrechte nämlich nur als agitatorisches Beiwerk für die Herstellung völkischer Identität. Den Schutz des Einzelnen vor der totalen Vereinnahmung durch das nationale Zwangskollektiv sollen sie jedenfalls nicht sicherstellen. Da sind sich der völkische Fanatiker Tilmann Zülch und der linke Antiimperialist Jochen Hippler völlig einig, wenn der eine zu Algerien schweigt und der andere im »Freitag« den ideologischen Kern der Mordserie einfach wegdiskutiert: » Wer immer und automatisch >religiösen Fanatismus< hinter jeder Gewalttat ausmacht, wird den Terror weder begreifen noch wirksam bekämpfen können.«

Konkret 07/97, S. 45

Joachim Rohloff

Junge Welt. Das Wetter

In der alten Zeit, als die »junge Welt«, die neuerdings zu ihren Ursprüngen zurückkehrt und deshalb besser »alte Welt« hieße, noch »die größte und auflagenstärkste Zeitung in der Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung« war, »weil sie«, wie Leser Leuteritz aus Berlin schreibt, »für männliche und weibliche Jugendliche das Recht auf Arbeit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf Bildung, auf Erholung, Freude und Frohsinn tatkräftig mit durchgesetzt hat«, begann der Bericht von einem Endspiel um den FDGB-Pokal wohl mit dem Satz: »Hervorragendes Wetter und beste Spielbedingungen im Sportpark-Stadion.« Denn daß der Jugend Freude und Frohsinn stets unter besten Bedingungen zugeteilt wurden, dafür sorgten die Partei der Arbeiterklasse mit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und notfalls freiwillige Subbotniki in blauen Hemden, für hervorragendes Wetter, für ein Wetter also, das hervorragte aus allen bisherigen Wettern und deshalb, hätte es das fortschrittliche Lager nur ein paar Jahre länger gegeben, irgendwann wohl fortschrittliches Wetter geheißen hätte, sorgte der Genosse Ulbricht mit seiner Anwesenheit. »Beim Gastgeber«, so ähnlich las es sich damals, »fanden die Berliner Spieler sofort zu ihrem Rhythmus und fingen sehr überlegt und souverän an, dem Schlußmann Jürgen Wittmann und seiner Abwehr druckvoll zuzusetzen. So war es auch nur eine Frage der Zeit, wann Wittmann zum ersten Mal hinter sich greifen mußte. «

Die Frage, wann etwas geschieht, ist zwar immer eine Frage der Zeit, mal der alten, mal der neuen, meistens aber der einfach chronischen, wie jede gemeine Zwiebel sie heruntertickt. Da aber die ehemals neue Zeit inzwischen die alte ist und die alte wieder die neue, müssen wir uns wohl damit abfinden, daß an jedem Samstag, der vergangen ist, »Ante Covic unbeirrbar«, genauso unbeirrbar, wie einst die Avantgarde des Proletariats voranschritt auf dem Weg zum Sozialismus, »den Ball für die Blau-Weißen in die untere, linke Ecke des gegnerischen Kastens zum 0: 1 einschob«, »den Ball nur wenige Zentimeter über Fiedlers Gehäuse in das weite Rund schoß« und daß er schließlich »unhaltbar zum Endstand verkürzte«. In der alten Zeit allerdings hätte, da man ihn und seine Landsleute der Beirrbarkeit verdächtigte, nicht Ante Covic eingeschoben, über das Gehäuse ins Rund geschossen und unhaltbar zum Endstand verkürzt, sondern Sparwasser oder Schnuphase. Hätte damals der Kabarettist und Fußballfan Edgar Külow aus solidarischen Gründen, weil den Kräften des Fortschritts und des Humanismus irgendwo in der Welt druckvoll zugesetzt wurde wie heute nur noch dem Schlußmann Wittmann und seiner Abwehr, die Redaktion der »jungen Welt« besucht, dann hätte diese ein Foto des Kabarettisten und Fußballfans Edgar Külow gedruckt, wie er die Redaktion der »jungen Welt« besucht, und darunter hätte gestanden: »Kabarettist und Fußball-Fan Edgar Külow besucht unsere Redaktion.« Am Bindestrich aber und am Fehlen des bestimmten Artikels hätten findige Köpfe den verderblichen Einfluß der Westpresse erkannt, und sie hätten höheren Orts empfohlen, der Redaktion der »jungen Welt« das »Spiegel«-Abonnement zu streichen. »Ich bin ganz bei Euch«, hätte im Fall, der Abwehr wäre zugesetzt worden, Franz-Josef Degenhardt aus Madrid telegrafiert, und das wäre allen ein Trost gewesen, die mangels des erforderlichen Reisedokuments nicht bei Degenhardt in Madrid sein konnten.

»Neue Gedanken, freche Überlegungen, saubere Analysen« und professionellen Journalismus fordert der Geschäftsführer Koschmieder, der sich auf Kosten seiner ehemaligen Redakteure zum mittelständischen Verleger erhoben hat, der demnächst aber erniedrigt werden und dabei seine Kapitaleinlage verlieren wird. Denn daß ein pseudolinkes ostdeutsches Spießertum auf Dauer zwei Tageszeitungen nährt, können auch die führenden Kader der KPF nicht glauben, die sich billig ein Zentralorgan verschaffen wollten.

Keineswegs sei daran gedacht, die »Antifa«-Seite abzuschaffen. Vielmehr beschränkt sich der Antifaschismus neuerdings wieder auf die Pflege der Gedenkstätten: »Hier wird die Vergangenheit antifaschistischen Widerstandes im Gespräch mit Zeitzeugen über die eigene antifaschistische Gegenwart gebrochen und auf eine mögliche Zukunft hin verlängert.« Zwar gilt das Motto »Antifa heißt Angriff!?« noch immer, bzw. es gilt, wie das Fragezeichen andeutet, vielleicht auch nicht, Angriffe aber »müssen von organisierten, disziplinierten Formationen, nicht von marodierenden Haufen durchgeführt werden«. Nein, keine Sorge, der Verfasser dieses erstaunlichen Satzes will keinen R.O.T.F.R.O.N.T.K.Ä.M.V.E.R.B.U.N.D. gründen, sondern nur die Chaoten und Struppis, die in Dolgenbrodt demonstrierten, »radikalisierte Kleinbürger« schimpfen und ihnen das Vorbild der Gruppe »R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N« empfehlen: »Junge und ältere AntifaschistInnen ... bereiten die >Weltfestspiele der Jugend< in Havanna mit vor oder organisieren Workcamps in Gedenkstätten des faschistischen Terrors.« Dort erfahren sie, was Leserin Linke schon seit langem weiß, in der »jungen Welt« aber viel zu selten gelesen hat: Viele Juden »sind ihren Weg an der Seite von deutschen Kommunisten gegangen«.

»Neue Gedanken, freche Überlegungen, saubere Analysen« also. Auf welchen Hund er das Feuilleton bringen will, hat Koschmieder alsbald und unbeirrbar klargemacht: »Der Publizist Harald Wessel ... hat sich jetzt bereitgefunden, der >jungen Welt(regelmäßig alltagskritische >Post aus der Provinz< zu schicken - persönliche Ansichten, wie er sie zwischen 1975 und 1985 allmonatlich in der beliebten DDR-Monatszeitschrift >Das Magazin<«, die für männliche und weibliche

Jugendliche das Recht auf Freikörperkultur tatkräftig mit durchgesetzt hat, nicht veröffentlichte, sondern »veröffentlichen durfte«. In seinem ersten Beitrag, dessen galoppierende Dummheit selbst den Feuilletonredakteur des »ND« anwidern müßte, beschwert Wessel sich, daß kein dem humanistischen Erbe verpflichteter Staat kapitalistische Handelsorganisationen »zu kulturgeschichtlichen Rücksichtnahmen zwingt, so sie im Weichbild eines traditionsträchtigen Gotteshauses sich niederzulassen gedenken«, um der arbeitslosen Jugend »Baywatch Sunguard Lotion« anzudrehen. »Wozu braucht man im märkischen Sand« derlei »Segnungen aus Kalifornien«? Wessel hat sich eine Flasche zum »Aktionspreis von 7,99 DM« gekauft, wie er sprachkritisch notiert, und ist doch, weil er »das amerikanisch-deutsche Wörterbuch nicht zur Hand« hatte, kein bißchen braun geworden. »Wieso (er meint: warum) lernen die Brandenburger Schulanfänger überhaupt noch >deutsche Muttersprache<? Müßten sie nicht zuerst verballhorntes Englisch lernen?« So vermählt sich das zukünftige Europa der Regionen mit dem guten alten Weltniveau im Republikmaßstab. Denn ähnliche Fragen stellte vor Jahren der Alterspräsident des Europäischen Parlaments, ein Abgeordneter des Front National. Wessel sollte trotzdem nicht darauf bauen, nach dem Ende der »alten Welt« bei der »Jungen Freiheit« unterzukommen: Weltläufiger als ostdeutsche Plattformkommunisten sind die neuen Faschisten allemal.

Konkret 07/97, S. 46

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Wenn das wahr ist ...

Die Boulevardpresse, so hat es den Anschein, gibt sich immer weniger Mühe, das trügerische Mäntelchen der Authentizität über ihre im Grunde vertrauenerweckend comic- und anheimelnd cartoonartigen Phantasienachrichten zu breiten. Oder was soll man bei einer Meldung wie dieser aus »Bild« vom 6. Juni denken? »Ein Falke hatte sich in Saudi-Arabien mit einer Schlange in seinen Fängen in die Luft geschwungen. Doch das Reptil wickelte sich um die Schwingen des Vogels, der dadurch abstürzte. Beide landeten auf der Ladefläche eines Kleinlasters, auf der zwei Kinder saßen. Sie wurden von der Schlange gebissen, es gab keine Rettung mehr - tot.«

Wontissimo go!

»Deutsche«, sagt Jörg »Wonti« Wontorra der »Bild am Sonntag«, »Deutsche« seien, meint er trotz neunationaler Spaß- und Comedy-Culture, »viel zu ernst«. Wirklich wahr. Und, ergänzt er auf den Gesellschaftsseiten, die einen Simulationsjournalisten der ersten Stunde beim Biß in Evas Paradies-Apfel zeigen, den ihm seine Gattin Ariane zwischen die Hauer klemmt, und man »trifft immer häufiger auf Leute, die gestreßt sind und alles viel zu ernst nehmen«.

Fürwahr: Weil zu viele viel zu verbissen zahllosen hochdotierten Jobs hinterherhecheln, entbrennt streßartiger Neid, wohin man tritt, und »alles wird durch Regeln festgelegt«. Infolgedessen hat Jörg vom Funkhaus genug. Ab 1999, so der »BamS«Aufmacher, kehrt mit Wontorra nach Th. Gottschalk und B. Becker »wieder ein Prominenter Deutschland den Rücken«, ein Aderlaß ohnegleichen bahnt sich mithin an, ein rasender Exodus der besten Köpfe des Landes, das Ausbluten der letzten kulturellen Reserven: ist evtl. unausweichlich.

Wontorras Entschluß sitzt so fest im Sattel wie sein Polohemd, und der Plan verdient offensivste Zustimmung. Möge ihm, Wonti, die eigene Villa »Casa Mucki« zu jenem »Paradies« werden, das sich schon heute aus »Hanglage«, »Pool« und »eigenem Tennisplatz«, dem »sonnigen Süden«, einem Sack voll »Palmen« und der »deutschen Schule in Marbella« zusammensetzt. Schließlich inkorporiert der im Diminutiv gut getroffene »clevere Wontorra« (Steuern, »spekuliert auch an der Börse«) jenen Kretinismus aufs Prägnanteste, der »im Alter« als Landsitz-Weisheit sich geriert.

Wo warst du, Diedrich?

Unter der Überschrift »Die Diktatur des Beats« berichtete die »Süddeutsche Zeitung« über Fortschritte der Diskussions- und Konferenzkultur - aus der Berliner Volksbühne, wo man in Topbesetzung die »Strukturkrise« des Techno und den »Partystandort Deutschland« reflektierte. »Nicht zuletzt sollte es darum gehen, ob die Praxis ausflippt, wenn die Theorie die Hüllen fallen läßt«, hieß es über zahllose Popexperten-Expertisen zur dt. Klub-Identität. »Einer der profiliertesten Klubologen, der britische Soziologe Dick Hebdige«, ließ »Räderwerke und Schrottplätze vorbeiziehen, zeigte Hitler und die Rolling Stones, Ceaucescu und William Burroughs. Eine assoziativ gestaltete Collage, die die Vielschichtigkeit klubkultureller Bezüge verdeutlichen sollte. ... Den aktuellen Bedeutungszuwachs (der >Club Culture< J. R.) hält Hebdige für keinen Zufall. Denn die Standardbiographie >Birth-School,Work-Death(existiere nicht mehr.« Weil Menschen im Klub i.S. Diederichsens und contra Kroetz mittlerweile zu Unsterblichen, ja Gottgleichen mutieren?

Man hätte dabeisein wollen, wenigstens in der Volksbühne, »da«, so Hebdige, »sind es vor allem die Körper, die etwas lernen. Was aber lernen sie? Das ist schwer in Worte zu fassen«, d.h., »mit Worten nicht mehr zu toppen« (Marcel Reif).

An der Nadel

Nachdem der zwischenzeitlich unverhofft und zum Glück etwas stiller gewordene Diedrich Diederichsen in »Spex« 1/97 neben etlichem anderen Krakeel der Kundschaft aber doch die bis heute weder sinnvollen noch durchschaubaren Theoreme »metaphysischer Authentizismus«, »Präsenzismus« und »popistischer Sekundarismus« der »zweiten Postmoderne« vorgestellt hatte, dokumentierte er am 21. Mai qua »Taz« auch gleich noch den Fortgang seiner persönlichen zweiten zur nunmehr dritten Postpubertätspopmoderne, indem er, abermals hochkonzentriert dem Aufsatzthema »Sport, Drogen, Jugend« zugewandt, auf zwei nicht endenden Seiten u.a. die Drogengewohnheiten der Beatgeneration, Janis Joplins und Lou Reeds - bei allen marginalen Differenzen - als vorbildlich genußreiche »individuelle Verweigerung« feierte. Denn Vorbilder brauchen der Popmagister h.c. und seine Zuhörer wie nichts zweites, zumal dann, wenn das eigene Stammeln und Stümpern zur irgendwie theoretisch frisierten Gegenwartsdiagnostik aufgespreizt werden muß.

»Der Tod der heroinsüchtigen Frau hat immer noch eine besondere Bedeutung, weil sie einen Körper wegwirft, der nicht nur der Produktion, sondern auch der Reproduktion zu dienen hat«, fällt Mr. »Yo!« angesichts der vordem elend leidenden Joplin ein. Und während heutzutage Jugendkultur an gesellschaftliche Unterwerfung fordernden Normen wie Fitneß, Sportivität usw. orientiert sei und somit den »Übergang von Disziplinar- in Kontrollregimes« markiere oder nachvollziehe, war früher schlankweg alles besser: »Radikaler individueller Einspruch gegen die Disziplinargesellschaft war es, Heroin zu nehmen, um den Preis, die Negation der körperlichen Anrufung zur Negation des Körpers selbst zu treiben, ihn zu vernichten. Was dieses spirituelle Heroin sein könnte, das die kontrollierenden Effekte und Anrufungen der neuen Praktiken des Selbst negiert, ohne die Seele selbst zu töten, bleibt zu bestimmen.«

Ob nun Körper oder doch nur Seelen oder auch seelische Körper zugrunde gehen - im Verlauf der sozusagen nichtkörperlichen und genausowenig seelisch-depravierenden Körperinversion? Bzw. Körperüberwindung (Tod, »Death«)? Resp. umgekehrt? Es ist egal. Eine Abfolge von »Stadien der disziplinierten Existenz, von Birth-School-Work-Death« nennt Diederichsen jene bürgerliche Existenz, aus deren Enge die Vernichtung des Individuums nicht auf Krankenschein, sondern auf Meskalin, Kokain, Heroin herausführe, dem prächtig qualvoll unkontrollierten Drogenende zum Lobpreis. Ein außer Kontrolle geratener schlaumeiernder Leary-Lowry-für-nasebohrende-Gymnasiasten macht sich hier bemerkbar, ein blinder Laberer, dem andererseits schon zwei bis drei Blicke in die Welt jenseits seiner komischen Redaktion genügen könnten, um wenigstens das Schreiben einzustellen. Wenn nicht, sollten genesene (und ob mieser Verbürgerlichung von Diederichsen getadelte) Heroinheroen wie Lou Reed des Meisterdenkers Referate diesem einmal nur sacht um die Ohrwascheln hauen - auch wenn er wahrscheinlich unbeeindruckt erneut fortjohlte über »die unpolitische Seite der Drogen: ihr Mißtrauen gründet nicht (nur) auf Kritik, sondern auf dem primitiven Empirismus des Authentizismus.« Und über v.a.m., über Drogen vielleicht, die nicht nur mißtrauen, sondern Vertrauen in den Glauben wecken, daß selbst solch Ballaballatäterätätä gottobhutlich gewollt sein muß.

Worte Helmuts

»Wenn ich als einer, der ein Jahr in Frankfurt studiert hat, einmal so persönlich sagen darf: Die Vorstellung, daß man in dieser Stadt zwischen dem Gebäude der Europäischen Zentralbank und der Deutschen Bibliothek hin- und herlaufen kann, regt zu vielen erfrischenden Ideen für die Zukunft an«, dekretierte der Ewige Kanzler anläßlich der Eröffnung des Neubaus der Deutschen Bibliothek am 14. Mai 1997. Ich aber, der ich das Fünf- und Mehrfache an selber Stätte hantierte und hantiere, behaupte: Die Deutsche Bibliothek wurde in einem asbestfreien, lockeren, fast zierlichen, anthrazitfarben getafelten Gebäudekomplex mit an günstigen Tagen freundlich illuminierten, sehr brauchbaren Arbeitsplätzen und einer sonnenerwärmten Cafeteria, einem Forum, auf dem öffentliche Angelegenheiten bewerkstelligt werden können (Skateboard, Reden, Dosenbiertrinken), und sonstigen Annehmlichkeiten untergebracht. Der Regierende indes eröffnete angesichts fehlender Eindrücke in dieser Richtung seine Ansprache wie folgt: »Dies ist ein großer Tag für die deutsche Bibliothek, für das deutsche Geistesleben und für unser ganzes Land. Es ist ein Tag der Freude! «

Es könnte, zieht man die jedem Monumentalstil abholde, angemessen nüchterne und zuweilen südeuropäische Ferienanlagen imitierende Architektur in Betracht, bei diesem einen Tag »nationaler Identität« bleiben, an dem es um die einende (»Deutschland«) und die integrative (»Europa«) Kraft des Wortes so windstark wallte: »Der Neubau« nämlich, betonte der Kanzler, setze »einen Schlußstein in eine der zahlreichen Brücken, die wir gemeinsam bauen, um die Folgen der Teilung Deutschlands zu überwinden.«

Quadrierte Negation

In der Abschlußtabelle der Fußball-Bundesliga-Saison 1996/97 belegt der TSV 1860 München mit dem siebten Rang einen Platz, der zur Teilnahme am UEFA-Cup berechtigt. Weil man dreißig Jahre auf diesen (nach Verlauf der Rückrunde absehbaren) Erfolg hatte warten müssen, lud die Vereinsspitze unter Führung Karl-Heinz Wildmosers ihre zuverlässige »Truppe« gleich am letzten Spieltag zum Essen ein. Vor Ablauf einer Stunde rannten jedoch sämtliche fußballaktiven Mannen in die Disco, der Präsi saß plötzlich alleine da und sah ziemlich »dumm aus«. Kein Wunder, daß die Angelegenheit einen regelrechten »Feier-Krach« (»Bild München«) nach sich zog. Der gedemütigte Wildmoser bezichtigte Kapitän Manni Schwabl schließlich sogar des Drahtziehens. Doch »der Holzkirchner« parierte: »Das sind nur emotionale Äußerungen des Präsidenten, faktisch falsch und absolut unwahr.«

Nächstes Jahr soll's nicht mehr vorkommen.

Konkret 07/97, S. 48

Kay Sokolowsky

Triumph des kleinen Hinterteils

Der deutsche Film gilt wieder was im eigenen Land. Freilich nur dort. Das nationale Kulturgut zu feiern, ließ Innenminister Kanther die Branche in Berlin antreten und gönnte ihr eine Show, wie man sie in Hollywood bestimmt nicht zu sehen bekommt

Das neue deutsche Filmwunder hat drei Gesichter: Eins gehört Til Schweiger, das andere Katja Riemann, das letzte Veronica Ferres. Daß diese Gesichter, aus der Nähe betrachtet, nach nichts aussehen, ist dabei gar kein Wunder. Denn auch ihre Filme haben weder Charakter noch irgendwas Besonderes, sondern allein den erklärten, ja verbissenen Willen, wie *großes Kino zu* wirken. Ihrem Publikum reicht freilich bereits die Simulation; es hat hier eine autosuggestive Leistung statt wie, ziemlich simultan und eng verwandt, bei der sogenannten »deutschen Spaßkultur«. Gleichwie kein Mensch, und gleich gar kein Schmock, zu beschreiben vermag, was »Comedy« sein soll, weiß auch niemand so genau, was denn nun *großes Kino* ist. Mit Kunst hat es, soviel steht immerhin fest, eher nichts zu tun; jedenfalls redet niemand, der das neueste deutsche Filmwunder beschwört, viel davon.

Das *große* Kino, made hierzulande, möchte unterhaltsam sein, also meidet es jeden Esprit; es will seine Zuschauer verzaubern, also macht es um sich selbst einen Hokuspokus von beträchtlicher Peinlichkeit; es will Glamour erzwingen, also krähen Kleindarsteller wie Schweiger - die schon sechs Längengrade westlich von Babelsberg, nämlich in Cannes, keine Seele um ein Autogramm anginge - bei jeder Gelegenheit, sie seien wahre Stars. Nichts als Gefuchtel und Geplärr: Ich bin ein Knastfilm!, schreit »14 Tage lebenslänglich« in jeder Szene und weiß doch gar nichts übers Gefangenenelend als die Bilder, die Regisseur Roland Richter in »Lock Up« oder »Runaway Train« gesehen hat. Dies ist eine Gesellschaftssatire! dröhnt es aus jeder Einstellung von »Rossini«, aber über die Gesellschaft weiß das Stück fast so wenig wie von Satire, und die Eleganz, mit der es prangt, wurde zu gleichen Teilen bei George Cukor und Preston Sturges zusammengeraubt.

Mit der Wirklichkeit des erweiterten Deutschland resp. der eingeschrumpften Einen Welt hat dieses *große* Kino kein bißchen zu tun und will es auch nichts zu schaffen haben - was man ihm nicht weiter vorwerfen dürfte, wäre sein Eskapismus ein Reflex auf die herrschenden, unerträglichen Zustände. Er ist jedoch bloß das Ergebnis einer massiven, gewollten Weltfremdheit. Sogar der einzige Film der letzten Saison, der sich um die Verlierer der waltenden Verhältnisse kümmert, Wolfgang Beckers »Das Leben ist eine Baustelle«, offenbart sich rasch als, immerhin gelungene, Hommage an den Truffaut der späten Sechziger. Die, scheint's, hochsymbolische Plazierung des Films in Groß-Berlin würde kein Aas bemerken, kämen nicht zuweilen Autos mit einem »B« im Nummernschild auf die Leinwand: Soviel Angst hat mittlerweile selbst der Autorenfilm davor, die Provinzialität einzugestehen, die weiterhin und unweigerlich jedem Film anhaftet, der in Deutschland spielt.

Das *große* Kino aus deutschen Studios definiert sich nicht über seine Geschichten (es hat keine, die der Rede wert wären), auch nicht über seine Ästhetik (die nicht bloß von Film zu Film, sondern von Szene zu Szene differiert). Es konstituiert sich durch die schamlose Imitation eines »Hollywood-Stils« - den in Hollywood kein Mensch beherrscht - und, was noch wichtiger ist, durch die forcierte Lüge, man habe diesen Stil, diesen Glamour und diese *Leichtfüßigkeit* mittlerweile besser drauf als die Erfinder. Der neudeutsche Erfolgsfilm verschafft sich ein Selbstbewußtsein nicht durch seine Einspielergebnisse - die, gemessen an »Mission: Impossible« oder »Twister«, tatsächlich Erdnüsse sind -, sondern durch die unentwegte Behauptung, man habe wieder Selbstbewußtsein. Vor allem aber verleiht der deutsche Film sich Identität durch seine rein kulturell motivierte Kampfansage an dasselbe Hollywood-Kino, das man ungescheut nachahmt. Das man allerdings nicht haßt, weil es so genormt ist, sondern weil es so viel besser genormt und geformt ist als die eigene Ware.

Die deutsche Filmindustrie darf sich also einerseits freuen über den Zuspruch der Eingeborenen und muß andererseits damit klarkommen, daß sie auf den Märkten, wo das wirklich große Geld zu holen wäre, denen in Übersee, keine Glasperle erbt. Derlei erzeugt Größenwahn und Minderwertigkeitsgefühle zugleich, und das wiederum führt zu Veranstaltungen wie der »Nacht der Stars«, der öffentlich-rechtlichen Verleihung des Deutschen Filmpreises am 6. Juni. Die »Nacht« war allerdings gar keine Nacht, sondern ein Abend, und sie hatte auch keine Stars, sondern nur Mario Adorf und Iris Berben vorzuzeigen. Es ging, mittels Filmband in Silber und Gold, um die amtliche Absegnung des neuesten nationalen Spielfilms. Und der heißt: »Rossini« (viermal Gold bzw. 960.000 Mark). »Für mich und die Bavariafilm«, versicherte eilfertig einer der Produzenten dem stahlhart strahlenden Preisstifter Manfred Kanther, »ist dies ein Ansporn und eine Verpflichtung.« - »Glückauf!« blaffte der seine Lieblinge an, »Glückauf für die Zukunft!« Was als deutsche Antwort auf den Oscar verkauft wurde, war tatsächlich eine Ordensverleihung. »Film«, heißt es in »Rossini«, »ist ein Multi-Millionen-Stahlgewitter«; und ließ sich schon bei Dietls untotem Stück nicht recht ausmachen, ob diese Losung ernst oder ironisch gemeint sei, sorgte die Regie des Festakts durch zweifache Einblendung des Zitats dafür, daß man den Satz bestimmt nicht mißverstehen konnte, und erst recht nicht die Parole, die ihm folgte: »Dann können sie einpacken, die Amis!«

Dabei packen die gerade erst aus. Der ökonomische Erfolg des neudeutschen Films verdankt sich nämlich zuerst der Marketingerfahrung und den Produktionstips, die amerikanische Paten den deutschen Stümpern voraus- und gnädig mitgeteilt haben: »Knockin' on Heaven's Door« z.B. wird von Buena Vista, d.h. Disney, vertrieben. 80 Millionen potentielle Kunden sind eine Versuchung, der ein guter Player schwerlich widerstehen kann, und die wiedergeborene Liebe der Deutschen zu ihrem Heimatfilm (der im letzten Jahr auf 37 Prozent Marktanteil kam) wird ein guter Geschäftsmann nicht etwa bekämpfen, sondern nach Kräften ausbeuten. Der ökonomische Krieg, in dem sich jede Industrie jedes Staates permanent befindet, ist, was den Film betrifft, in Deutschland längst entschieden, und zwar für die USA.

Eine Ahnung davon scheint auch die Veranstalter der »Nacht der Stars« angeweht zu haben. Also wurden für ihr *Lebenswerk* keine alten Ufa-Fressen, sondern die einst entzückende, heute sehr klapprige Jennifer Jones und der einst schweragile, heute sehr wacklige Billy Wilder vergoldet. Das bewunderte, beneidete Hollywood mußte in der Show schon vorkommen, durfte jedoch allein in Gestalt seiner vergreisten Vertreter erscheinen. Wie rundweg verhaßt den Juroren und der Showintendanz die beiden Preisträger waren, verrieten die Filmclips, die ausgewählt wurden, das Oeuvre der Ausgezeichneten zu illustrieren. Das heißt: die Ausschnitte, die nicht gezeigt wurden. Der bedeutendste Film von Jennifer Jones, »Duell in der Sonne« - ein Stück von so massiver Sinnlichkeit, daß »Superweib« Ferres, um daneben auch nur für fünf Pfennig erotische Präsenz zu entfalten, sich schon die Brüste um die Backen binden müßte -, und die vollkommenste Arbeit von Billy Wilder, »Das Apartment« - gegen das die kurrente deutsche Filmkomödie sich ausnimmt wie ein Furz neben einem Vulkanausbruch -, kamen in den Clips gar nicht erst vor. Versessen darauf, die deutsche Antwort auf die Oscar-Verleihung mit Glanz und Weltläufigkeit zu versehen, griff man wahllos in die Wundertüte und nutzte doch wie besessen die Gelegenheit, die beiden Hollywood-Legenden steinalt aussehen zu lassen.

Eine selbst für hiesige Verhältnisse außergewöhnlich dilettantische Inszenierung half dabei kräftig nach. Ausgeleuchtet wie im Sektionssaal, erschienen auf der Bühne, die in Hangar 6 des Flugplatzes Tempelhof errichtet worden war, alle Beteiligten, ob jung ob Kanther, fahl und faltig wie Gespenster; die Tonmischung erzeugte aufs Täuschendste das Air einer Leichenhalle; und die Texte, die »Consultant« Hellmuth Karasek und seine Schreibkräfte auf die Teleprompter gemalt hatten, erreichten locker die Gelächterfrequenz einer Begräbnisrede. Offensichtlich - Deutsche haben das nicht nötig - war der Krampf zuvor nicht geprobt worden, was säkulare Peinlichkeiten ermöglichte wie z.B. die neben jeder denkbaren Skandierung liegende Hölderlin-Rezitation, mit der Esther Schweins ihre Preisrede auf den »besten Nebendarsteller« einleitete. Dem furchtlosen Bekenntnis der Produzentin Regina Ziegler zu Pfusch und Dorftrottelei mochten auch die Kameraleute nicht im Wege stehen, also standen sie sich unablässig selber im Weg.

Daß die Preisträger bei ihren Dankesreden sofort darauf hinwiesen, wie »unvorbereitet« die Ehrung sie träfe, wäre gar nicht nötig gewesen, um jeden Zweifel daran auszuräumen, daß sie Tage, wo nicht gar Wochen zuvor Bescheid bekommen hatten: Schon mit dem ersten Zwischenschnitt auf den Innenminister war alles klar, denn zu seiner Linken hatte Frau Ziegler die Ferres und Helmut Dietl plaziert. Die Mißratenheit der Inszenierung wirklich singulär machte aber erst die Mistress of Ceremonies, Sabine Christiansen. Was sie dort zu suchen hatte, bei einer Filmpreisverleihung, wußte sie vermutlich so wenig wie irgendeiner der geschätzt 2000 Saalgäste; aber, scheiß die Wand an: So viel Ahnung von der Sache wie Karasek brachte sie allemal mit. Und natürlich war sie nicht aus reiner Verlegenheit zur Moderatorin erkoren worden. Es ging um eine offizielle Kulturkampf-Erklärung an die USA, und dafür ist die bekannteste Journalistin des Landes allemal geeigneter als irgendein Profi.

»Der deutsche Film gehört wieder zu den Tagesthemen«, verkündete Frau Christiansen zum Geleit. »Lange nicht mehr habe ich mich bei deutschen Filmen so wohl gefühlt wie jetzt. ... Sogar ein kleines Hinterteil kann inzwischen Schwarzenegger überholen: Klasse!« Im Synonym aber steckt bereits die ganze Lüge der Veranstaltung und in der Metapher die miese Propaganda, auf die sie hinauswill: Ein »Hinterteil« ist noch lange kein Arschloch, und wiewohl weltweit, d.h. in Deutschland, erstaunliche 3 Millionen Zuschauer den Moers-Film absolviert haben, wäre es mit Schwarzeneggers Karriere für immer vorbei gewesen, hätte er mit »Eraser« nicht ein zehn Mal größeres Publikum versammelt, weltweit.

Was immer in dieser »Nacht der Stars« über den deutschen Film verlautbart wurde, war geprägt von Autismus: Gastredner Eberhard Diepgen phantasierte davon, man sei »international wieder konkurrenzfähig«, obwohl die internationalen Konkurrenten, also Michael Eisner von Disney oder David Geffen von Dreamworks, nicht mal ihre Chauffeure vorbeigeschickt hatten; ein Zwei-Minuten-Clip Ober den Genius loci, den Flugplatz Tempelhof, sollte dessen Relevanz für die deutsche Filmgeschichte vorführen, zeigte aber genau dafür genau gar kein Beispiel und vergaß nebenbei glatt tausend Jahre der übrigen Geschichte; und Manfred Kanther, offenbar enthemmt von zwei Stunden zur Rechten der Ferres, schnarrte ins bunkerartige Rund von Hangar 6: »Im Kulturbereich, da wird nicht gekürzt.« 960 »Kilo« (H. Tomayer) Subvention für einen Film, der sie nicht nötig, der seine Mark längst eingespielt hat, wollen eben gerechtfertigt sein.

Das Schlußwort, die Heiligsprechung des neuesten deutschen Films, die gültige Engführung von Größenwahn und Geschwätz gebührte aber, und zu Recht, Frau Christiansen: »Der Film gilt als die Kunstform des 20. Jahrhunderts, und ich freue mich, daß es zum Ende des Jahrhunderts noch einmal so spannend wird für den deutschen Film.« *Noch* einmal? Ob

ihr einer gesteckt hat, daß einer der größten Erfolge des deutschen Films, »Die goldene Stadt« von Veit Harlan, einst 31 Millionen zahlende Zuschauer gezogen hat? Freilich in den Grenzen von 1941.

Konkret 07/97, S. 50

Erwin Riess

Supermarkt der Ethnologen

Der Rassist, der sich dem »Krüppel« zuwendet, spricht, auch wenn er vorgibt, kulturgeschichtliche Studien zu betreiben, immer in eigener Sache

Gott, der Urheber der Naturen und mitnichten der Gebrechen, habe den Menschen *recht* erschaffen, sagt Augustinus, der Kirchenvater. Bei der Auferstehung des Fleisches zur Ewigkeit werde die Größe der Leiber jenes Ausmaß haben, das dem Alleszermalmer zu Gesicht steht. Und der beschädigte Körper werde zurechtgehauen, oder, falls die Verstümmelungen zu schwer seien, ausgeschieden. In den Mißratenen, die dazu ausersehen sind, die Wollust des Weibes und deren Anziehung auf den Mann zu büßen, sei die Erbsünde, der freie Wille, inkorporiert. Die Gezeichneten seien die Wiedergänger des verlorenen Paradieses. Im Krüppel komme die von Gott verdammte Welt zu sich.

Die kulturgeschichtliche Studie des Ethnologen Klaus E. Müller knüpft nicht nur im Titel - *Der Krüppel. Ethnologia passionis humanae* - bei Augustinus an. Quer durch die Zeit und alle Kulturen versammelt sie unzählige Beispiele der Ermordung, Unterdrückung und Entwürdigung von Außenseitern, die vom Autor »Randständige« genannt werden, als wolle er damit zu verstehen geben, daß die an den Rand der Gesellschaft Gedrängten auch am Rand jenes Abgrunds stehen, der die Zivilisation von der Barbarei trennt. Das Buch will ein »leidenschaftliches Plädoyer für eine neue Sicht des versehrten Lebens« sein, doch ist das Gegenteil der Fall. Weder ist der ethnologisch-anthropologische Blick auf Behinderte neu - der rassistische Verwandte schimmert immer wieder durch - , noch handelt es sich bei dem Buch um eine Streitschrift. Die ganze Leidenschaft des Autors ist vielmehr darauf gerichtet, unter Zuhilfenahme gestelzter Kapitelüberschriften (»Ungestalt, Weltgestalt, Weltgestaltung, Topometrie, Ideometrie, Daimonogonie, Transmutation«) gedankliche Arbeit vorzugaukeln. In einem Punkt allerdings muß der Klappentext vor dem Buch in Schutz genommen werden: Spricht der von »versehrtem Leben« und »behinderten Menschen«, so ergeht der Autor sich in perhorreszierenden, die Andersgeartetheit übertreibenden Vokabeln. Insofern ist der Titel des Buches auch übles Programm. Nicht die Wirklichkeit des Lebens behinderter Menschen während einer gewissen Zeitspanne in einem bestimmten Land oder einer Region interessiert den Autor, nicht der Vergleich von materiellen Lebensverhältnissen mit dem jeweiligen zivilisatorischen Niveau, nicht die Arbeit der Kritik treibt den Ethnologen um, sondern die abstrakte Tätigkeit des Anhäufens bewußtloser Fakten. Und so plaudert der Ethnologe detailversessen über das Fremde im Spiegel der Kulturen, aber leider ohne Zusammenhang. Zwar finden sich in dem Buch auch beachtenswerte Informationen, wie die Mitteilung, daß sibirische Schamanen sich vom Gift des Fliegenpilzes, wenigstens sieben Stück während einer Séance, berauschen lassen oder aber eine Flasche Wodka trinken - was der Unkenntnis über die Dosierung des halluzinogenen Pilzes endlich Abhilfe schafft. Auch die Nachricht, daß die Washo in Nevada in den Weißen urzeitliche Wesen sahen, die schnell die Selbstbeherrschung verlieren, soll nicht achtlos abgetan werden. Dieselbe Behinderung hielt der bayrische Pfarrer Helmold von Bosau Mitte des zwölften Jahrhunderts in seiner Beschreibung der westslawischen Wagrier fest, indem er den heidnischen Anwohnern des Plöner Sees im heutigen Schleswig-Holstein beunruhigende Impulsivität attestierte, eine Eigenschaft, die bei den heutigen Plönern so selten anzutreffen ist, daß man sie als Vorzug anzusehen geneigt ist.

Doch sind Beispiele dieser Art dünn gesät; meist verleiden ermüdende Aufzählungen die Lektüre: Die Lolo in Yünnan bezeichnen adelige Familien als »Schwarzknochen«, im Gegensatz zu den Gemeinen, den »Weißknochen«; während bei manchen Turkvölkern die umgekehrte Begrifflichkeit herrscht. Bei den Balahi in Zentralindien sieht man über Geisteskranke hinweg, die vornehmen Hunzas im Hindukusch heiraten aus rassenhygienischen Gründen keine Angehörigen der Unterschicht, die Mbuti, zentralafrikanische Pygmäen, setzen Poliogeschädigte als Clowns ein, die Konkomba im Norden Ghanas wähnen sich am schönsten Ort der Welt, und so fort mit all den Behinderungen, die menschliches Leben erst ausmachen.

Während Müller seinen Blick in die Ferne richtet, ging Georg Christoph Lichtenberg vor zweihundert Jahren den umgekehrten Weg. Er attackierte die rassistische Modeströmung der Physiognomik, die im Deutschland des späten achtzehnten Jahrhunderts ihre erste Blüte erlebte. (Die zweite erfolgte als Phrenologie oder Schädelkunde unter den Nazis.) Der Marotte, aus der Form des Gesichts und des Schädels den Charakter einer Person zu erschließen, war sogar Goethe einige Zeit erlegen, worüber er in Dich*tung und Wahrheit* nicht ohne Scham berichtet. Lichtenberg hingegen machte sich bereits 1778 über eine Wissenschaft lustig, die einer platten Nase Schadenfreude zuordnete. Wenn man nun einem Menschen die Nase plattdrückt, wird der dann schadenfroh? fragte er und demonstrierte an Shakespeare, welche Funktion Physiognomik allein haben kann - eine denunziatorische. Shakespeare sei kein Physiognomiker, sondern ein Meister der Pathognomik, der Körpersprache, gewesen. Nicht zufällig erlangen die Regieanweisungen mit diesem Autor eigenständige literarische Qualität. Nicht die Beschaffenheit des Körpers, sondern dessen Bewegung interessiert; nicht um das Instrument als solches ist es ihm zu tun, sondern um Art und Umfang seiner Anwendung. Physiognomik verwendet Shakespeare, so Lichtenberg, nur selten und dann immer als Mittel, die physiognomisch urteilende Person bloßzustellen. So, wenn er die

eifersüchtige Kleopatra nach der Gesichtsform ihrer Rivalin Octavia fragen läßt. Bis zum Fehler rund, ist die Antwort des Kuriers, und die Ägypterin ist zufrieden.

Wo Lichtenberg die Frage stellt, ob das Fleisch der Richter des Geistes sein soll, hat der Ethnologe die Antwort schon gegeben. Was einst als platter Utilitarismus und Sozialdarwinismus Totalität beanspruchte, unterliegt im Zeitalter der Kulturindustrie der Abfolge der Moden. Folgerichtig läßt Müller den Krüppel daher zuerst während eines Einkaufsbummels auftreten: »Bucklige, Zwerge, Klumpfüßige, Schiefgewachsene, partial Gelähmte mit ihren gleichsam zögernden, unsicheren Trippelschritten oder Verhaltensgestörte, deren Erscheinung ein seltsam rhythmisches Zucken durchfährt, heben sich rasch und überdeutlich vor dem Hintergrund des maßvoll strömenden Straßenbilds ab. Vielleicht aber bleibt der Einkaufsbummel auch ungestört von derartigen Eindrücken. Man läßt sich mitziehen im Strom der Passanten, verweilt vor einem Schaufenster mit kunstvoller Dekoration ... und blickt unvermittelt in ein von Brandmalen entstelltes Gesicht oder sieht sich, drei Schritte weiter, plötzlich einer wahren Fratze gegenüber mit tiefliegendem Haaransatz, funkelnden Augen unter buschigen Brauen, platter Nase und vorstehenden schiefen Zähnen unter einem fliehenden, warzenbesetzten Kinn.«

Hüte dich vor den Gezeichneten, ist ein Schimpfwort, dem die Gezeichneten von einer gewissen Klasse der Nicht-Gezeichneten in der Welt seit jeher ausgesetzt gewesen sind, sagt Lichtenberg. Mit größerem Recht könnten also die Gezeichneten sagen: Hüte dich vor den Nicht-Gezeichneten, denn ihr Blick ist wie der von Müller grausam und voller Heimtücke: »... schon von weitem erkennt man den Hinkenden, nimmt die Krücken wahr, mit denen Beinamputierte sich ruckartig schwingend fortbewegen, oder den geradlinig gleitenden Rollstuhl mit der oft gedrungenen, wie eingefallenen Gestalt darin.«

Ein rohes Beispiel aus dem Supermarkt des Ethnologen, gewiß, aber ein mit Fleiß gewähltes. Jede Information, die der Autor in diesen Zeilen behauptet, ist falsch: Beinamputierte bedienen sich heutzutage in ihrer großen Mehrheit einer Prothese; wenn sie darauf verzichten und mit Krücken gehen, dann tun sie das keinesfalls »ruckartig schwingend«, denn dies würde auch einen Nichtgehbehinderten nach wenigen Schritten vom Trottoir in den Rinnstein werfen. Auch sind Menschen bekannt, die zum Zweck der Fortbewegung eines Rollstuhls sich bedienen und keineswegs eine gedrungene Gestalt aufweisen; es finden sich unter den Rollstuhlfahrern austrainierte Sportler und kugelbauchige Liebhaber des Gerstensafts ebenso wie Asketen und Schokoladesüchtige, Streckenschwimmer und Kaffeehausgeher, Bewunderer der Bergwelt und Adoranten der Tiefebene, Zärtlichkeitsfanatiker und Anhänger der strengen Zucht. So klein kann eine Gruppe gar nicht sein, daß in ihr nicht immer auch ein Defilee der gesamten Menschheit steckte. Sollte aber einmal ein Rollstuhlfahrer mit eingefallener Brust auftauchen, dann könnte diese auch davon herrühren, daß der Gezeichnete sich vom kalten Blick des Ethnologen ins Visier genommen glaubt. Dann allerdings mag es geschehen, daß die Brust des Rollstuhlfahrers ein wenig nach vorne sinkt, für einen Atemzug nur, gerade lang genug, um dem selektionierenden Blick zu entgehen. Ebenso gut könnte es aber auch sein, daß der Rollstuhlfahrer sich nur deswegen nach vorne beugt, weil er der Losung eines Jagdhundes ausweicht.

»Behinderte befinden sich auch heute noch am Pranger«, sagt der Professor - mit Recht, denn er schweigt von den behinderten Menschen und spricht lieber von sich. Der Rassist, der sich dem »Krüppel« zuwendet, spricht immer in eigener Sache. Indem er von behinderten Menschen als Objekten der Wissenschaft handelt, entblößt er seine innere Gestalt und gleicht darin einem Globetrotter, dem äußere und innere Welt ununterscheidbar amalgamiert sind, so daß er diese nur im Kleide jener anrühren kann. »Wenn sie sich in der Öffentlichkeit bewegen, gefesselt an ihren Rollstuhl, starren sie viele Menschen unverhohlen, mit einer Mischung aus Unbehagen und lüsterner Neugier an.« Das organisierte Verbrechen ist angeblich im Vormarsch, warum sollte es nicht auch Rollstuhlfahrer in seinem Sold führen, und wenn diese vom Arm des Gesetzes erfaßt und gefesselt abgeführt werden, ist die Abscheu des braven Bürgers verständlich. Dem organisierten Verbrechen wird des weiteren nachgesagt, daß es böse und geldgierig sei. Damit würde zwar weniger eine Differenz zur als eine Identität mit der bürgerlichen Geschäftswelt konstituiert; immerhin aber erschiene das organisierte Verbrechen so nur als asozial, nicht aber als unsozial, denn es befolgt gewisse Regeln und kennt Tabus. Das zeichnet es vor dem Ethnologen aus, der im Holocaust nur einen anthropologischen Betriebsunfall sieht. Nach der »überwiegend mechanischen Vernichtung von Juden, Zigeunern und Krüppeln«, so Müller, »trat eine gewisse Ernüchterung ein«, so daß nach dem Krieg nur mehr Flüchtlinge den Gegenstand von Argwohn und Mißtrauen in Deutschland bildeten. Endlich sind die Pogrome und Anschläge von Hoyerswerda, Rostock und Mölln klassifiziert: als zivilisatorischer Fortschritt. Heutzutage gehe es »im Volk eben verhaltener zu«, schließt der Ethnologe befriedigt. Und wer soll es dem Völkerkundler verdenken, daß sein eigenes »Volk«, das deutsche, ihm am nächsten steht? Wird doch mit der Verwendung des Begriffes »Volk« die Auslöschung des Denkens verkündet, denn im Volk kommt nicht das urteilende Denken, wohl aber das vorurteilende Meinen zu sich.

Wenn du einmal eine Welt schaffst oder malst, so schaffe und male das Laster häßlich, und alle giftigen Tiere scheußlich, so kannst du es besser übersehen, aber beurteile Gottes Welt nicht nach der deinigen, sagt Lichtenberg. Weil ein Nicht-Gezeichneter geruht, sein Mütchen mit geniesüchtigen Formulierungen an den Gezeichneten zu kühlen, weil Müller seinen professoralen Blick immer dem Ganzen, der ganzen Welt, der ganzen Geschichte, ja dem ganzen Universum zuwendet,

weil er seine Inferiorität, die immerhin auch die seines Faches ist, gänzlich Unbeteiligten aufhalst, weil er sie von allen Seiten begafft, aber in keinem Satz versteht, kurzum, weil Müller in seiner Studie behinderte Menschen ausschließlich als Objekte seines selektierenden Blicks mißbraucht, eignet sich das Buch nur für einen Zweck: als Handbuch für Sozialdarwinisten und Rassisten.

Aber, so mag jemand einwenden, so hat der Professor das sicher nicht gemeint, und wahrscheinlich stimmt das sogar. Wahrscheinlich ist der Ethnologe nur ein vom Krüppel faszinierter, gehemmt-furchtsamer Spießer, für den gilt, was Lichtenberg über die Wohltäter zu sagen pflegte: »Tätige Menschenliebe ohne Verstand verfehlt so gut ihren Zweck als Menschenhaß ohne Macht: so wie dieser oft mehr Gutes stiftet als Böses, so stiften jene nur allzu oft mehr Böses als Gutes. Nur mit dem traurigen Unterschied, daß ich den, der in der Absicht mir zu schaden mein Glück befördert, am Ende mit Lächeln bestrafen, hingegen den, der mich aus Menschenliebe unglücklich macht, auch nicht einmal mit gutem Gewissen verklagen kann.«

Klaus E. Müller: *Der Krüppel. Ethnologia passionis humanae. C. H.* Beck Verlag, München 1996, 353 Seiten, 58 Mark

Konkret 07/97, S. 53

Heike Runge

Buch & Deckel

Fritz Bremer: In allen Lüften hallt es wie Geschrei. Jakob von Hoddis. Fragmente einer Dichtung. Psychiatrie Verlag, 146 Seiten, 24,80 Mark

Die Literaturgeschichte erwähnt ihn beiläufig, aber respektvoll als Verfasser eines der ersten und berühmtesten Gedichte des Expressionismus: »Weltende« (1911). In den Krankenakten der Privatheilanstalt »Waldhaus«, Nicolassee bei Berlin, dagegen ist zum Fall Hans Davidsohn notiert: »Hielt sich für einen sehr begabten Menschen, glaubte, von keinem etwas lernen zu können. Pat. kaufte sehr viele Bücher, trieb zeitweise einen gewissen Personenkult. Er leistete nichts Ordentliches. Trieb sehr viel Griechisch. Hat sich dann als Schriftsteller betätigt. Machte keine Examina ... Dichtete unter dem Pseudonym Jakob van Hoddis.« Auf Betreiben seiner Mutter wird der jüdische Schriftsteller Jakob van Hoddis kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs in die Psychiatrie eingeliefert; der Beginn eines Prozesses sozialer Invalidisierung, an dessen Ende, 1942, die Deportation und Vernichtung des dreifach -als Jude, als »entarteter« Künstler und psychisch Kranker -stigmatisierten Menschen steht.

Fritz Bremer, Mitherausgeber des »Brückenschlag. Zeitschrift für Sozialpsychiatrie, Literatur und Kunst«, hat die wenigen nachgelassenen Briefe, Erinnerungen von Dichterfreunden und Verwandten sowie die psychiatrischen Gutachten durchgesehen (erschienen im Arche Verlag) und sie in seiner kurzen biographischen Erzählung In allen *Lüften hallt* es wie Geschrei verarbeitet. Literarisches Vorbild der mit unaufdringlicher Sympathie für den verwirrten Lyriker geschriebenen Erzählung dürfte die berühmte Lenz-Novelle sein. Nicht nur die Büchnersche Technik der involvierenden Perspektive, der sich Bremer hier bedient, mehr noch die Fakten der Lebens- und Krankengeschichte van Hoddis' selbst - die unerwiderte Liebe zu einer Frau, der religiöse Wahn, der Aufenthalt in einem Schulhaus als »Pflegling« - lassen immer auch an die Erzählung vom unglücklichen Dichter des Sturm und Drang, Jakob Michael Reinhold Lenz, denken.

Und noch an etwas anderes erinnert der Verfasser -an die Vorstellungen der Anti-sychiatrie-Bewegung, wie sie Ende der 60er formuliert wurden. In die reale Biographie montiert ist ein fiktives Kapitel, in dem van Hoddis auf einer Zeitreise an die Geburtsstätte der Psychiatriereform kommt. Im Triest der 70er, als die Irrenanstalten der Stadt die Türen für ihre Insassen öffneten, nimmt er teil an einem der faszinierendsten Experimente der (Anti)-Psychiatriegeschichte.

Heute, wo die banale Feststellung, daß der psychisch Kranke Therapie statt Haft benötigt, schon als Ausweis einer besonders kühnen, aufgeklärten, menschenfreundlichen Position herhalten kann, muß die Forderung nach Abschaffung der Irrenanstalten zwar seltsam anachronistisch, wenn nicht kontraproduktiv wirken; falsch ist sie deshalb nicht. »In unserer Gesellschaft gibt es viele Methoden, mittels derer gewisse Minderheiten zunächst designiert und dann in einer ununterbrochenen Folge von Maßnahmen entsprechend behandelt werden«, schrieb David Cooper 1967 in Psychiatrie und Anti-Psychiatrie, »am entfernteren Ende dieser Kette siehen kaltblütige Tötung und Massenvernichtung. «

Raymond Federman: Der Pelz meiner Tante Rachel. Faber & Faber, Leipzig 1997, 285 Seiten, 38 Mark

Daß einem zur amerikanischen Gegenwartsliteratur immer wieder nur Grisham und Crichton einfallen wollen, sagt wahrscheinlich weniger über die US-Literatur aus als über die momentane Verstocktheit ihrer Rezipienten, vor allem der Kritik. Denn obwohl es keine Hochzeiten innovativer Literatur sind, gibt es sie, Autoren, die bezweifeln, daß Literatur plötzlich am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt ist, und Bücher schreiben, bei deren Lektüre man keine Erstickungsanfälle zu befürchten braucht. Zum Beispiel, ah, Raymond Federmans improvisierter Roman Der Pelz meiner Tante *Rachel. Dieses* »ah« ist das Lieblingswort des Ich-Erzählers, eines gescheiterten Jazzmusikers und Schriftstellers, der sich entschlossen hat, sein amerikanisches Exil nach zehn Jahren auf der Verliererstraße zu verlassen, um nach Frankreich zurückzukehren, und es ist der Lieblingslaut des in *Nouillorque lebenden* Lyrikers, Romanciers, Jazzmusikers, Literaturwissenschaftlers und Hörspielautors Raymond Federman.

Formal war für diesen jüngsten Roman Federmans -in dem es um die Möglichkeiten der Literatur geht, zwischen einem Zustand »haushoher Verzweiflung und der amour fou des Lebens seilzutanzen« - die intensive Beschäftigung mit dem Medium Rundfunk prägend. Es ist ein Monolog, der die Gestalt eines Dialogs mit einem wechselnden fiktiven Gegenüber annimmt. Der oder die andere -ein Bekannter, ein Taxifahrer, eine Lektorin - bleiben stumm, gleichgültig, ob der Ich-Erzähler seine »Arschgeschichten« (Liebesgeschichten) zum besten gibt oder davon spricht, wie er »seiner >Endlösung<« entkam. Der Hintergrund seines Textes ist autobiographisch. 1928 in Paris als Kind französisch-jüdischer Eltern geboren, blieb Federman 1942 als einziges Mitglied der fünfköpfigen Familie von der Deportation nach Auschwitz und der Vernichtung verschont.

Wie Joyce setzt Federman keine Punkte, beendet keinen einzigen Satz und verzichtet damit auf die kleinen feierlichen, ihm peinlichen Pausen, wie sie nach den Regeln der Interpunktion gefordert sind. Dafür aber wird in Federmans Roman heftig geatmet. »ah ich habe genug Probleme, Probleme mit den Bienen mit Susan natürlich die hier aufkreuzen wird und mir auf die Eier gehen wird mit ihren Zärtlichkeiten, aber auch mit einer anderen Kleinen, einer verdammt niedlichen Engländerin aus Manchester, die ich vor zwei Wochen in der Metro aufgegabelt habe, hier in ... « Auch am Ende seiner Reihe unabgeschlossener Gedanken, auf Seite 282, heißt es nur - drei Pünktchen, aber kein Punkt - »wish me luck ... « Zwar bleibt der anerkannte Beckett-Forscher, Freund des 1989 verstorbenen Autors und Streiter für einen komischen Beckett auch in diesem Buch experimentellen Erzähltechniken verbunden, gewichtet aber neu, wenn er das spröd konstruierte Sprachgebilde zurückdrängt zugunsten größerer wortmusikalischer Unmittelbarkeit.

Karl Riha, Siegfried J. Schmidt: experimentelle texte. Zu beziehen über: Uni-GH Siegen, Prof. Karl Riha, Adolf-Reichwein-Str., 57068 Siegen

Angetreten war die experimentelle Literatur, der konservativen Kulturpolitik den Garaus zu machen. Zwar ging die Sache anders aus, aber, wie der Siegener Literaturprofessor Siegfried J. Schmidt sagt, »VP & KD are still alive!« Gemeinsam mit Karl Riha gibt Schmidt die seit 1983 bestehende, nicht im Buchhandel erhältliche Heft-Reihe »experimentelle texte« heraus, in der neben den Altvorderen Jandl und Mayröcker semi-prominente, zumeist jüngere Autoren wie Anselm Glück, Franzobel, Gustav Jacobsen, aber auch gänzlich unbekannte Künstler Visuelle Texte und Konkrete Poesie veröffentlichen.

Empfehlenswert vor allem der Band *ersichtlichkeiten* mit Beiträgen japanischer, russischer, amerikanischer und deutscher Künstler, die das hartnäckige Gerücht widerlegen, die Experimentellen träten seit Jahrzehnten auf der Stelle, seien verbiestert und gänzlich unwitzig. Mit den uns aus Schulbüchern bestens bekannten zittrigen Textbäumchen und Buchstabenmännchen haben insbesondere die von Hiroo Kamimura vorgestellten Sprachdesigns wenig gemein.

Konkret 07/97, S. 54

Alexander Bogner

Eugenik ohne Eugeniker

Biologischer Rassismus war nicht nur in Deutschland modern. International richtig erfolgreich ist die Eugenik aber erst, seit sie statt der »Rasse« das Individuum perfektionieren will

Die Wirkungsmacht der Eugenik blieb weder auf das nationalsozialistische Deutschland beschränkt, noch endete sie mit seiner militärischen Niederlage. Belege dafür muß man nicht suchen, das Bundesgesetzblatt liefert sie frei Haus: So wurde 1992 in Deutschland im Rahmen des Betreuungsgesetzes eine gesetzliche Regelung für die Sterilisation einwilligungsunfähiger Menschen ohne deren Zustimmung geschaffen - und damit, zu einem Zeitpunkt, als die Eugenik offiziell längst abgetreten war, an die Politik der Zwangssterilisation der Nazis angeknüpft: Mit dem Ziel, alle Behinderten zu sterilisieren, hatten sie im Juli 1933 das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« beschlossen. Endlich würden die Erkenntnisse der Rassenhygiene in die Tat umgesetzt, jubelte die deutsche Eugenik-Front damals. Aber nicht nur die deutschen Rassisten waren vom Tatendrang der Nazis angetan, auch die internationale eugenische Bewegung applaudierte beifällig. Der Generalsekretär der American Eugenics Society, Leon F. Whitney, bescheinigte Hitler bei seiner Sterilisationspolitik »großen Mut und staatsmännische Fähigkeiten«. Und auch die Kritiker, vom Gebrauchswert der neuen Regelungen überzeugt, warnten vor allem vor deren Mißbrauch gegenüber politischen oder religiösen Minderheiten. Ob Mendelisten, »fortschrittliche« Neolamarckisten, reaktionäre Weismannsianer oder Neo-Malthusianer, ob feministische oder sozialistische Erbforscher: Die Grundidee der Eugenik, daß es wissenschaftlich dingfest zu machende »Defektmenschen« (Hoche) gäbe, für die Behinderte seit jeher das Leitbild sind, ließ die Wissenschaftler sonstige Differenzen vergessen. Und die Politiker wurden aktiv: In sieben europäischen Ländern wurden in den Jahren nach 1929 Sterilisationsgesetze erlassen - teilweise von sozialdemokratischen Eugenikern erarbeitet - , für deren breite Akzeptanz die Weltwirtschaftskrise gesorgt hatte.

In seinem Buch *Die Internationale der Rassisten* stellt Stefan Kühl jetzt die eugenische Bewegung in ihrer internationalen organisatorischen und institutionellen Vernetzung vor. Seine Analyse der kaum zu unterscheidenden Standpunkte ihrer frühen amerikanischen, skandinavischen und kontinentaleuropäischen Protagonisten läßt den Schluß zu, daß im Willen zur biologischen Normalisierung stets der Umschlag in eine terroristische Methode der Bevölkerungsregulation lauerte.

Francis Galton, ein Vetter Darwins, hatte in den 1860er Jahren dem Fatalismus des evolutionären Sozialdarwinismus eine aktive Selektionspolitik zur wissenschaftlich kontrollierten »Höherentwicklung« der Menschheit entgegengesetzt. Die katastrophalen Folgen der raschen Industrialisierung machten deutsche Wissenschaftler für eine biologistische Interpretation der sozialen Probleme und damit für Galtons Ideen empfänglich. Alfred Ploetz' erster Band der *Grundlinien einer Rassen-Hygiene* (1895) leitete den Höhenflug der Eugenik ein. Mit dem ersten internationalen Kongreß 1912 in London, bei dem die Konstituierung der Eugenik als einer »Leitwissenschaft« auf genetischer Grundlage, mit einheitlicher Methodologie und standardisierten Vermessungstechniken auf dem Programm stand, nahm die Eugenik international koordiniert den Kampf gegen die Gefahr der »Entartung« auf. Angesichts der als »Kulturverfall« wahrgenommenen gesellschaftlichen Krisendynamik schien der einzig verläßliche Rettungsanker die aktive und negative Eugenik, d.h. die Züchtung »Hochwertiger« z.B. durch Steuervergünstigungen für »rassetüchtige« Ehepaare bzw » die Sterilisierung und Vernichtung »Minderwertiger«, zu sein. Dieses Sendungsbewußtsein spiegelte sich auf der institutionellen Ebene im Gründungsboom nationaler eugenischer Gesellschaften. Mitte der 20er Jahre schlossen sich über 30 dieser Gesellschaften aus 22 Ländern zur International Federation of Eugenic Organizations zusammen, in der die orthodoxe, also »rassisch« orientierte, Richtung dominierte und die Deutschen den Ton angaben.

Den besonderen Wert von Kühls Studie macht sein Interesse an der Kontinuität eugenisch-rassistischen Denkens in der Zeit nach 1945 aus, deren bisherige Vernachlässigung durch die Forschung den Eindruck erwecken mochte, daß die rassenhygienisch motivierten Verbrechen der Nazis die Eugenik für alle Zeit diskreditiert hätten. Tatsächlich ist nicht einmal die primitiv-rassistische Eugenik ausgestorben. Stiftungen und Organisationen wie der Pioneer Fund des rechtsextremen New Yorker Textilfabrikanten und Millionärs Wickliffe P. Draper und die von ihm gesponserte International Association for the Advancement of Ethnology and Eugenics kümmern sich seit den 50er Jahren um das Überleben der klassischen »Rasseforschung«, deren publizistischer Aufguß auch über Fachkreise hinaus hin und wieder für Aufsehen sorgt. Das letzte Beispiel war *The Bell Curve* des (kürzlich verstorbenen) Eysenck-Schülers Richard Herrnstein und des Politologen Charles Murray.

Kühl analysiert den Angriff der Biologisten auf die Hegemonie des soziologischen Deutungsmusters sozialer Ungleichheit anhand der psychologischen Intelligenzforschung, der heute wissenschaftlich einflußreichsten Form rassistischer Eugenik. Drei Zeitschriften aus der internationalen rechtsextremen Szene dienen dieser orthodoxen Eugenik als Publikationsforum: »Mankind Quarterly«, eine von der Northern League unterstützte Zeitschrift für »Rassenfragen«, die unter der Führung von Alain Benoist stehende »Nouvelle École« und die »Neue Anthropologie« des Neonazi-Anwalts Jürgen Rieger. Doch diese offen rassistische Internationale sitzt heute nur noch in der zweiten Reihe. Die erste Geige spielt die von Kühl so genannte

»Reformeugenik«. Das normative Leitbild ihrer »Aufartungs«-Bemühungen ist nicht mehr eine bestimmte »Rasse«, sondern der »perfekte« Mensch, für die Durchsetzung ihrer Züchtungsutopie vertraut sie nicht in erster Linie auf den autoritären Staatsinterventionismus, sondern auf die freiwillige Übernahme eugenischer Wertmuster durch die Bevölkerung.

In dem Maße, in dem die Eugenik ihren wissenschaftlichen Führungsanspruch aufgab, sich »entwissenschaftlichte«, nahm paradoxerweise ihre Bedeutung als Gestaltungsmacht zu. Nach 1945 ergaben sich mit der Durchsetzung des Überbevölkerungsparadigmas und dem Aufstieg der Humangenetik zwei Anschlußstellen für die Eugenik. So war der (rassistische) Kampf der Eugeniker gegen die »explodierende« Bevölkerung in den Entwicklungsländern stets verknüpft mit der Sorge um das genetische Niveau »des Menschen«. Und im Mittelpunkt der Humangenetik, deren angebliche Wertfreiheit für alte Rassenhygieniker wie Fritz Lenz ein ideales Sprungbrett in die neue Karriere bereithielt, steht nach wie vor die Sorge um die Qualität des Erbguts. An die Stelle des offenen staatlichen Zwangs ist aber die Dienstleistung getreten: Die humangenetischen Beratungsstellen sorgen für Angebote zur Qualitätskontrolle des Nachwuchses, die kaum mehr jemand ablehnen will und kann.

Wo steckt nun bei den Reformeugenikern der Rassismus, mag man sich angesichts des wuchtigen Buchtitels fragen? Kühls Antwort läßt uns dabei etwas ratlos zurück. Die modernen Reformer seien gar keine Rassisten, behauptet er, da sie »die Verbesserung des Erbguts unabhängig von ethnischen Unterschieden wollten«. Droht sich über einen rassenanthropologisch verengten Rassismus-Begriff nicht genau jene in der Forschung so häufig anzutreffende Unterscheidung von »guter« und »schlechter« Eugenik einzuschleichen, gegen die sich Kühl an anderer Stelle ausdrücklich sperrt? Die Emanzipation der Selektionskriterien von rassistischen Mustern durch die Reformeugenik markiert zweifellos eine Differenz zur orthodox-rassistischen Eugenik, doch dieses integrative Moment ist nicht entscheidend. Die Konstruktion des »Minderwertigen« bleibt prinzipiell - ob Mendelismus oder multiple Gentheorie - die gleiche Eugenik. Die »Ideologie der Behindertenfeindlichkeit« (Theresia Degener) als eine spezifische Form des Rassismus verkennen kann nur, wer, wie Kühl, die inhaltliche Ebene des ideologischen Phänomens Rassismus ausblendet und damit das Selbstverständnis der Akteure die Begriffsbildung bestimmen laßt.

Ungeklärt bleibt dann auch die Bestimmung des Verhältnisses von Eugenik und NS-Euthanasie. Kühl bemerkt richtig: »Ohne die eugenische Ideologie als Legitimation hätten die an der systematischen Ermordung beteiligten Psychiater, Ärzte und Pfleger keine wissenschaftliche Rechtfertigung für ihre Morde gehabt.« Die mit Binding/Hoches Schrift *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens* (1920) verschärft einsetzende Euthanasie-Debatte habe dagegen außerhalb der rassenhygienischen Bewegung stattgefunden. Tatsächlich sprachen sich die meisten deutschen Eugeniker in den 20er Jahren noch gegen Euthanasie aus. Doch Euthanasie im Nazi-Reich war mehr als ein Rückgriff auf einen außerwissenschaftlichen Diskurs in der Phase einer »verschärften Rassepolitik«. Schon Binding/Hoche fürchteten die »Herrschaft der Minderwertigen« nach dem massenhaften Sterben biologisch einwandfreier Helden im Ersten Weltkrieg. Ein genuin eugenischer Ausgangspunkt für ihre »Kriegserklärung nach innen«, ablesbar an der radikalisierten Diktion.

Die »Euthanasie«-Propagandisten bedienten sich also gezielt bei der Eugenik. Gisela Bock, Kühls Mentorin, hat vor über 10 Jahren auf den »eugenischen Rassismus« als einen »Werte-Rassismus« hingewiesen, der die gesamte Eugenik durchzieht. Das wäre vielleicht ein Ansatzpunkt, um die Verknüpfung von Rassismus, Eugenik und Euthanasie neu zu durchdenken. Andernfalls muß, da geht es Kühl nicht besser als anderen Fachkollegen, die Kontinuität der Eugenik in der Renaissance der Euthanasie-Debatte außer Sichtweite bleiben. Aber das sind Probleme, die der Historiker notgedrungen mitschleppt, weil sich Soziologen und Politologen mit dieser Thematik kaum abgeben. Kühls Geschichte der internationalen eugenischen Bewegung ist trotz dieser Einwände - nicht etwa nur mangels weiterer Studien - ein Meilenstein in der Rekonstruktion verschiedener Selektionspraktiken im 20. Jahrhundert unter dem weiten Dach der Eugenik. Sie liefert ein ausgezeichnetes Beispiel für die komplexe Beziehung von Wissenschaft und Macht.

Stefan Kühl: *Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert.* Campus Verlag, Frankfurt a.M./ New York 1997, 339 Seiten, 38 Mark

Konkret 07/97, S. 56

Michael Scharang

Der Dispens

Eine Expedition ins Zeitungsland

1.

Ich bringe diese Geschichte, die sich vor einem Jahr ereignet hat, im letztmöglichen Augenblick zu Papier. Dutzendmal schon habe ich sie Freunden erzählt. Wegen des Lacherfolgs machte ich sie von Mal zu Mal komischer und bei der Schilderung der Hauptfigur, eines Zeitungsredakteurs, verließ ich mehr und mehr den Boden der Wirklichkeit. Da wurde mir klar, daß ich mich entscheiden muß. Würde die wirkliche Geschichte, die als ganze nur ich kenne, von mir weiterhin zu einer Posse gemacht, in welcher ich die Fakten Stück für Stück dem Witz opfere, dann wäre der Wirklichkeitskern der Geschichte bald zersetzt.

Es gibt einen guten Grund, es nicht dahin kommen zu lassen: Diese Geschichte - sie geht zurück auf ein Erlebnis, das ich mit einem Redakteur namens Jäger von der Wiener Tageszeitung »Der Standard« hatte - , diese Geschichte drängt nicht nach literarischer Gestalt, sie will aber berichtet sein, da sie typisch ist für das zum Glück gestörte Verhältnis österreichischer Schriftsteller zu österreichischen Zeitungen.

Der Bericht, ich weiß, ist eine trostlose Form. Neben den wichtigen Fakten muß man die richtigen Namen wirklicher Personen nennen und als Dank dafür bekommt man statt eines Literaturpreises eine Ehrenbeleidigungsklage. Dieser Tage erst drohte mir der Schriftsteller Menasse, nachdem ich seine Probleme mit der Sprache und der Steuer geschildert hatte, mit dem Anwalt, natürlich nicht mit irgendeinem, sondern mit seinem: sicheres Indiz, daß es sich um eine leere Drohung handelt.

Doch auch eine leere Drohung bleibt auf mich nicht ohne Wirkung, was zwar nicht mehr Menasse, dafür aber Jäger zugute kommt: Ich werde im Fall Jäger die Wahrheit zurückhalten und mich auf die Fakten stützen.

Um dabei nicht vor Langeweile zu sterben, hole ich zu einem Exkurs aus. Es ist nämlich nicht so, daß die Zustände in Österreich, verglichen zum Beispiel mit denen in Deutschland, schlechter sind. Das gilt auch für die Zustände im Zeitungswesen und im Literaturbetrieb. Sie sind anders, und das nicht nur, aber auch, weil sie zeitverschoben sind.

2.

Österreich war zehn Jahre hintennach. Die anderen Länder Europas wurden nach dem Zweiten Weltkrieg, je nachdem, wo sie lagen, entweder kapitalistisch oder sozialistisch. Besonders musterhaft verlief die Entwicklung in Deutschland: Das Land wurde geteilt, der eine Teil setzte sich zum Ziel, das sozialste aller kapitalistischen, der andere Teil, das reichste aller sozialistischen Länder zu werden.

Österreich hatte andere Sorgen. Es lag weder im Westen noch im Osten. Es wurde nicht geteilt, sondern befreit. Doch man freute sich nicht darüber. Das Land war ja zehn Jahre lang von den Befreiern besetzt. Darüber konnte man nicht laut genug klagen. Kein Kapitalist, der einen Dollar, kein Kommunist, der einen Rubel in ein solches Land investieren wollte.

Ökonomisch begann die Zweite Republik erst 1955, und auch Randbereiche der Wirtschaft, wie der Literaturbetrieb, hinkten um zehn Jahre nach. Bar relevanter Verleger, die auf neue Literatur gesetzt hätten, wurde der Literaturbetrieb in Österreich von jenem Überbleibsel der Reichsschrifttumskammer kommandiert, das in der Alpenfestung Österreich hauste, sich dort aber nicht verstecken mußte, sondern - im Gegenteil - ebenso offiziell wie erbarmungslos agierte, mit der nicht unwesentlichen Neuerung, daß man Autoren nicht mehr ins Konzentrationslager schicken durfte.

Ich ließ mich 1960, aus der Provinz kommend, im Alter von 19 Jahren in Wien mit der Behauptung nieder, Schriftsteller zu sein. Daß ein solcher, wollte er veröffentlichen und mit seiner Arbeit Geld verdienen, sich an den westdeutschen Nachbarn zu wenden hatte, wurde bald auch von mir als selbstverständlich empfunden. Zuerst muß man überleben, ehe man sich die Reflexion leisten kann, unter welchen Umständen man überlebt hat.

Die Bundesrepublik Deutschland war damals Österreich zehn Jahre voraus, sie hatte die Wirtschaft so weit entwickelt, daß man nicht wie in Österreich mit dem Nachkriegsargument, zuerst Brot, dann Literatur, eine ganze Berufsgruppe abschieben konnte.

Mittlerweile scheint der deutsche Literaturwohlstand sich in eine Wohlstandsliteratur verkehrt zu haben, die mit Literatur und mit der die Literatur nichts zu tun hat. Glaubt man den Klagen, ist in Deutschland die Prosperität des Literaturbetriebs vorbei. In Österreich, wo sie später eingesetzt hat, dauert sie noch an. Hier kann der Kunstminister das Literaturbudget noch verteidigen, weil es seit kurzem erst diesen Namen verdient. In Deutschland überwiegt bereits das Empfinden, es sei schon zu lange zu viel Geld für Literatur wie überhaupt für Kunst ausgegeben worden.

Jedenfalls gibt es in Österreich immer mehr Autoren, für die es nicht mehr selbstverständlich ist, im Ausland zu publizieren, so daß nun neben den Journalisten eine zweite Gruppe von Menschen existiert, die von Berufs wegen schreibt. Das Verhältnis der österreichischen Literatur zum österreichischen Journalismus ist aber immer noch dadurch bestimmt, daß der Journalismus ein Existenzrecht hatte, die Literatur nicht, daß der Journalismus, auch wo er sich kritisch gab, übereifrig mitwirkte an den Geschäften des Staates, die Literatur aber dem Staat befremdet gegenüberstand.

Beide Haltungen sind geschichtlich bedingt. Auch die Distanz der Literatur zum Staat war mehr Reflex als bewußter Akt. Die Distanz verändert sich gemäß der veränderten Verhältnisse. Folgerichtig breitet sich in Österreich der Typ des beflissen mitwirkenden Autors unaufhaltsam aus.

3.

Österreich wurde zwar 1945 zur Demokratie vergattert, es hatte aber keine Parteien, die Partei genommen und die gegensätzlichen Interessen der Bevölkerung vertreten hätten. Vielmehr schützten die Parteien das neue Österreich mitsamt der von den Nazis geerbten Masse der Herrenmenschen vor den fremden Herren. Die Parteien taten das anfangs wahrscheinlich, weil es staatspolitisch notwendig war, dann aber, weil es sich als praktisch erwies, das Einzelinteresse, sofern es nicht genehm war, einem behaupteten Gesamtinteresse zu opfern.

Die Attitüde jeder politischen Partei, sie wirke nach bestem Wissen und Gewissen für den Staat, für die Nation, für Österreich, ist so eindrucksvoll, überzeugend und beliebt, daß schließlich der einzelne sich nicht mehr zu seinen egoistischen Interessen bekennt, sondern zum Staat. Das Abstrakte: die Verfassung, das Recht verbindet die Menschen; das Konkrete: das Einzelinteresse, die Schrulligkeit trennt sie voneinander. Der unaufhörliche Widerstreit des Verbindenden und Trennenden macht das Leben und die Lebendigkeit einer Gesellschaft aus.

Im Österreich der 2. Republik allerdings erübrigt es sich für den Staat, die anarchischen Einzelnen zu zähmen, weil diese, fortwährend aufgefordert, es dem Staat nicht schwer zu machen, sich selbst zähmen und zu abstrakten Wesen deformieren: Jeder Staatsbürger ein kleiner, wohlgeordneter Staat. Dadurch tritt jene Starre der Gesellschaft ein, wie sie nach 1945 die Schriftsteller dieses Landes, selbst an den Rand gedrängt und über ihn hinausgeschoben, so unvergleichlich dargestellt haben und darstellen.

Der österreichische Journalist, verwoben in den Staatsalltag und somit Teil der allgemeinen Starre, stand dieser Literatur bestenfalls ratlos, meist feindselig gegenüber. Und er wurde nicht müde, nach Deutschland zu zeigen, wo Schriftsteller je nach Alter entweder vorbildlich politisch engagiert oder das Gewissen der Nation seien.

Die Dinge aber liegen so: Im rasch entwickelten Westdeutschland entwickelten sich rasch jene zwei Autorentypen, die für eine expandierende Kulturindustrie am vielfältigsten nutzbar sind: der Journalist mit literarischer und der Schriftsteller mit journalistischer Ambition, Leute, bei denen man heute einen Roman, morgen eine Artikelserie, übermorgen eine Fernsehserie und überübermorgen ein Pamphlet über das Ende der Literatur bestellen kann, alles eben, was aus dem Ideenmüll zu Sprachmüll gemacht werden muß.

Das jüngste Gutachten für das Kunstministerium frohlockt, daß jene Autorentypen - sie werden respektvoll dem Kunsthandwerk zugeordnet - sich endlich auch in Österreich durchsetzen. Das ist richtig: Es ist aber weder eine Frage des Fortschritts oder des Rückschritts, sondern, wie gesagt, eine Frage der Zeit.

4.

Herr Jäger, jener Redakteur vom »Standard«, mit dem meine Geschichte begonnen hat und mit dem sie endet, ist noch jung, dennoch gehört er sympathischerweise der guten alten Zeit an. Er ist repräsentativ für jenen Journalismus, der Verantwortung trägt und schon insofern in Einklang steht mit den Parteien und den Staatsbürgern.

Jäger wächst in dieser Rolle zum Helden. Er trägt Verantwortung nicht auf die herkömmliche Art, nämlich für Artikel, die er selbst schreibt. Das wäre leicht, da jeder Artikel eines Österreichers von vornherein verantwortungsbewußt ist, wie ja auch jeder Österreicher dank seines Vereinsblattes mit verantwortungsvollen Artikeln Staat, Welt und Umwelt mitgestaltet.

Jäger schreibt nicht selbst Artikel, was seinem Stil übrigens sehr bekommt, er ist verantwortlich für Artikel, die andere schreiben, noch dazu Außenstehende. Denn diesen räumt der »Standard« löblicherweise eine knappe Seite täglich ein - streng genommen nicht für Artikel, sondern für Kommentare.

Ich rufe am 29. April 1996 Herrn Jäger an und teile ihm mit, daß ich einen Kommentar nicht nur zu schreiben, sondern auch an den »Standard« zu schicken gedenke, einen Kommentar über Herrn Thurnher, der in der Wochenzeitung »Falter«, dessen Chefredakteur er ist, Skandalöses verfaßt habe.

Nein, ruft Jäger, alles, nur das nicht. Zuerst erschrecke ich, als die breite, ausgewogene Stimme des Redakteurs sich zu einem Schreckenslaut verengt. Dann erklärt Jäger mir, daß er selber einmal Chefredakteur des »Falter« war. Würde er einen Artikel zulassen, der sich polemisch mit jenem Blatt beschäftigt, würde man daraus schließen, er, Jäger, begleiche auf diese Weise eine Rechnung mit Thurnher und »Falter«.

Ich frage Jäger, wie er so vermessen sein könne zu glauben, irgend jemand könne auf die Idee kommen, einen Text von mir mit seinem, Jägers, Tun und Lassen in irgendeine Verbindung zu bringen. Sodann kläre ich ihn über die Möglichkeiten auf, die ihm sein Beruf bietet: Er könne meinen Text zuerst lesen und dann ablehnen. Und ich füge hinzu, daß es mir absurd erschiene, wenn er, Jäger, meinen Text aus privaten Gründen, die mich bei Gott nicht kümmern, von vornherein ablehnte.

Diesem Argument zeigt Jäger sich nicht zugänglich, er läßt sein umfassendes Verantwortungsbewußtsein nicht auf schnöde Berufspflicht reduzieren. Er sieht aber, nachdem er die von mir empfohlene Hintertür verschmäht hat, auch keinen Ausweg, und so tut er in seiner Panik einen Schritt, wie er in der Zeitungsgeschichte wohl nur einmal in einem Jahrhundert getan wird: Jäger teilt mir mit, daß er sich der Aufgabe, die ich ihm abverlange, nicht gewachsen sieht, und daß er sich deshalb vom Chefredakteur von dieser Aufgabe wird dispensieren lassen.

5.

Von nun an ist meine Geschichte auch Teil der Kirchengeschichte. Dispens, im katholischen Kirchenrecht und im Österreichischen männlichen, im Deutschen weiblichen Geschlechts, der Dispens also ist beides, die Befreiung von einer Verpflichtung und die kirchliche Befreiung von Ehehindernissen.

Herr Sperl, Chefredakteur des »Standard«, teilt mir mit, daß er dem Dispensersuchen seines Redakteurs Jäger stattgegeben hat. Meinen Text verantwortet zu haben, wird für Jäger fürderhin kein Ehehindernis darstellen, und die Weigerung, einen Text zu beurteilen und ihn dann zu drucken oder zurückzuweisen, ist keine Arbeitsverweigerung. Denn Herr Jäger wurde dispensiert.

Chefredakteur Sperl macht nicht viel Aufhebens von diesem Fall. Er ersucht mich, den Kommentar zu schreiben und an ihn zu schicken. Das tue ich. Am späten Vormittag des 2. Mai ruft Sperl mich an und sagt, in der Redaktionskonferenz sei soeben festgelegt worden, daß mein Kommentar am nächsten Tag erscheint. Man habe den Text auch dahingehend geprüft, ob er dem »Falter« in der gegenwärtigen Situation schade. Man sei zu der Ansicht gekommen, der Konflikt zwischen dem Konzern »Mediaprint« und dem »Falter« sei von mir sachlich dargestellt, die Polemik gegen Thurnhers Schreibweise mit Beispielen belegt worden. Er bedanke sich und schlage mir vor, mich in Hinkunft nicht an Herrn Jäger, sondern an ihn, Sperl, zu wenden.

Kurz darauf meldet Jäger sich. Ich glaube, es meldet sich jemand aus einer anderen Welt: Offenbar kenne ich mich in der österreichischen Welt noch immer nicht gut genug aus. Er habe, sagt Jäger, den Auftrag bekommen, meinen Text in die Zeitung zu geben, doch das werde er nicht tun. Ich lege den Hörer auf, nicht willens, mit Jäger über eine Sache zu reden, von der er sich hat dispensieren lassen und die folglich vom Chefredakteur entschieden wurde.

Nach einer Stunde ein Anruf vom Chefredakteur. Wer, frage ich. Sperl, sagt er. Ich erkenne die Stimme nicht wieder. Es habe, teilt die gebrochene Stimme mir mit, eine weitere Konferenz stattgefunden, die anders als er, Sperl, zu dem Ergebnis gekommen ist, mein Kommentar schade dem »Falter«. Fassungslos lege ich den Hörer auf.

Ich berate mich mit Freunden und finde rasch die Fassung wieder. Da, wer den Schaden hat, für den Spott nicht zu sorgen braucht, wird mir nicht Rat erteilt, statt dessen werde ich mit Vorschlägen gehänselt. Ich möge meinen Text doch an die Zeitschrift »Profil« schicken, Thurnher sei dort ständiger Mitarbeiter. Oder an die Zeitschrift »News«, dessen Chefredakteur sei ständiger Mitarbeiter bei Thurnhers »Falter«.

Am nächsten Tag, dem 3. Mai, breche ich eine jahrealte Regel. Ich habe mir zur Gewohnheit gemacht, Kommentare dem »Standard« anzubieten, längere, auch literarische Arbeiten dem »Spectrum«, der Wochenendausgabe der »Presse«. Nun, da ich meinen Kommentar weder vergeblich noch umsonst geschrieben haben will, schicke ich ihn an die »Presse«, und zwar, da ich nicht weiß, wer dort für Gastkommentare zuständig ist, an die Chefredaktion.

Herr Unterberger, der Chefredakteur, ruft eine Stunde später an, bedankt sich für die Zusendung und meint, er habe mit dem Text ein Problem. Ich habe es geahnt, antworte ich und nicke einer Kopie des Kommentars, die vor mir liegt, wissend zu. Der Text, sagt Unterberger, sei um 200 Anschläge zu kurz.

Von dieser Antwort bin ich derart überrascht, daß auch ich etwas Überraschendes sagen will. Wissen Sie, lege ich los, dieser Text ist komponiert wie ein Kunstwerk, man kann davon nichts wegnehmen und nichts hinzufügen, will man nicht, daß das ganze zu Bruch geht.

Dann, antwortet Unterberger, bringen wir das Kunstwerk nicht als Gastkommentar, sondern an anderer Stelle. Ach, sage ich, und wann? Morgen.

Am 4. Mai 1996 ist in der »Presse« der nachfolgende Text zu lesen.

6.

Deutschkurs für Fortgeschrittene. Im Rechtsstaat Österreich wird zur Zeit eine Posse geprobt mit dem Medienkonzern »Mediaprint« in der Rolle des unschuldigen Täters und der Wochenzeitung »Falter« in der Rolle des schuldigen Opfers. Der Täter, so viel drang von der Probenarbeit an die Öffentlichkeit, der Täter überhäuft das Opfer mit Strafanträgen, doch das Gericht verständigt das Opfer nicht und ermahnt es nicht zu Wohlverhalten. Jedenfalls nicht rechtzeitig, sondern erst, als die Geldstrafe ins Gigantische gestiegen ist.

Das Opfer merkt entsetzt, daß aus Spiel Ernst wird. Es fühlt sich in seiner Existenz bedroht und will die ihm zugedachte Rolle nicht bis zum tödlichen Ende spielen. So verläßt es fluchtartig die Probenarbeit und rennt auf die Straße. Es appelliert an die Menschen, nicht zuzulassen, daß abscheuliches Unrecht geschieht: daß eine Übermacht, von der selbst die übermächtige »Kronen Zeitung« nur ein Teil ist, ein kleines Blatt attackiert. Folgerichtig ruft der Herausgeber und Chefredakteur des »Falters«, Armin Thurnher, auf -. »Helfen Sie uns (8)«.

Hätte er es doch mit diesen Worten genug sein lassen. Nicht nur wäre ihm sofort halb Österreich zu Hilfe geeilt, er hätte auch einen derartigen Sturm der Entrüstung gegen gefährliche Medienmacht ausgelöst, daß die Demokratie nach langem wieder aufatmend und verwundert verspürt hätte, wie wohltuend Demokratie sein kann.

Doch nein, Thurnher fährt fort: »Helfen Sie uns, indem Sie unser Thema zu Ihrem machen.« So muß ich, anstatt sogleich mit dem 3 1 er in die Stadt zu fahren, um meine Erfahrung im Barrikadenbau in den Dienst dieser Sache zu stellen, einen Artikel lesen, der mich unterrichtet, daß Thurnhers Thema der »kritische Journalismus« ist, edle Alternative zum herrschenden »dienstfertigen Kommandojournalismus«. Folgsam mache ich Thurnhers kritischen Journalismus zu meinem Thema.

Dabei erfahre ich, was mich nicht überrascht, aber doch erstaunt, daß jemand das große Wort vom kritischen Journalismus nur vor sich her trägt, um zu verdecken, wie unbeschreiblich gedankenlos er schreibt. Doch keine Angst. Eine aufmerksame Öffentlichkeit wird dennoch aus der Posse »Mediaprint« gegen »Falter« ein Lehrstück über Demokratie und Medien machen.

Thurnhers Artikel ist ein Deutschkurs für Fortgeschrittene. Denn nur Fortgeschrittene können dem Umstand, daß der Kursleiter nicht Deutsch kann, Komik abgewinnen. Etwa wenn Thurnher zum Zeichen, daß er nicht ernstgenommen werden will, die »Ernstnahme« kreiert. Oder wenn er den rechtsuchenden Menschen einen »Rechtssucher« nennt, als stünde es dem Linkssucher nicht zu, ein Rechtsuchender zu sein.

Setzt Thurnher auch noch mit aller Ernstnahme Mittel ein, wird daraus logischerweise ein »Mitteleinsatz«. Hochinteressant auch der doppelte Mitteleinsatz. Er wird dann notwendig, wenn Leute einander nicht klagen, sondern, im Stil des kritischen Journalismus, »einander wechselseitig« klagen.

Noch kritischer wird es, wenn Thurnher das beliebte anti-intellektuelle Schlagwort vom »gesunden Menschenverstand« bemüht, wobei es sich von selbst versteht, daß diesem Menschenverstand geraten wird, »sich aus der Philosophie herauszuhalten«. Denn daß gegenüber dem gesunden Menschenverstand die Philosophie blaß und krank wirkt, sagt einem schon der Hausverstand. Die Hauptsache, der kritische Journalismus - so Thurnher - ist tüchtig und gesund. Sein pausbäckiges Desinteresse an Sprache teilt er freilich mit seinem angeblichen Widerpart, dem kraftstrotzenden »Kommandojournalismus«.

Selbst wenn sich erweist, daß der bedrohte Schwache bloß der geistige Juniorpartner des Starken ist: Ich werde den »Falter«, so weit es in meiner Kraft steht, vor der »Mediaprint« in Schutz nehmen.

Wer aber wird mich vor dem »Falter« schützen?

Konkret 07/97, S. 59

Carsten Otte

Melodie & Rhythmus

Testcard - Beiträge zur Popgeschichte, 3/1997. Erscheint halbjährlich, Verlag Jens Neumann, Mainz, 28 Mark

Wenn das Urteil eines Kritikers über die Platte einer Musikgruppe sich anhört, als handele es sich um das Wort Gottes, dann kann man davon ausgehen, daß der Autor bald seinen Richterspruch revidieren wird und zwar mit den gleichen Parolen, deren Bedeutung man niemals begreifen, höchstens erahnen kann. Wenn auf dem Cover einer momentan sehr beliebten, weil häufig erwähnten Zeitschrift die Vokabelphrasen »Phonochronik, Sphären umnittelbarer Klangpräsenz, Panzerbeat, Fallgatter, Kopfstimmengesang, Motoren, Turbinen, Sirenen, Hupen, Coolness, Style, Klangverhältnisse, Diskurs-Lämpel, tribalistische Ersatzreligionen, Harsch Noise, Robotron, Organum, Kosmische Klänge, verifikationstranszendent, Trautonium, Moog, anästhesierende Desinformationssuche« gedruckt sind, dann befürchtet man etwas Ungeheures, dann will man am liebsten von dein, was zwischen den Pappdeckeln geschrieben steht, nichts wissen. Die 1995 von Martin Büsser, Jochen Kleinhenz und Johannes Ullmaier gegründete Zeitschrift »Testcard« ist eine Ausnahme, welche die Regel bestätigt, weil nur wenige »Beiträge zur Popgeschichte« sich im Modeslang erschöpfen. Rund dreihundert Seiten umfaßt jede Ausgabe der Vierteljahresschrift; die Texte kreisen grundsätzlich um einen Schwerpunkt.

In dem Heft zum Thema »Sounds« liest man zwar einerseits Sätze, deren bombastischer Sound die magere Message wegzudröhnen versucht: »Das neueste Cocooning, die Massenauswanderung moderner Subjekte ins unerreichbare Innen von Einsamkeiten, «ftips und Symbiosen, wäre ohne das Eintauchen in das tonale Menü der Soundanlagen ganz unmöglich.« Andererseits wird auf sehr clevere Art und Weise die eigene Analyse ironisiert. Der Aufsatz eines »Greifswalder Arbeitskreises für Populärkulturforschung« über die Industrienaturgeräuschgruppe »Zoviet France« zum Beispiel sprengt die obligate Meinungsmache im Pop-Metier. Das Stück hat 16 Abschnitte, wobei jeder Teil für ein bestimmtes Publikum verfaßt wurde. Es gibt unter anderem Thesen über »Zoviet France für Klangphänomenologen«, »für Techniker«, »für Musikhistorikem, »für Ideologiekritikem, »für Hip-Diskursler«, ein kurzer Text heißt sogar »Zoviet France für die Massen«. Das »Autorenkollektiv« stellt jeweils die gängigen oder weniger bekannten Vorwürfe und Stellungnahmen gegenüber der Band und ihrer Musik plausibel dar und dekonstruiert anschießend die Argumente recht schlüssig. Da die Operationen nicht mit vollem Ernst durchgeführt werden, zeigt diese Artikelsammlung die Grenzen und damit gerade die Möglichkeiten der Popbewertung.

Musik & Ästhetik, 1/2/1997. Erscheint vierteljährlich, Klett-Cotta, Stuttgart, 38 Mark

»Mit dem Erscheinen dieser neuen Zeitschrift bringen wir unsere Überzeugung zum Ausdruck, daß die Zeit dafür reif ist«, lautet der erste Satz im Editorial einer neuen Zeitschrift, die den verheißungsvollen Namen »Musik & Ästhetik« trägt, deren Herausgeber Ludwig Holtmeier, Eckehard Kiem, Richard Klein und Claus-Steffen Mahnkopf allerdings schon mit diesem ersten Satz bewiesen haben, daß sie mit Ästhetik, jedenfalls im weiteren Sinne, recht wenig zu tun haben, denn so genau weiß der Leser nicht, wofür die Zeit reif ist: für den Ausdruck, für die Überzeugung oder doch für das Erscheinen dieser neuen Zeitschrift? Falls man das Herausgeberquartett nicht mißversteht, sei die Zeit jedenfalls reif für das Blatt, weil »Ästhetik, mag sie gegenwärtig auch en vogue sein, keinen wirklich eigenen Ort besitzt, weder institutionell noch sozial, nicht in den Universitäten und ihren Seminaren und nicht in den Kunst- und Musikhochschulen«.

Darüber könnte man sich freuen, andere bedauern diesen Zustand. Den Praktikern sei die Theorie fremd und den Theoretikern die Praxis, beklagen die Wissenschaftler. In »Musik & Ästhetik« soll dieses Manko nicht aufgehoben, aber diskutiert werden. Der Laie, der »Musik & Ästhetik« liest, versteht freilich den Musiker, der auf professorales Gewäsch verzichten möchte: »Es müßte gelingen, die Neue Musik aus ihrer Sprachlosigkeit zu führen«, heißt es am Ende des Editorials, und damit die Neue Musik mit dem Schnattern beginne, sei »ein in großem Respekt vor der Sache geführter, sachkundig argumentierender und lebhaft öffentlicher Diskussionsrahmen zu schaffen, in dem eine über sich selbst sich verständigende demokratische Kultur sich artikulieren kann«, wobei ernsthaft zu bezweifeln ist, daß bei so viel Reflexivität Kommunikation überhaupt möglich ist.

In der ersten Ausgabe gibt es unter anderem einen Text von Ulrich Tadday über »Systemtheorie und Musik«, der Luhmanns Theorie einer Autonomieästhetik im sauberen Sekundärliteraturstil zu erläutern und ihre Schwächen aufzuzeigen versucht. Der Mann schreibt keinen Unsinn, sein Artikel ist nur unendlich brav, eine ordentliche Hausarbeit fürs philosophische Seminar, seine Kritik an Luhmann ist schamlos korrekt, der Text ein großer Verwaltungsakt. Warum sollte sich eine Opernsängerin mit solchem Bürokram auseinandersetzen? Selbst der sich am Popmaterial und an der Adornoschen Kritik desselben gleichermaßen orientierende Beitrag von Roger Behrens verkommt in dem Kontext von »Musik & Ästhetik« zwangsläufig zum ungenießbaren Brocken. Dabei beschreibt Behrens vortrefflich »die heimliche Funktion musikalischer

Subkultur« in der Entwicklung eines »hedonistischen Ohres«, das subversiv wirkt, nur weil es von der Übertragung der Lust auf den Tauschwert emanzipiert. »Musik & Ästhetik« ist dieser Hedonismus weitgehend fremd. Froh ist man, wenn man die Zeitschrift zur Seite legt.

Neue Zeitschrift für Musik, 2/1997. Erscheint zweimonatlich, Musikverlag Schott Musik International, Mainz, 14 Mark

Im 158. Jahrgang befindet sich die von Robert Schumann 1834 gegründete »Neue Zeitschrift für Musik«, und nichts ist traditionell an diesem Traditionsblatt. Auf den üblichen Layoutschmuck wird weitgehend verzichtet, es geht um die Sache selbst und unter anderem um die Frage, womit Musikkritik sich beschäftigen soll, nachdem das »materialimmanente Fortschreiten in der Musik ... an ein Ende gekommen« ist. Rolf W. Stoll, Herausgeber der »Neuen Zeitschrift für Musik« zitiert Heiner Goebbels, der meint, daß die »letzten großen Innovationsschübe der vergangenen zehn Jahre« nicht von der Neuen Musik, sondern von der »Disco-Musik« und der »experimentellen und ... kaum subventionierten Subkultur« kamen. Die Autoren des Blattes machen sich die Geschichte nicht so einfach. Daß derlei Unterscheidungen im modernen Musikbetrieb sowieso nicht aufrechtzuerhalten sind, daß vielmehr alle Tonproduktionen, die subversiven und die mehr oder weniger klassischen, in der Gefahr stehen, vom Mahlstrom des Marktes mitgerissen zu werden, beschreibt zum Beispiel Konrad Boehmer in seiner kurzen Studie über die erledigte Dichotomie zwischen Kunst- und Popularmusik. Von der Kulturindustrie und ihren akademischen Kritikern wird das alte Schema jedoch weiterhin »als unverzichtbares Identifikationsangebot gesponsert«, wie Günther Jacob aufzeigt. Daß die »Neue Zeitschrift für Musik« sich dem Identitätstheater entzieht, liegt daran, daß sie einer zentralen Forderung von Jacob nachkommt: »Wer die Kulturindustrie kritisiert, muß ... an ihr zugleich teilhaben und nicht teilhaben. Der Selbstbewegung des Objekts vermag nur zu folgen, wer es kennt, ihm aber nicht vollkommen angehört.«

Konkret 07/97, S. 60

Martin Krau , Elke Wittich

Stol der Region

Beim Relegationsspiel des FC Energie Cottbus gegen Hannover 96 geriet der rassistische Mob in Hochstimmung

Den Erfolgsfan erkennt man daran, daß er keine Ahnung hat, wie er sich im Fußballstadion zu benehmen hat. Deswegen verhält er sich so, wie es ihm richtig vorkommt. Im günstigen Fall hält er das Maul, im ungünstigen Fall stimmt er rassistische Parolen an - im ungünstigsten Fall aber heißt er Manfred Stolpe und darf nach dem Abpfiff im Fernsehen reden, was Ministerpräsidenten nach Fußballspielen immer reden, wenn sie Wert darauf legen, wiedergewählt zu werden.

Nach dem Sieg des FC Energie Cottbus im Relegation genannten Qualifikationsspiel für die Zweite Bundesliga gegen Hannover 96 Anfang Mai geht es in einer solchen Rede dann eben um den Erfolg, der auch ein wichtiger Erfolg für die wirtschaftlich darniederliegende Region und ihre geplagten Bewohner ist, und natürlich auf gar keinen Fall darum, wie sich die im Stadion versammelten Damen und Herren Wähler verhalten haben. Die tobten sich nämlich während des gesamten Rückspiels (das Hinspiel in Hannover endete 0:0, das Rückspiel in Cottbus gewann Energie mit 3: 1) in übler rassistischer Manier aus, machten Urwaldgeräusche, sobald einer der beiden dunkelhäutigen 96er am Ball war, warfen Orangen und Bananen und veranlaßten so Schiedsrichter Georg Dardenne aus Mechernich, einen gesonderten Spielbericht an den Deutschen Fußballbund (DFB) zu schicken.

Hätte Manfred Stolpe, der stolze Landesvater mit FC-Energie-Schal, im Fernsehen nicht nur darüber geredet, wie toll der Erfolg für die Region ist, sondern darüber, wie sich die versammelte Region benommen hat, er hätte staatsmännisch zum besten geben müssen, daß das gewiß Hooligans, und zwar einige wenige nur, obendrein wahrscheinlich gar nicht aus Cottbus oder der Lausitz oder Brandenburg oder den neuen Ländern gewesen wären. Hat Stolpe aber nicht, und bei aller erkennbaren Ideologie einer solchen Rede, sie hätte einen Kern Wahrheit enthalten.

Der FC Cottbus hat nämlich kaum Freunde der dritten Halbzeit, wie man Hooligans nennt. »Die da im Stadion Uh- Uh- Uh- gerufen haben, das waren keine Leute, die zu einer bestimmten Gruppe gehörten. Das waren gerade auch die älteren, biederen Bürger«, erklärt ein Berliner Hool, der mit anderen extra zum Spiel angereist war. Auf »wenn überhaupt zwanzig Mann« schätzen die Berliner die Stärke der dortigen gewaltbereiten Szene, »dabei ist es doch so, jeder kann sich teure Turnschuhe und Markenklamotten anziehen, erklären, er sei jetzt ein Hooligan, und irgendeinen Scheiß machen.«

Der Cottbusser Fußballfan Maik (Name geändert) bestätigt diese Sicht der Dinge: »Ich fahre schon seit vielen Jahren mit meinem Verein zu Auswärtsspielen - und wir sind immer verkloppt worden, egal von wem. Dann, nach der Wende, hat die Deutsche Alternative (DA) zum Fußball mobilisiert, aber mit dem Problem sind Polizei und Staatsschutz schnell fertig geworden, diese Szene hält sich seitdem total zurück. Aber aus dieser Zeit resultiert die offizielle Einschätzung, daß wir überwiegend C-Fans (nach der Dreier-Kategorisierung A, B, C die gewaltbereiten Fans; M.K./E.W.) sind, und seitdem haben wir bei keinem Auswärtsspiel mehr Probleme gehabt. Es ist immer viel Polizei da, die auf uns aufpaßt.«

Bei den rassistischen Ausfällen im Cottbusser »Stadion der Freundschaft« waren gerade die wenigen FC-Energie-Hooligans nicht beteiligt. Der bananenwerfende Mob füllte alle Ränge, war auf der Haupt- und Gegentribüne versammelt und wird im allgemeinen Erfolgsfan genannt. Zu den Äußerungen des prototypischen Erfolgsfans, Manfred Stolpe also, fällt dem Energie-Supporter Maik nicht viel ein: »Wenn ich immer diesen Scheiß höre, von wegen die ganze Region ist stolz: Da könnte ich mich totlachen. Das ist ein total blödes Klischee. Aber ein Klischee, das sich halt gut macht. Auch die Medien sind ja mittlerweile darauf angesprungen. Überall haben sie über die arme Region Lausitz berichtet, die außer ihrem tapferen Fußballverein nichts hat. Das klingt, als seien wir alle ohne Arbeit und von der Sozialhilfe abhängig - und das stimmt ja nun wirklich nicht.«

Daß das Spiel zum Ost-West-Konflikt »hochstilisiert werden würde, war ja eigentlich schon klar, als wir in Hannover waren«, so Maik. »Da haben wir dieses Klischee ja auch voll bedient. Die 96er haben gesungen >Ihr seid Ossis, asoziale Ossis< und wir haben halt mit >FDJ, SED, Nationale Volksarmee< gekontert - und viele von uns hatten Armbinden an, auf denen stand: >Helfer der Volkspolizei<.«

Ist der um den Oberarm gewickelte Hinweis auf die DDR-Organe noch Bestandteil der fußballfannigen, mitunter hooliganisierenden Fankultur, die Fußballspiele zur Party macht, so fällt den Erfolgsfans, die mit Bananen und Orangen ins Stadion wandern, bei Volk statt Volkspolizei nur mehr Volksgemeinschaft und Volksempfinden ein. Richtige Fußballfans sind nämlich nie zufrieden. Die hatten während der langen dritt- oder viertklassigen Jahre ihres Vereins noch davon geträumt, vielleicht mal in einem vollbesetzten Stadion zu stehen, zum Beispiel einem mit anderen Aufwärmmöglichkeiten als den Abgasen vom einzigen Würstchenwagen, der obendrein auch noch spielstättenabgewandt steht, so daß man vom Match nichts mitbekommt, von richtigem Souvenirverkauf, Parkplätzen und Programmheften usw. Dieser Traum hat sich spätestens mit dem Aufstieg erledigt.

In diesem historischen Moment nämlich kommen die Erfolgsfans, die Bananen und Manfred Stolpe.

Martin Krauß und Elke Wittich bildeten bis Mai 1997 die Sportreduktion der Tageszeitung »junge Welt«. Nun schreiben sie in »Jungle World«

Konkret 07/97, S. 61

Jan Pehrke

Film & Theater

Anaconda

Regie: Luis Llosa; mit Jon Voigt, Ice Cube; USA 1996; 90 Minuten; ab 17.7. im Kino

Die beherrschende Stellung, die Naturphänomene, wilde Kreaturen und außer Kontrolle geratene Technologie im gegenwärtigen US-Kino einnehmen, ist auch dem Umstand geschuldet, daß es Hollywood derzeit an glaubwürdig zur Gegenwehr animierenden Bösewichtern mit menschlichem Antlitz mangelt. Mit der Russenmafia oder dem Mescalin-Kartell kann man keine ganze Jahresproduktion am Laufen halten. So kommen Wirbelstürme und Vulkane zu tragenden Rollen und mimen, wie das Charakterfach es vorsieht, dämonische Beseeltheit.

In »Anaconda« dreht sich alles um eine 40 Meter lange Schlange. Dank animatronischer Effekte made by Sony windet das Tier sich auf der Jagd nach menschlicher Beute recht kurzweilig Leitern hoch oder wirbelt zwecks Nahrungsaufnahme als ihr eigenes Lasso durch die Lüfte. Um diesen Attraktionswert herum hat Regisseur Luis Llosa einen ganz soliden Abenteuerfilm gebaut, der mit dem tropischen Regenwald als exotischem Schauplatz, einem die unterschiedlichsten Temperamente aufweisenden TV-Team und einem raffgierigen Zoo-Belieferer aus den üblichen Zutaten zusammengestellt ist.

Aber nach mehr als »Dienst nach Vorschrift« sieht dieses »Gewußt, wie« nicht aus. Abgesehen von einem leichten Öko-Odeur unternimmt der Regisseur keinerlei Anstrengungen, der Auseinandersetzung zwischen Mensch und Tier eine Dimension abzugewinnen, die über die Präsentation der special effects hinausginge. Seit »Speed« befindet sich Hollywood in der Phase purer Transparenz, in der die Filme sich ohne Rest ausstellen. Meist wirken sie dann wie der bloße Nachklapp zu ihren eigenen Werbetrailern. Wenn bei der erzählerischen Verschlankung ein solcher Abstraktionsgrad erreicht wird wie beim Prototyp, mag das noch seine Reize haben, aber schon aus de Bonts Nachfolge-Modell »Twister« wehte einem nur dumpfe Leere entgegen.

Suburbia

Regie: Richard Linklater; mit Giovanni Ribisi, Steve Zahn; USA 1996; 120 Minuten; ab 3. 7. im Kino

Auf so ein formloses Gebilde, wie es ein amerikanisches Suburb darstellt, das nur aus einem Einkaufszentrum, einer Tankstelle und endlosen Reihen uniformer Einfamilienhäuser besteht, kann es keine politische Antwort geben. Der gartenzwergbewehrte Sinnlosigkeitsterror führt bei sensibleren Gemütern allenfalls zu der Anstrengung, sich der eigenen Existenz durch Kunstproduktion zu vergewissern, oder aber directement zu Selbstzerstörung durch Alkohol oder Drogen. Diese Erkenntnis legt Richard Linklaters »Suburbia« nahe.

Die Seitenfront eines Tankstellen-Gebäudes in Burnfield dient einer fünfköpfigen Clique als Hangout. Jeff ist die Stadt so aufs Gemüt geschlagen, daß er mit der ganzen Welt hadert, Buff trägt es mit Humor, Tims Landflucht via Armee ist fehlgeschlagen, Bee-Bee hat gerade einen Entzug hinter sich, und Sooze träumt von einem Kunststudium in New York.

Das Auftauchen ihres ehemaligen Kumpels Pony, der draußen in der Welt als Musiker zu Ruhm gekommen ist, bringt sie in ihrer Zeittotschlag-Routine durcheinander. Nachdem die erste Wiedersehensfreude verflogen ist, weicht die herzliche Stimmung einem unterschwellig-aggressiven Gebräu aus Neid, Showbiz-Ressentiment und Karriere-Begehrlichkeiten. Man sieht sich durch Ponys Beispiel herausgefordert und zu einer Überprüfung seiner Lebenseinstellung gezwungen. Am Ende trägt die Burnfield-Fraktion einen zweifelhaften Sieg davon. Jeff, Tim und Bee-Bee, die am Ende der langen Nacht rückfällig wird, halten ihrem Heimatkaff die Treue, und Sooze und Buff ziehen als Cover-Gestalterin bzw. Video-Artist mit dem großen Sohn der Stadt.

»Suburbia« basiert auf einem Theaterstück von Eric Bogosian (»Talk Radio«) und bleibt der reduziert-abstrakten Bühnen-Ästhetik immer verbunden. Mit dem Tankstellen-Gelände beschränkt sich der Film im wesentlichen auf einen einzigen Handlungsort, der zudem nicht gefunden, sondern von Set-Designern gebaut wurde. Auf »grungige« Authentizität verzichtet Linklater ebenso wie auf eine genaue jugendkulturelle Verortung seiner Protagonisten. Suburb-Empirie gibt es lediglich im Prolog, aber da gleich in einer solchen Überdosis, daß das repräsentative Maß einer Einführungsszene schon wieder überschritten ist.

Dem Regisseur geht es um Allgemeineres, nämlich um die Frage: »Was bedeutet es für junge Menschen in Amerika, im besten Sinne des Wortes ein Idealist zu sein?« Bestimmt nicht die beste aller Fragen, aber sie bringt Linklater in ein Spannungsverhältnis zur Realität, das weit erkenntnisfördernder ist als David Lynchs wohlfeiler Gartenzaun-Surrealismus.

Bandits

Regie: Katja von Garnier; mit Katja Riemann, Jutta Hoffmann; BRD 1996; 108 Minuten; ab 3. 7. im Kino

37 Prozent Marktanteil im 1. Quartal 1997, der deutsche Film ist wieder wer. »Bandits« stellt dieses frisch erworbene Selbstvertrauen in der bisher feistesten Art zur Schau. Hubschrauber-Aufnahmen, Massenszenen, die Sperrung der Hamburger Köhlbrand-Brücke für die Dreharbeiten und der Einsatz von Regen bei dramatischen Wendungen künden von der neuerlichen Lust, aus dem vollen zu schöpfen. Kino ist »bigger than life«, das sagen die in Hollywood doch auch immer.

Der Film handelt von vier weiblichen Häftlingen, die zusammen musizieren, ausbrechen, road-moven und bis zum bitteren Thelma-&-Louise-Ende Kultstatus erlangt haben. Das alles ist sorgsam von allen psychologischen, soziologischen und ästhetischen Akzidenzien gereinigt und hat folglich mit nichts was zu tun. Weil er sich dieses Vakuums nur zu bewußt ist, haut »Bandits« um so kräftiger auf die Pauke. Ruhe, Leere oder Nicht-Eindeutiges wird geradezu pathologisch vermieden, der neueste deutsche Film hat eine panische Angst vorm kleinsten Zipfel Realität. Statt Schauspielerei gibt es pubertäre Breitwand-Posen, statt Dialogen coole Sprüche, und das Bild verhängt man mittels Farbfiltern. Keine 10 Sekunden darf es dauern, bis der Vollzugsbeamte eine Gefangene sexuell belästigt oder der Schallplatten-Boß in seine Koks-Line abtaucht.

Man selbst wähnt sich natürlich völlig »up to date«. In bestem »Cosmopolitan«-Feminismus düpieren die Mädels das starke Geschlecht auf das Selbstbewußteste. Und verhagelt mal ein Love-Interest-Konflikt das Betriebsklima, so wird das Objekt der zweifachen Begierde kurzerhand vor die Wagentür geworfen. Musik-Videos hat man auch schon zur Kenntnis genommen und sich davon zu einem schmissigen Erzählstil inspirieren lassen.

Man fühlt sich so wohl in seiner kleinbürgerlichen Haut, daß es einem die Schamesröte ins Gesicht treibt.

Konkret 07/97, S. 62

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Allen ihre Söhne allein für ein legales Leben allein erziehenden und dabei von sozialdemokratischen Sozialarbeitern und Innen tatkräftig unterstützten Müttern zugewidmet:

In der siebzehnten Etage
Des Vorstadtplattenbaus
Wo die Fahrstühle defekt sind
Und es riecht im Treppenhaus

Stehn mittags am offnen Fenster
Die Mutter und ihr kleiner Sohn
Der Sohn kaut ein Sozialbrot
Denn die Mutter ist ohne Lohn

Sie schauen hinunter hinüber
Zum Gefängnis im Volksmund Knast
Der wie die Faust aufs Auge
In die garstige Gegend paßt

Im Hofe vom Gefängnis
Da gehen Männer im Kreis
Da fragt der Sohn die Mutter
Ganz kleiner Frageweis

Warum Mutti gehn diese Männer
Im Hof dort drunten im Kreis
Da sagt die Mutter mein Junge
Diese Männer bauten Scheiß

Sie begehrten Nikeschuhe
Und Pullover von Benetton
Und Anoraks von Armani
Und CDs von Meikl Dschäk-Son

Und Chronometer von Rolex
Und Schlitten von Rolls Royce
Ja gar das Höschen Madonnas
Und den Filzhut von Josef Beuys

Und Borussiadortmundtishörts
Mit der Sammernummer drauf
Doch hatten sie kein Geld nicht

Und sagten sich klau statt kauf

Und sie stahlen die schönen Dinge
Und wurden dabei erwischt
Und nun wird ihnen das Essen
Im Blechnapf aufgetischt

Und wenn sie gegessen haben
Dann müssen sie raus in den Hof
Und müssen im Kreise gehen
Das find ich aber doof

Sagt die Mutter unterbrechend
Der Bub ganz altersweis
Wenn ich mal größer bin danndann
Dann bau ich keinen Scheiß

Ich spar auf die schönen Dinge
Ich zahle ihren Preis
Ich gehe die ehrliche Gerade
Und nicht kriminell im Kreis

Da wird einem ja ganz schwindlig
So dauernd herum im Kreis
Neinnein ich gehe gradaus
Ich weiß sagt die Mutter ich weiß

Du kommst nicht nach deinem Vati
Der mich im Wochenbett
Verließ zugunsten einer
Blondine im Internet

Und sie nimmt ihren Sohn in die Arme
Und schließt das Fenster ganz leis
Und lächelt verzaubert wissend
Ihr Sohn geht nie im Kreis

Pastor Traugott Giesen

c/o »Hamburger Morgenpost«

Sehr geehrter Pastor. Zwei Nachrichten für Sie. Die gute zuerst: Das Vier Jahreszeiten hat, wie ich weiß, wieder einen Doorman. Dann die schlechte: Sie sind womöglich krank. Doch dann wieder eine gute: Ich könnte Sie fallehalber hailn. Denn ich bin nicht nur Dichter deutscher Länquitsch, wo mit Bedürfnislosen, Meditierenden, Malernden und Betenden in der Sparte Neurastheniker die Entfremdungsstange keine zehn Minuten am Stück zu halten in der Lage ist, sondern ich besitze auch das Therapiepatent für den, vorzüglich in den sieben mageren Josephsjahren, vieraig raaaasenden deutschnationalkapitalistischen Pfaffen. Und wären in meinen Händen Sie, Traugott, aufgehobner als in Isaakvaters

Schooß. Einziges Prä für die Behandlung (zirka zehn Sitzungen in Buchte fünf meiner Stammkneipe in der Rapp 1 a in HH, die Fünfzigminuten zu 130 Mark zzgl. 15 Prozent MWSt.): Sie kratzen allen Leidensdruck bis auf den letzten Krümel zusammen und bringen ihn, zusammen mit dem dazugehörjen kaffeewassaheißn Wunsch, freizeseinzewollen von vorerwähnter Raaaaserei, mit. Ja - - - mit! Der Behandlungsplan sähe först line vor die Abklärung ihres Statusses als Pfaffe. Sind Sie lohnabhängiger oder Einkommensgottesdiener? Weil, wenn letzteres der Fall, dann wäre die Behandlung, kaum begonnen, auch schon wieder alle, und ich berechnete Ihnen nur die Anfahrt und wünschte Ihnen fürs Fortfahrn mit der der herrschenden Klasse zugewandten Raaaaserei das Allerbeste. Wärn Sie jedoch lohnabhängiger Frohbotschaftspropagandist, dann müßten Sie m.E. Posto fassen, als Kranker, bei mir, und den Kopf halten in den Rachen der grausamsten Bestie, wo GOtt, der Schöpfer des Klassenunterschiez, speziell einem halbherzigen Arbeitslagerlyriker der nordelbischluttrisehen Sprenglei z. Verf. gestellt hat - der sog « Realität. Aber was verplaudere ich meine Perlen, bin ich jeck? Nein, Traugott, wenn Sie (sexuelle, ja, sie! sexuelle) Lust haben sollten auf Erkenntnis, z.B. auf die des zichoriebittren Zusammenhangs von uniformierter Servilität und gastric cancer, kurz!: Wenn Sie ein Christkind werden wollen, dem die Thränen der Schuld die Backen der Reue hinabrinnen sollen aufgrund Ihrer Verfehlung, nicht gewußt zu haben, daß der Doorman der Vier Jahreszeiten niemals Herrn Jesum Christitürnichauf, sondern immer nur Marzipanschieber und Waffenbäcker reinlassen darf ... Ach was, Traugott, alter Bäffchenporsche, rufen/faxen Sie mich an. Ich will Sie, Sie »Doorman verzweifelt gesucht«, sehn. Anfassen. Ich will Sie spüren. Sehn und spüren. Alles von Ihnen, Traugott. Bitte kommen Sie mir näher, näher und näher. Geben Sie mir Ihre Hand, reichen Sie mir Ihre Augen, Ihre Haut, Alles, ich habe eine eminente Sehnsucht, Sie zu hailen.

Konkret 07/97, S. 64

Gabriele Werner, Rainer H□ rmann

Kampf um Nischen

Anmerkungen □ ur Ausstellung □ Goodb□ e to Berlin? 100 Jahre Sch□ ulenbe□ egung□ in Berlin

Unter den zahlreichen Exponaten der Ausstellung »Goodbye to Berlin? 100 Jahre Schwulenbewegung« finden sich, fein säuberlich in einem Regal gestapelt, Flugblätter aus den 70ern, die von der Aufbruchstimmung der Bewegung und der Euphorie bei der Gründung von Schwulengruppen künden. Sie dokumentieren aber auch einen Wandel im Selbstverständnis der Homosexuellen. Immerhin sah sich die Deutsche Homophilen Organisation (DHO) 1972 genötigt, die »Freunde« vor der sich formierenden HAW, der Homosexuellen Aktion Westberlin, zu warnen. Mann sollte sich nicht mit »diesem kriminellen linksradikalen Kommunistenpack« einlassen. Die HAW hatte sich im August 1971, spontan nach der Vorführung von Rosa von Praunheims Film »Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt«, formiert. Während die DHO für eine rechts-konservative Tradition innerhalb der Schwulenbewegung steht, kennzeichnet die HAW das neue radikale Selbstbewußtsein der Schwulen im Gefolge der Studentenbewegung und nach dem Stonewall-Aufstand in New York 1969. »Rebellion, nicht Integration war angesagt.«

100 Jahre Schwulenbewegung sind 100 Jahre Ringen um schwule Identität und um das politische Subjekt »Schwuler«. Der Haupthebel zur Unterdrückung männlicher (später auch weiblicher) Homosexualität war der Paragraph 175, der sexuelle Handlungen verbot. Die Verfolgung einer bestimmten Sexualität zog die politische, ökonomische und juristische Ausgrenzung nach sich. In dieser Situation wurden, wie die Ausstellung zeigt, ganz spezielle Berufsbereiche in Kunst und Kultur im Kampf um gesellschaftliche Nischen und ökonomische Ressourcen erobert, die heute das stereotype Bild des Schwulen prägen - und aus dem die Bewegung wohl auch ihren Stolz zieht.

Heute hat die Marktwirtschaft die Kaufkraft des mittelständischen Schwulen entdeckt. Schwule Manager schließen sich im »Völklinger Kreis« zusammen, der Schwulenverband Deutschland läßt sich vom Tabakkonzern Reemtsma sponsern und in jeder Talkshow sitzen quotenmäßig mindestens zwei Homosexuelle. So gering scheint die Diskriminierung geworden zu sein, daß der schwule »Stern«-Autor Werner Hinzpeter in seinem Buch *Schöne schwule Welt* bereits Abschied vom Opfergeschrei anmahnt und Deutschland zum Schwulenparadies erklärt (s. den nebenstehenden Beitrag).

In dieser Situation präsentiert das Schwule Museum in Berlin seine erste große Ausstellung zu »100 Jahre Schwulenbewegung«. In sieben Kapiteln werden historisch-chronologisch die Geschichte der Schwulenbewegung in Deutschland, deren Einflüsse auf das übrige Europa und die internationalen Wechselwirkungen während der hundert Jahre aufbereitet. Nach einer kurzen »Vorgeschichte« über die lange »Tradition« der Kriminalisierung und Verfolgung von Homosexualität in Europa setzt sie mit der Kaiserzeit in Deutschland ein, um dann eine erste »Blütezeit« schwuler Kultur in der Weimarer Zeit zu illustrieren, die vom Nationalsozialismus jäh unterbrochen wurde. Ein zweiter Teil folgt mit der Nachkriegszeit, dokumentiert die repressiven 50er, die Radikalisierung in den 70er Jahren und schließt mit der Aidskrise der 80er und dem schwulen Lifestyle der 90er Jahre. Die Dokumentation wird umrahmt von »schwuler Kunst«: einerseits Kaufhauskitsch und andererseits etablierte Kunstmarkt-Kunst von David Hockney, Andy Warhol und anderen. Aktuelle schwule Kunst wird in einer Sonderausstellung gezeigt.

Das alles kommt ordentlich und bieder daher, und man weiß nicht so genau, ob hier, mit Blick auf ein heterosexuelles Publikum, dem Stereotyp der schrillen Fummeltrine entgegengearbeitet wurde, oder ob sich eine Bewegung als gesellschaftsfähig anbietet und deshalb keine Experimente in Sachen Ausstellungsarchitektur wagt.

Wie zu Beginn von »HERstory« wird aufgelistet, wo in den historischen Entwicklungen »Schwules« unterdrückt oder verschwiegen wurde, wo Schwule aber sehr wohl ihren Beitrag zur Geschichte geleistet haben. Allerdings hat die Ausstellung (weniger der Katalog) haargenau die Probleme, die auch die Frauenbewegung mit ihrer Geschichtsschreibung anfänglich hatte. Die lautstarke Bekundung der schwulen Teilhabe an Geschichte läßt vorerst noch die differenzierte Analyse darüber vermissen, *wie* sie denn teilhatten: Der ermordete homosexuelle SA-Führer Ernst Röhm etwa wird eher als Opfer der Schwulenhetze der Nazis gezeigt denn als Teilhaber des Regimes. Im Hinblick auf eine eigene Geschichtsschreibung ist Röhm allerdings nur ein Skandalbeispiel für ein generelles Problem einer Bewegung, die ihr Selbstbewußtsein daraus zieht, unterdrückt worden zu sein.

Schwer fiel den Organisatoren auch, die Aidsbewegung entsprechend zu würdigen. Fast verschämt findet sich ein Hinweis darauf, daß die heute als selbstverständlich empfundene Professionalisierung und Institutionalisierung der Schwulenbewegung beinahe ausschließlich über die Aidsbewegung erfolgte. Tatsächlich verdeckte die Aidskrise, daß die Schwulenbewegung schon Ende der 70er Jahre theoretisch an einem Endpunkt angelangt war.

Poetisch wird die Ausstellung zum Schluß, wo sie in einer Art Gedenkraum der Aidstoten gedenkt. Die eigene Sprachlosigkeit ließ die Organisatoren plötzlich den Mut zur Inszenierung finden. Verläßt man den Gedenkraum, steht man

unvermittelt in einem häßlichen Treppenhaus. Der Flyer zur Ausstellung erzählt noch etwas von Visionen und Ausblicken ins nächste Jahrtausend, doch da kommt - und vielleicht ist es das ja - nichts mehr!

Die Ausstellung in der Akademie der Künste siedelt in einem historischen Double-bind. Sie dokumentiert, was im Moment wohl nur mit einem Spagat verbunden werden kann: einerseits eine zunehmende Integration und Anpassung derer, die sich trotz ihrer Homosexualität ökonomische und politische Ressourcen gesichert haben (und die Machtpositionen auch nutzen und ausnutzen) und andererseits eine Bewahrung eigenständiger subkultureller Identität derer, die gerade wegen ihrer Homosexualität Positionen an der Peripherie behaupten wollen.

Auch hier bietet sich der Vergleich mit der bürgerlichen und der autonomen Lesben-/Frauenbewegung an. Möglicherweise liegt der Grund dafür, daß »100 Jahre Schwulenbewegung« beinahe ausschließlich »HIStory«, Schwule-Männer-Geschichte zeigt, an den (historisch leicht verschobenen und bis heute von einer Mehrheit der Schwulen ignorierten) Parallelen zwischen der Schwulen- und der Lesben-/Frauenbewegung. Dort wo sie die Konflikte teilen, sind sie sich untrennbar nah, ist eine eigene schwule Geschichte kaum mehr schreibbar. Dort aber, wo es um Männer- vs. Frauengeschichte geht, sind die Bewegungen weiterhin unüberbrückbar getrennt.

»Goodbye to Berlin? 100 Jahre Schwulenbewegung« ist noch bis zum 17.8.97 in der Akademie der Künste, Berlin, täglich außer Montag 12 - 20 Uhr, zu sehen. Zur Ausstellung findet ein umfangreiches Rahmenprogramm statt

---

Gabriele Werner schrieb in KONKRET 12/96 über das »European art forum«.

Rainer Hörmann ist Ausstellungsmacher und lebt in Berlin

-

Konkret 07/97, S. 65

Eike Stedefeldt

Black-Outing

Ein Insider der Schwulenszene entdeckt Deutschland als Elysium der Homophilen

Nun ist es passiert: »Die Bundesrepublik gehört heute zu den schwulenfreundlichsten Staaten der Welt.« Aber keiner will es merken, schon gar nicht »die Köpfe der sogenannten Schwulenbewegung.« Quelle dieser frohen Botschaft ist nicht etwa die letztjährige Antwort der Bundesregierung auf eine PDS-Anfrage zur Situation von Lesben und Schwulen, sondern ein Insider. Werner Hinzpeter gehört zu jenen, denen »andere Dinge wichtiger sind schwule Emanzipation«, und um dies kundzutun, hat er ein »Plädoyer für schwulenpolitische Sesselfurzer« vom Querverlag vervielfältigen lassen.

Schöne schwule Welt, angepriesen als »provozierendes Dokument«, ist flott geschrieben und paßte ob seiner politischen Zahnlosigkeit gewiß als mehrteiliges Special in das populäre Wochenmagazin »Stern«, welches Hinzpeter seit März abhängig beschäftigt. Sein Unterhaltungswert resultiert zunächst aus diversen Stilblüten und Metaphern, die geographisch-klimatische Bildungslücken verraten, wie: »Auch ein Heizdeckenvertreter in der Wüste ist Marktführer, wenn er zwei Stück verkauft hat.« Das rechte Amüsement verheißen indes erst jene Passagen, in denen Hinzpeter die Polit-Mätzchen der bürgerlichen Homo-Szene und die damit korrelierende Verblödung ihrer Klientel entlarvt. »Der SVD ist ein in die Jahre kommender Marktführer ohne Mandat, dafür aber mit Abhängigkeitsverhältnis zur Wirtschaft«, weiß er etwa über den Schwulenverband in Deutschland mitzuteilen. »Zwar sieht das Vereinsprogramm einen Einsatz für sozial Benachteiligte vor. Tatsächlich kümmert sich der SVD zu wenig um die Interessen gesellschaftlich Unangepaßter und sozialer Verlierer.« Das ist so wenig zu beanstanden wie der Vorwurf, die schwulen Vortänzer operierten mit manipulierten Zahlen, etwa zu homophoben Gewalttaten (Hinzpeter kontert dies jedoch mit unglaublicher Verharmlosung), ereiferten sich oft an Bagatellen und hinter manch hochmoralischer Aktivität stünden handfeste materielle Motive. Wenn er ferner beklagt, die Homo-Presse betreibe Journalismus »wie die Klubzeitung eines Kaninchenzüchtervereins« und übernehme ihre Wächterfunktion »lediglich gegenüber der Heterowelt, aber nicht nach innen... Journalismus für Schwule ist zum Service über Veranstaltungstermine verkommen« - dann ist das stilistisch grausig, aber sachlich korrekt.

Fragwürdiger ist Hinzpeter als Rächer der Lesben: »Schon seit Jahren trauen sich schwule Verbände, für lesbische Frauen mitzusprechen, selbst, wenn sie keine einzige Frau in ihren Reihen haben. « Im Vorwort gelobt er, sich selbst dieses schändlichen Tuns zu enthalten. Nicht aus Edelmut, sondern schlichtem Desinteresse, was man getrost daraus schließen darf, daß er anderweitig fleißig Feministinnen denunziert: »Die neuen Schwulen finden ihren eigenen Weg - wie die Girlies den verbissenen Teilen der Frauenbewegung (sic!) eine Absage erteilen und sich statt dessen keck und selbstbewußt in der Männerwelt behaupten.« Im Klartext: Keck und selbstbewußt dürfen sich »Girlies« und »neue Schwule« ins schicke Patriarchat einkaufen, aber sonst bitte keine Fragen stellen. »Aufmucken find' ich scheiße«, würde das so toll emanzipierte Mädel sagen.

Der Autor vermag zwar Phänomene zu beschreiben, kann sie aber, mangels politökonomischen Grundwissens, kaum fundiert deuten. Folglich gelangt er, wenn überhaupt, konsequent zu falschen und paradoxen Konklusionen. Wer die dialektische Einheit Kapitalismus/Patriarchat nicht durchschaut, dem gebricht es zwangsläufig an jeglicher Vorstellung davon, was Emanzipation bedeuten und wie man dorthin gelangen könnte. Wo die schwule Welt derart heil ist - »der alle verbindende Feind, die böse Heterowelt, ist verschwunden« - erübrigt sich zudem politisches Handeln, »und deshalb müssen sich nicht mehr schwule Menschen unterschiedlichster Interessen zusammenraufen«.

Schwule hierzulande angesichts der höchsten Arbeitslosigkeit seit 1933, des beispiellosen sozialen Rollbacks, zunehmender Kriegslaune und nationalen Wahns derart in Sicherheit zu wiegen, grenzt an Russisches Roulette. Denn die Hinzpetersche Liberalität ist ein feuchter Traum; die Homophobie logiert weiter komfortabel im gesunden Volksempfinden, und ihr Umschlagen in offene Aggression ist lediglich eine Frage der konkreten Situation und der günstigen Gelegenheit. »Schwulenpolitik in Deutschland wird nicht wieder von einer Massenbewegung getragen werden, solange es keinen dramatischen Rückfall der gesellschaftlichen Verhältnisse gibt«, faselt Hinzpeter, ohne zu merken, daß dieser Rückfall längst stattfindet. »Die Massenbewegung ist überflüssig geworden«, hinzpetert es arglos weiter. Nachdem Leute seines Formats sie entpolitisiert und endgültig nach Klassen polarisiert haben, wird sie schwerlich wieder erstarken können, wenn sie gebraucht werden sollte.

Was sich hier als scharfe Kritik einer Bewegung tarnt, ist nicht nur richtungs- und ziellos, sondern pure homophile Spaßpropaganda. In seiner spätpubertären Weltsicht, ausgestattet mit einer gehörigen Portion Konsumideologie und einem irrationalen Kinderglauben an den besten aller deutschen Staaten, fordert Hinzpeter »die Suche nach einem schwulen Selbstverständnis«. Fortschrittliche Schwulenpolitik, was immer er auch dafür hält, sei nur möglich, »wenn sich ihre Protagonisten wieder ernsthaft für die Bedürfnisse der homosexuellen Männer in Deutschland interessieren«. Das bisherige Selbstverständnis ist ihm offenbar fremd; es nährte sich maßgeblich aus dem Bewußtsein des Außenseitertums und der

Gewißheit, daß die »Bedürfnisse der homosexuellen Männer in Deutschland« nicht für sich allein, sondern nur gemeinsam mit denen anderer Underdogs zu realisieren sind. »Chaotische Politschwule« nennt Hinzpeter jene Ewiggestrigen und versteigt sich zu hanebüchenem Unsinn wie: »Während die schwule Linke mit dem Status quo so zufrieden ist, daß sie den Kampf aufgibt, haben die bürgerlichen Schwulen noch Ziele.« Die ihm aber auch nicht passen: »Dort, wo ein Antidiskriminierungsgesetz greifen könnte, ... schützt schon heute das Richterrecht die Schwulen wie alle anderen benachteiligten Gruppen.« - Als könne in der BRD kein Gericht verfügen, Touristen habe der Anblick von Behinderten am Mittagstisch erspart zu bleiben.

Argumente für ein Antidiskriminierungsgesetz liefert Hinzpeter indes selbst: Viele antischwule Gewalttäter etwa würden »als Ausländer oder Menschen ausländischer Abstammung (sic!) beschrieben«. Daß in den beliebten »schwulen Kriminalreports« Täter nie als »vermutlich Deutsche oder Menschen deutscher Abstammung« auftauchen, entgeht ihm geflissentlich. Nach seiner Diktion ist Schwulenfeindlichkeit Importware. Bei »besonders gewaltsamen Fällen sind die Täter häufig Stricher« - na bitte, und die sind bekanntlich Rumänen, Polen, Russen, Türken.

»Mit Halbwahrheiten und Mythen ließ sich bislang gut schwule Lobby- und Medienarbeit machen. Nach diesem Buch ist das nicht mehr möglich«, lobte der sonst für seinen Scharfsinn bekannte Publizist Elmar Kraushaar ein Werk, welches, statt den hiesigen Schwulen einen stets gültigen Reisepaß anzuraten, alte Halbwahrheiten und Mythen durch neue ersetzt. Und zwar durch solche, die in der selbst nach rechts driftenden Szene längst wohlfeil sind und sich eines Tages als böse Schwulenfalle erweisen könnten.

Werner Hinzpeter: *Schöne schwule Welt. Der Schlußverkauf einer Bewegung.* Querverlag, Berlin *1997, 174* Seiten, *24,80* Mark

Konkret 07/97, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Wolfram Siebeck, der als Koch zuverlässig weiß, was zuerst da war: die Poularde oder das Omelett, wird außerhalb der Küche zum Zweifler:

Man kann darüber streiten, was zuerst da war, der Tourismus oder die Autoren, die fremde Länder so portraitieren, daß der Leser sie sehen möchte.

Es ist wie mit der Frage, was zuerst da war: das Massaker oder der Rupert Neudeck. Unstrittig ist, daß zwischen dem Golf von Tonking und dem Kongo überall dort, wo Neudeck aufkreuzt, Menschenmassen flüchten, verhungern oder einander abschlachten. Die Koinzidenz mag zufällig sein, aber wohler wäre mir schon, wenn ich vor meinem nächsten Urlaub wüßte, daß nicht auch der Neudeck Mallorca gebucht hat.

Wenn balltretende Proleten die nationalen Gefühle ihrer Abonnenten allzusehr aufgewühlt haben, läßt ihnen die »Frankfurter Allgemeine« gerne ihren Jungschmock D. Schümer im Feuilleton kulturkritische Wadenwickel anlegen. »Borussia Schalke« nennt er seine Arbeit, benannt nach den »beiden wichtigsten Traditionsclubs aus dem Ruhrgebiet«, die er

sportliche Symbole für die arbeitende Bevölkerung

nennt, wobei er, weil er die Klasse, die allein gemeint sein kann, nicht beim Namen nennen darf, die herrschende ungewollt zu dem Teil der Bevölkerung erklärt, der nicht arbeitet. Bevor der es merkt und sein Abonnement kündigt, verabreicht ihm Sch0mer schnell ein Zäpfchen:

Dank der erfolgreichen »Schalker Knappen« konnte die NSDAP-Proleten zu Volkshelden verklären. 1939 waren sämtliche Spieler Mitglied der SA. Der verklärte Heros des »Kreisels«, Fritz Szepan, übernahm ein arisiertes Kaufhaus im Gelsenkirchener Zentrum. Doch das Bedürfnis nach regionaler Identität war auch nach 1945 mächtiger als zersetzende Kritik. Überall im zerbombten und mit Flüchtlingen vollgestopften Revier sehnte man sich nach Abwechslung und unverdächtigem Heroismus.

Daß es Proleten waren, die jüdische Kaufhäuser arisierten, und daß die Deutschen, die eigentlichen Opfer von Krieg und Vertreibung, 1945 sich vor allem nach Abwechslung sehnen durften, hätte den Abonnenten vielleicht genügt, und der Verklärung der SA-Mitgliedschaft als unverdächtig heroisch hätte es gar nicht bedurft. Weil aber, wie der Dichter sagt, ein Feuilleton schreiben heißt, auf einer Glatze Locken drehen, geht in einem Blatt, dessen Haarausfall weit fortgeschritten ist, manchmal die ganze Kopfhaut mit.

Alle mal herhören!

Sollte die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft werden, sollte man eine allgemeine Dienstpflicht einführen. Der einzelne muß wissen – und fühlen - , daß er Teil einer Gemeinschaft ist. Das Wir-Gefühl entsteht und besteht aus Taten, n ich t aus Worten. Eine Gesellschaft der Ichlinge geht kaputt.

Ob der Michael Wolffsohn weiß, daß er da spricht wie Erich Ludendorff aus dem Grab? Oder ist es der Genius loci, die langjährige Kasernierung unter studierenden Soldaten, die ihn in diesem Jargon so vor sich hinschwafeln läßt; und an nichts zu denken ist sein Sinn, wenn er im schwarzbraunen Schatten einen kleinen Arbeitsdienst stehn sieht, der den Ichling (den unarischen We-Ichling, den Fe-Ichling), der nicht hören will, fühlen läßt, daß er nichts ist, aber alles eine Volksgemeinschaft, deren Zugehörigkeitsnachweis man nicht mit Worten, sondern nur mit nationalen Taten erwerben kann? Es werden die Genien des Lokus sein.

Schwerter zu Pflugscharen? Während Frau Vera Lengsfeld und ihre Friedensfreunde längst Pflugscharen zu Eurofightern machen, ist aus der alten Parole doch noch was geworden, nämlich, wie die »FAZ« meldet, durch das Urteil eines Gerichts:

Generäle zu Haftstrafen

Leider traf es wieder nur die der DDR.

Montevideo ist keine Gegend für meinen Theo, weshalb sie statt meines ideellen Gesamtgymnasiasten meinen realen Gesamtlegastheniker hingeschickt haben. Und der tut, was er kann, das heißt nicht kann - er schreibt:

Sprachkurse linden statt, aber genaugenommen wird auch in Montevideo das Geld immer knapper.

Weshalb sich der Lutz Rathenow auch in Montevideo, wie zuvor in der Zone, genaugenommen schon wieder keinen Sprachkurs leisten kann.

Etwas anderes als Rindfleisch zu essen, kommt kaum jemand in den Sinn.

Er bleibt auch im fernen Land Dissident, und so kommt ihm doch etwas anderes als Rindfleisch zu essen in den Sinn:

Wir sitzen beim vierten oder fünften Kaffee, und meine Gefühle sind zwiespältig.

Zahlen wir? Ob wohl auch der Ober nur Rindfleisch zu essen im Sinn haben wird und nicht die Rechnung? Lutz überlegt hin und her. Plötzlich die Erleuchtung:

Erkenntnisse geschehen oft nebenbei, an ungeplanter Stelle.

Nämlich, das Geld wird genaugenommen immer knapper: Wir gehen gleich.

Wenn Klaus Kinkel sagt, Ziel seiner Politik sei es,

Migration und Flüchtlingsströme einzudämmen und diese - wo immer möglich - umzukehren,

ist ihm zu glauben. Er wird alles tun, damit eines Tages Ströme von Flüchtlingen aus Deutschland in Serbien um politisches oder wirtschaftliches Asyl bitten.

Die Programmzeitschrift »TV Today« druckt ein »Werbebarometer«, in dem »Fachleute der Branche aktuelle Spots beurteilen« - wie den Werbefilm der Süddeutschen Klassenlotterie, in dem Steffi Graf und Anke Huber mitspielen:

Die Damen sind gut mit den Händen, nicht mit dem Mund. Warum zwingt man sie zu artfremdem Verhalten?

Der Mann heißt Sebastian Turner und schlägt sich, solange es kein Bundesamt für Entartungsforschung gibt, als Geschäftsführer der Berliner Agentur Scholz & Friends durch.

Ein Medizinmann am Krankenbett des Kapitalismus:

Der Aufschwung nimmt zunehmend Fahrt auf

Zunehmend, und kein bißchen abnehmend! Das beschwört jedenfalls Hans D. Barbier, der den Wirtschaftsteil der »FAZ« redigiert. Wofür wohl steht »D.«? Für Dividende? Für Demark? Für Denker gar? Es werde, sagt Barbier, sich aufschwingend und selber zunehmend Fahrt aufnehmend, in Deutschland

die wirtschaftliche Elite zur Treibjagd freigegeben, die von den Umverteilern veranstaltet wird. Warum sagt das niemand?

Obwohl die Straßen der Innenstädte von erlegten Generaldirektoren und waidwunden Geschäftsführern gesäumt sind?

Warum sagt das niemand? Hat die Vermutung, die Elvolution bevorzuge in bestimmten Konsolidierungsphasen den Durchschnitt einer Spezies, die vielfach belegte Erkenntnis verdrängt, daß Eliten die treibenden Kräfte auch jedes ökonomisch zu messenden Fortschritts sind?

Warum niemand sagt, daß die treibenden Kräfte zur Treibjagd freigegeben werden, weil die Evolution in Konsolidierungsphasen vermutlich den Durchschnitt einer Spezies bevorzugt? Weil keiner so schön bio-logisch denken kann wie er, der Hans Darwin Barbier.

Vor Gericht und auf hoher See sind wir in Gottes Hand. Wo aber sind wir hier?

Kohl und Waigel haben den Italienern die Möglichkeit eröffnet, unter Berufung auf Deutschland in die Reihe der Camembert-Länder einzutreten und im ersten Zug mitzufahren... Es mag wohl sein, daß Helmut Kohl in einem doppelstöckigen Autobus von den vielen besuchten Städten mehr sieht, als wenn er zu Fuß ginge. In dieser Sache hat er den Überblick verloren.

Das könnte dem Rudolf Augstein nie passieren.